

Entwurf Regierungsprogramm

Bundestagswahl 2025

Worauf es jetzt ankommt.....	1
Ein neuer Aufschwung für Deutschland	3
1. Wir kämpfen für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze.	3
2. Wir kämpfen für Made in Germany 2.0.....	8
3. Wir kämpfen für einen starken Arbeitsmarkt und gute Arbeitsbedingungen.....	9
4. Wir kämpfen dafür, dass gute Bildung für alle zuverlässig gelingt.....	12
5. Wir kämpfen für eine Finanzpolitik, die der Zukunft unseres Landes dient.....	13
Beschäftigte und ihre Familien entlasten	18
6. Wir kämpfen für ein bezahlbares Zuhause.....	18
7. Wir kämpfen für Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht.....	20
8. Wir kämpfen für stabile Renten.	22
9. Wir kämpfen für einen verlässlichen Alltag für Familien.	23
10. Wir kämpfen für eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und Land.	25
11. Wir kämpfen für menschenwürdige Pflege und deckeln die Pflegekosten.	28
12. Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann.....	30
13. Wir kämpfen für eine pünktliche Bahn und gute Mobilität für alle.....	32
14. Wir kämpfen für einen Staat, der besser funktioniert.....	34
Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen	37
15. Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der Demokratie.....	37
16. Wir kämpfen für mehr Respekt, Sicherheit und Schutz vor Gewalt.....	39
17. Wir kämpfen für Gleichstellung, für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung.	43
18. Wir kämpfen für Medienvielfalt, für Vielfalt in Kunst und Kultur und für einen starken Sport.....	45
19. Wir kämpfen für starke Kommunen und gleiche Chancen in Land und Stadt.	48
20. Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft.	50
Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende	53
21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.....	53
22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.	55
23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt.	57
24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt.....	59
Unser Versprechen.....	62
25. Wir kämpfen für Dich und Deutschland.....	62

Worauf es jetzt ankommt

Am 23. Februar findet die vorgezogene Bundestagswahl statt. Es geht um viel bei dieser Wahl. Wir leben in schwierigen Zeiten: Es herrscht Krieg mitten in Europa, unsere Unternehmen stehen in einem verschärften internationalen Wettbewerb, der Zusammenhalt im Land steht auf der Probe.

Deutschland steht vor bedeutenden Entscheidungen:

- Investieren wir *jetzt* weiter kraftvoll in unser Land? Oder lassen wir unsere Bahn, unsere Straßen und Brücken verkommen?
- Sorgen wir *jetzt* dafür, dass alle im Alltag gut auskommen – mit anständigen Löhnen, bezahlbaren Lebensmitteln und erschwinglichen Mieten? Oder nehmen wir es hin, wenn die Kaufkraft sinkt und Wohnen immer teurer wird?
- Sorgen wir *jetzt* für stabile Renten, für gute Gesundheit und Pflege, für intakte Schulen und Kitas? Oder setzen wir ausgerechnet da den Rotstift an?
- Sichern wir *jetzt* Arbeitsplätze? Investieren wir *jetzt* in eine moderne Wirtschaft und sorgen für günstigen Strom, den unsere Unternehmen dringend brauchen? Oder gucken wir tatenlos zu, wenn überall um Deutschland herum mit neuen Technologien die Zukunft entsteht?
- Setzen wir *jetzt* die nötige Modernisierung unseres Landes fort? Oder legen wir bei Klimaschutz und Gleichberechtigung den Rückwärtsgang ein?
- Unterstützen wir *jetzt* weiter die Ukraine – standhaft und besonnen? Oder lassen wir uns in Fragen von Krieg und Frieden auf gefährliche Abenteuer ein?

Selten in den vergangenen Jahrzehnten waren klare Haltung, Charakter und Erfahrung so entscheidend.

Selten kam es so sehr auf darauf an, dass Respekt für alle herrscht. Respekt für jede und jeden Einzelnen – egal, wieviel sie verdienen, woran sie glauben oder woher sie kommen.

Investitionen in unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze, in unseren Zusammenhalt und in unsere Sicherheit – da darf es jetzt kein Entweder-oder geben! Das alles ist dringend nötig, das alles gehört zusammen!

Dafür stehen wir.

Heute wollen die Konservativen erreichte Fortschritte rückgängig machen und dort sparen, wo es viele Bürgerinnen und Bürger persönlich trifft. Andere setzen auf eine Politik, die Bürgerinnen und Bürger bevormundet. Die Populisten von rechts und links wiederum geben völlig falsche Antworten. Ihr Geschäftsmodell ist es, unsere Gesellschaft zu spalten.

Wir sagen: Das alles schadet Deutschland. Das ist nicht unser Weg.

So schwierig die letzten Jahre auch gewesen sein mögen – immer, wenn es darauf ankam, war auf Bundeskanzler Olaf Scholz und die SPD Verlass.

Die explodierenden Energiepreise infolge des Kriegs gegen die Ukraine haben wir unter Kontrolle gebracht – und Deutschland schnell unabhängig gemacht von russischem Gas. Die Renten sind kräftig gestiegen – und mehr als 30 Jahre nach dem Mauerfall in Ost

und West endlich angeglichen.

Den Mindestlohn haben wir auf zunächst 12 Euro erhöht – das bedeutet mehr Einkommen und mehr Sicherheit für Millionen von Menschen! Familien profitieren von mehr Kindergeld und unseren Investitionen in bessere Bildung und Betreuung.

Wir haben die irreguläre Migration begrenzt – und heißen zugleich diejenigen bei uns willkommen, die hier in Deutschland arbeiten wollen.

Mit unserem neuen Staatsangehörigkeitsrecht ermöglichen wir es, dass aus Mitmenschen auch Mitbürgerinnen und Mitbürger mit allen Rechten werden.

Unsere Bundeswehr haben wir mit einem Sondervermögen ausgestattet, damit wir unser Land gegen alle Bedrohungen von außen verteidigen können.

Deutschland steht fest an der Seite der überfallenen Ukraine – und zugleich achtet Bundeskanzler Olaf Scholz darauf, dass der Krieg nicht zur direkten Konfrontation zwischen NATO und Russland eskaliert.

Mit klarer Haltung, mit klaren Werten, vernünftig und besonnen – nur so werden wir auch künftige Herausforderungen bewältigen.

Genau deshalb braucht Deutschland in dieser schwierigen Zeit eine starke SPD:

- Wir sorgen dafür, dass das Leben bezahlbar bleibt – mit einem höheren Mindestlohn, Entlastungen für Gering- und Normalverdiener bei der Einkommenssteuer, weniger Mehrwertsteuer auf Lebensmittel sowie wirksamen Regeln für bezahlbares Wohnen.
- Wir investieren weiter in Schienen, Brücken und digitale Netze.
- Wir unterstützen unsere Unternehmen und ihre Beschäftigten im weltweiten Wettbewerb – mit günstigen Energiepreisen und einem „Made-in-Germany“-Investitionsbonus für Zukunftsinvestitionen und sichere Arbeitsplätze.
- Wir kämpfen für gute Löhne überall in Deutschland – in der Industrie, im Handel, im Handwerk und in allen anderen Bereichen der Wirtschaft.
- Wir stabilisieren die Renten und sichern gute Gesundheitsversorgung und Pflege, die alle erreicht und für alle bezahlbar bleibt.
- Wir sorgen dafür, dass Kitas und Schulen zuverlässig an der Seite der Familien stehen.
- Wir setzen uns ein für gesellschaftlichen Fortschritt, für gleiche Rechte und Chancen von Frauen und Männern. Für Vielfalt und Toleranz.
- Wir kappen unnötige Bürokratie, beschleunigen und digitalisieren die Verwaltung – und auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien halten wir das Tempo hoch.

Zupackende Politik für die breite Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die unser Land am Laufen halten.

Politik mit Maß und Mitte, die verbindet und nicht spaltet.

Darauf kommt es jetzt an.

Darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025.

Ein neuer Aufschwung für Deutschland

81 Viele Menschen machen sich derzeit Sorgen um die Wirtschaft in unserem Land. Oder
82 noch schlimmer: Man sorgt sich um den eigenen Arbeitsplatz. Es geht um Fragen der
83 Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettstreit moderner industrieller
84 Produktionsstandorte. Es geht aber auch um die richtigen Strategien, den
85 Fachkräftebedarf im Handel, in der Gastronomie und in der Verwaltung zu sichern. Und
86 es geht nicht zuletzt um Fragen von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, zum
87 Beispiel im Handwerk.

88 **Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum, soziale Gerechtigkeit und**
89 **Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Wir gestalten einen Aufschwung, der bei allen**
90 **Menschen ankommt. Dafür investieren wir in die Zukunft – in Bildung, Innovation,**
91 **Digitalisierung und Klimaschutz.** Wir sorgen dafür, dass unsere Kinder auch in 30
92 Jahren noch Straßen, Brücken und Schienen nutzen können, und modernisieren unsere
93 Infrastrukturen. Diese Investitionen sind einerseits generationengerecht, und sie
94 sind andererseits die Grundbedingung dafür, dass Unternehmen in Deutschland
95 wettbewerbsfähig bleiben können.
96 Gleichzeitig setzen wir auf gute Arbeit und sichere Arbeitsplätze. Mit guten Löhnen
97 sichern wir die Kaufkraft in unserem Land und kurbeln die Binnennachfrage an. Wir
98 schaffen einen neuen Aufschwung für Deutschland als Grundlage für mehr Gerechtigkeit.

99 **1. Wir kämpfen für neues Wachstum und sichere Arbeitsplätze.**

100 Dies ist das erste, aber sicher nicht das letzte Mal, dass wir die Wörter „Wir
101 kämpfen für“ verwenden. Wir könnten auch „Wir setzen uns ein für“ oder „Wir
102 engagieren uns, damit“ schreiben. Aber wir spüren alle, wie groß die Dringlichkeit
103 ist, mit der wir Themen anpacken müssen. Also: Lasst uns gemeinsam für das, was uns
104 am Herzen liegt und was unser Land in Zukunft führt, kämpfen. Zum Beispiel dafür: Mit
105 klaren Rahmenbedingungen und einem echten **Investitionsturbo** schaffen wir ein
106 Wachstumsumfeld für unsere Unternehmen. Deutschland braucht ein **Jahrzehnt**
107 **zukunftsfähiger Innovationen und Investitionen.** Mit unserer Politik bringen wir
108 beides auf den Weg: kluge Erfindungen, die das Leben besser machen, die Arbeit und
109 Wohlstand sichern. Und dazu eine öffentliche Infrastruktur, die den Alltag leichter
110 macht, weil sie einfach funktioniert. In einem modernen Land mit den richtigen
111 **Rahmenbedingungen** können Industrie, KMU, Dienstleistungen, Handwerk, Start-ups und
112 Landwirtschaft aufblühen. Die Beschäftigten können durch fleißige Arbeit und gute
113 Ideen ihren Beitrag dazu leisten sowie gemeinsam mit ihren Familien ein gutes Leben
114 verbringen.

115 Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer herausfordernden Lage. Wichtige
116 Zukunftsinvestitionen bleiben derzeit aus. Das gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand.
117 Mit zielgenauen Maßnahmen werden wir den Turbo für Zukunftsinvestitionen in unserem
118 Land zünden.

119 ***Wir wollen Energiepreise senken und zentrale Erfolgsbranchen strategisch fördern.***

120 Wir brauchen bezahlbare Energie, sonst geht unseren Unternehmen in Deutschland die
121 Energie aus. Wir investieren in eine sichere und **bezahlbare Energieversorgung**, vor

122 allem mit erneuerbarem Strom. Wir wollen international wettbewerbsfähige
123 Energiepreise. Wir geben Planungs- und Investitionssicherheit bei den Energiekosten
124 durch stabile Preise, von den Netzentgelten über die Stromsteuer bis zum CO2-Preis.
125 Besonders im Norden und Osten, wo ein großer Anteil der Windenergie Deutschlands
126 produziert wird, sind hohe Netzentgelte ein dringendes Problem.

127 Mit der Umstellung auf günstige Erneuerbare Energien ist ein massiver Ausbau der
128 Stromnetze verbunden. Der kostet viel Geld, das als Netzentgelte auf den Strompreis
129 aufgeschlagen wird. Das ist eine Herausforderung insbesondere für die im
130 internationalen Wettbewerb stehende Wirtschaft und die Verbraucherinnen und
131 Verbraucher. Wir werden die Entgelte für das Übertragungsnetz, das die Regionen in
132 Deutschland verbindet und massiv ausgebaut wird, zunächst stabilisieren, dann
133 schnellstmöglich auf 3 Cent pro Kilowattstunde deckeln und so den Netzausbau
134 unterstützen. Das ist wegen der milliardenschweren Investitionen in dieses Netz
135 erforderlich.

136 Damit soll die derzeitige Belastung für Haushalte und Unternehmen im Durchschnitt
137 halbiert und dauerhaft Planungssicherheit geschaffen werden – für industrielle
138 Investitionen, aber auch für den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie das
139 Elektroauto oder die Wärmepumpe.

140 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass ein größerer Kreis besonders
141 stromintensiver Unternehmen von den bestehenden Regeln **reduzierter Netzentgelte**
142 profitieren kann. Dazu gehört auch, die energieintensiven Großabnehmer ohne
143 Flexibilisierungspotenzial wie bisher zu entlasten.

144 Die Bundesregierung wird sich darüber hinaus gegenüber der Europäischen Kommission
145 dafür einsetzen, dass mehr energieintensive Branchen von den Entlastungen der
146 sogenannten Strompreiskompensation profitieren können, zum Beispiel die
147 Glasverarbeitung, weitere Teile der Chemie und die Batteriezellenproduktion. Das
148 würde den Strompreis in der energieintensiven Industrie in Deutschland deutlich
149 senken. Wir werden außerdem die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische
150 Mindestmaß entfristen.

151 Deutschland ist ein Auto-Land. Die **Zukunft der Autos liegt in der Elektromobilität.**
152 Wer suggeriert, dass Verbrenner mit E-Fuels die Lösung seien, macht Autos nur noch
153 für Spitzenverdienende erschwinglich. Gleichzeitig steht die Automobilwirtschaft,
154 genau wie ihre Zulieferer, wie die Stahlindustrie und andere, heute vor erheblichen
155 Umwälzungen, machen sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr konkrete
156 Sorgen um ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft. Wir nehmen diese Sorgen ernst.

157 Deutschland soll ein führendes Land für die Herstellung von Fahrzeugen bleiben. Wir
158 setzen uns dafür ein, dass die deutschen Automobilhersteller aktuell keine
159 Strafzahlungen im Zusammenhang mit den CO2-Flottengrenzwerten an Brüssel leisten
160 müssen. Diese Mittel werden jetzt für Investitionen in klimafreundliche Fahrzeuge und
161 die Sicherung von Arbeitsplätzen gebraucht. Wir werden mit der EU-Kommission in
162 Verhandlungen treten, die Ziele beizubehalten, aber den Weg dorthin pragmatischer zu
163 gestalten.

164 Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die von uns vorgeschlagenen **Maßnahmen zur**
165 **Senkung der Strompreise** – insbesondere die Deckelung der Übertragungsnetzentgelte –
166 werden Strom für die Produktion von Batterien und Autos und für das Laden noch einmal

167 günstiger machen. Das Laden an **öffentlichen Ladesäulen** muss in Zukunft so einfach wie
168 und auch günstiger werden als das Tanken. Wir werden beim Ladesäulenausbau weiter
169 Tempo machen und Tankstellen verpflichten, Schnellademöglichkeiten anzubieten. Wir
170 machen weiter **Tempo beim Ladesäulenausbau** – entlang der Straßen und Autobahnen und in
171 Depots und Betriebshöfen. Damit auch der Urlaub oder die Geschäftsreise elektrisch
172 werden, fordern wir eine europäische Schnellladesäulen-Offensive.

173 Wir werden außerdem den **Kauf von E-Autos stärker ankurbeln**.

174 Wir wollen mit einem zeitlich befristeten **Steuerabzugsbetrag für die Anschaffung**
175 eines in Deutschland produzierten E-Autos auch den privaten Neuwagenkauf fördern. Das
176 ist einfach und unkompliziert umsetzbar: kaufen, bei der Steuer angeben, Zuschuss
177 direkt aufs Konto. Durch die Einbeziehung von jungen Gebrachten sowie
178 **Leasingmodellen** helfen wir auch Menschen mit geringeren Einkommen. Mit diesem Paket
179 unterstützen wir vor allem Haushalte mit niedrigen und normalen Einkommen **beim**
180 Umstieg auf ein E-Auto, noch bevor sich die Mobilitätskosten der Verbrenner durch den
181 Anstieg des CO₂-Preises deutlich erhöhen. Wir wollen diesen **Weg gemeinsam mit unseren**
182 **europäischen Nachbarn** gehen und erwarten von der EU-Kommission kurzfristig eine
183 entsprechende Initiative für die ganze Union oder die Freigabe einer solchen
184 deutschen Lösung.

185 Ein Großteil der Neuwagen wird **gewerblich** genutzt. Hier werden wir durch **bessere**
186 **Abschreibungsbedingungen und Änderungen bei der Dienstwagenbesteuerung** die
187 Attraktivität der E-Mobilität weiter verbessern. Die **Kfz-Steuer Befreiung** für E-Autos
188 werden wir **bis 2035 verlängern**.

189 ***Wir wollen, dass Unternehmen die besten Rahmenbedingungen haben, um in Deutschland zu***
190 ***investieren.***

191 Wir können etwas tun für unsere Unternehmen und für den Wirtschaftsstandort
192 Deutschland.

193 Wir schaffen einen **Deutschlandfonds**, der öffentliches und privates Kapital
194 mobilisiert, um die wichtigen Investitionsbedarfe erfüllen zu können – etwa bei
195 Strom- und Wärmenetzen, beim Wasserstoffnetz, bei den E-Ladesäulen oder beim
196 Wohnungsbau. Mit dem Deutschlandfonds sollen Staat und private Geldgeber gemeinsam
197 und bürokratiearm in Deutschlands Zukunft investieren können. Der Deutschlandfonds
198 soll anfangs mit **100 Milliarden Euro** ausgestattet werden. Er wird so ausgestaltet,
199 dass er auch im bestehenden Rahmen der Schuldenregel unseres Grundgesetzes
200 funktioniert – über sogenannte finanzielle Transaktionen. Das vom Bund zur Verfügung
201 gestellte Startkapital für den Deutschlandfonds schafft durch die damit verbundenen
202 Beteiligungen oder Darlehen nämlich Werte für den Bund. Der Deutschlandfonds nutzt
203 dieses Kapital dann, um Unternehmen und Einrichtungen mit den nötigen Finanzmitteln
204 für wichtige Zukunftsinvestitionen auszustatten – per Darlehen oder als Beteiligung.
205 Staatliches Geld ist nur die eine Seite. Zugleich soll privates Kapital mobilisiert
206 werden. Große institutionelle Anleger wie zum Beispiel Versicherungen oder
207 Pensionskassen können so ebenfalls in diese Unternehmen und Einrichtungen
208 investieren. Das stellt die Zukunftsinvestitionen auf breite Schultern und aktiviert
209 privates Kapital. Wir stellen sicher, dass es zu keiner Privatisierung staatlicher
210 Aufgaben der Daseinsvorsorge kommt.

211 Darüber hinaus wollen wir Unternehmen steuerlich entlasten, aber nicht durch

pauschale Steuersenkungen für alle, sondern mit gezielten **Anreizen für Investitionen in Deutschland**.

Investitionsprämie statt bürokratischer Förderprogramme („Made in Germany“-Bonus): Bislang werden Unternehmens-Investitionen (zum Beispiel in klimafreundliche Technologien) vor allem über Förderprogramme gefördert. Das dauert oft zu lange und schafft für die Unternehmen jede Menge unnötige Bürokratie. Statt neuer Förderprogramme wird in Zukunft stärker auf eine unkomplizierte Steuerprämie gesetzt, um Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Im Wachstumschancengesetz war bereits eine Investitionsprämie für den Bereich der Energieeffizienzmaßnahmen angelegt. Mit der neuen Investitionsprämie für bestehende Unternehmen und Neuansiedlungen sollen nun Zukunftsinvestitionen in die Technologien von morgen in der Breite angekurbelt werden: Jede Betriebs- bzw. Unternehmensinvestition in Maschinen und Geräte (aus den sogenannten Ausrüstungsinvestitionen) soll mit 10 Prozent der Anschaffungssumme direkt und unkompliziert über eine Steuererstattung gefördert werden. Die erfolgreichen Förderprogramme wie GRW oder GAK für die regionale Wirtschaft werden fortgeführt.

Wenn Personenunternehmen ihre Gewinne wieder investieren, wollen wir sie steuerlich entlasten. Wir wollen mit der „Gesellschaft mit gebundenem Vermögen“ eine eigenständige Rechtsform einführen, die Nachfolgerinnen und Nachfolgern im Mittelstand – zum Beispiel aus der Belegschaft – die treuhänderische Nachfolge einfacher ermöglicht. Dabei werden Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung ausgeschlossen.

Das europäische Beihilferecht werden wir modernisieren, um Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen.

Wir wollen Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen.

Damit unsere Wirtschaft wieder schnell in Schwung kommt, müssen sich auch viele andere Zahnräder schneller bewegen. Denn nur so gewinnt das gesamte System an Geschwindigkeit. Mehr Speed in verschiedenen oder allen Teilaspekten einzubringen, das schafft einen echten Gewinn.

In Deutschland dauern viele Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lange. Die Bundesregierung hat im letzten Jahr mit den Ländern einen Deutschlandpakt zur Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung vereinbart: Höhere Geschwindigkeit und weniger Bürokratie für mehr wirtschaftliches Wachstum sind das Ziel. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen. Auch auf nationaler und EU-Ebene werden wir den Abbau von Bürokratie etwa durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben. Neue Gesetze müssen einem **Praxischeck** unterzogen werden. Beim Abbau von Bürokratie nutzen wir die Chancen der Digitalisierung. Die Grundlage dafür bildet eine flächendeckende Versorgung des ganzen Landes mit Glasfaser und Mobilfunk. Beim Bürokratieabbau achten wir darauf, dass Arbeitnehmerrechte, Verbraucherrechte und Ziele des ökologischen Wandels nicht gefährdet werden. Um weitere konkrete Möglichkeiten des Bürokratieabbaus zu ermitteln, wird ein sozialdemokratischer Bundeskanzler eine Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung durchführen.

Der europäische Binnenmarkt ist von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche

257 Entwicklung in Deutschland und außerdem Motor für den europäischen Wohlstand. Wir
258 wollen den **Europäischen Binnenmarkt** weiter vertiefen, denn Millionen Arbeitsplätze in
259 Deutschland sind eng mit ihm verknüpft. Dazu gehört eine digitale Infrastruktur für
260 den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. Und dazu gehört ebenso ein
261 funktionierender europäischer Kapitalmarkt. Wir werden die Banken- und
262 Kapitalmarktunion vorantreiben und das Umfeld für Innovationen und
263 Zukunftstechnologien durch privates Kapital dauerhaft stärken.

264 **Wir wollen Innovationen ermöglichen, die Deutschland voranbringen.**

265 Der viel beschworene Erfindergeist in Deutschland muss wieder zur obersten Priorität
266 werden. Denn Erfindergeist war schon immer zentral für den wirtschaftlichen Erfolg,
267 den sozialen Fortschritt und damit auch den gesellschaftlichen Wohlstand. In den
268 letzten Jahren und Jahrzehnten wurden in Deutschland zahlreiche technologische und
269 soziale Innovationen erdacht, entwickelt und umgesetzt. Mit fundamental neuen
270 Technologien wie der Künstlichen Intelligenz (KI) oder der Quantentechnologie muss
271 sich auch die Innovationspolitik des Bundes wandeln. Für uns steht deshalb die
272 **Weiterentwicklung der KI-Strategie** an erster Stelle. Der Fokus soll dabei
273 insbesondere auf der Entwicklung systemischer Innovationen liegen. Dazu zählen unter
274 anderem der Aufbau von branchenspezifischen KI-Ökosystemen sowie die Entwicklung
275 generativer Sprachmodelle für die Bereiche Medizin, Materialforschung und Bildung.
276 Dabei soll auf die bestehenden Strukturen der KI-Landschaft in Deutschland aufgebaut
277 werden. Auch bei der KI-Förderung wollen wir **soziale Innovationen und**
278 **gemeinwohlorientierte Projekte und Strukturen** besonders berücksichtigen. Weitere
279 Schwerpunkte sollen die Themen Quantencomputing, Robotik sowie Netzwerktechnologien
280 der nächsten Generation sein.

281 Wir setzen uns für eine **Stärkung der Forschungsförderung**, insbesondere in der
282 Grundlagenforschung der Schlüsselindustrien und des GreenTech ein. Forschende sollen
283 einfachere Zugänge zu Fördermitteln erhalten und bei der Beantragung und Durchführung
284 von Forschungsprogrammen weniger überflüssige Bürokratie erleben. Außerdem wollen wir
285 den Übergang von der **Forschungsidee** bis hin zur Marktreife gezielt unterstützen.
286 Dabei spielen Inkubatoren, Gründerzentren und **regionale Innovationscluster** wichtige
287 Rollen. Auf **europäischer Ebene** werden wir uns für ein starkes
288 Forschungsrahmenprogramm (FP10) einsetzen.

289 Wir werden die **Wissenschafts- und Innovationspolitik** in eine neue Ära führen, indem
290 wir den Beitrag der Wissenschaft für die Transformation und die Ausbildung von
291 Fachkräften stärken. Dafür werden wir die Hochschulen weiter fördern. Wir werden die
292 Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft durch die Förderung planbarer Karrierewege
293 verbessern. Wir werden den **Aufbau der Deutschen Agentur für Transfer und Innovation**
294 zum Erfolg führen.

295 An vielen Stellen unserer Wirtschaft wird der Fachkräftemangel derzeit deutlich.
296 Darauf gibt es falsche Antworten, wie „Wir müssen länger arbeiten“ oder „weniger
297 Schutzrechte für die Beschäftigten“. Diesen Ton schlägt die CDU an, wir nicht.
298 Notwendig sind vielmehr eine richtig gute Ausbildung und mehr **Investitionen in die**
299 **Qualifizierung**. Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben,
300 die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem junge Leute ohne Berufsabschluss
301 und Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs. Darüber hinaus benötigen wir
302 weiterhin die Zuwanderung von Fachkräften. Studien belegen, dass wir mehrere

303 Hunderttausend Fachkräfte pro Jahr für Deutschland brauchen werden.

304 **2. Wir kämpfen für Made in Germany 2.0.**

305 Made in Germany – was war und ist das für ein schönes Qualitätssiegel. Und das soll
306 noch lange, lange so bleiben. Deutschland ist zu einem Spitzenreiter im Welthandel
307 mit den Motoren und Maschinen des 20. Jahrhunderts geworden. Wir wollen, dass *Made in*
308 *Germany* auch bei den Technologien des 21. Jahrhunderts Weltspitze bleibt. Im harten
309 Wettbewerb einer sich wandelnden Weltwirtschaft steht unser Industrie- und
310 Wirtschaftsstandort unter Druck. Wir erleben einen globalen Wettlauf um Technologien,
311 Ressourcen und Standards. Ganz konkret geht es um die Frage, ob wir mit den
312 Entwicklungen mithalten und es schaffen, Deutschland als Teil des europäischen
313 Wirtschaftsraums stark für die Zukunft zu machen. Dafür verfolgen wir eine
314 verlässliche, langfristige und europäisch verankerte Industriestrategie, die
315 Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit miteinander verbindet.

316 In unseren Erfolgsbranchen Stahl- und Automobil-, Maschinen- und Anlagenbau, Chemie
317 und Pharma, bei den Halbleitern und in der Batterieproduktion muss Deutschland ein
318 Standort bleiben für große Konzerne wie auch für den starken Mittelstand.

319 ***Wir wollen eine stabile, breit aufgestellte und zukunftsfähige Wirtschaft.***

320 Unsere Unternehmen müssen sicher sein, dass sie ihren Weg zur Klimaneutralität
321 weitergehen können und dass sie uns als Politik dabei fest an ihrer Seite wissen. Vor
322 allem bei den Energiepreisen und der Regulatorik brauchen sie ein faires, klares
323 Umfeld, um investieren zu können und um ihre neuen Ideen auf den Markt zu bringen. In
324 den vergangenen Jahren haben verschiedene globale Krisen deutlich gezeigt, dass eine
325 breit diversifizierte Wirtschaftsstruktur für die wirtschaftliche Stabilität
326 entscheidend ist. In dieser herausfordernden Zeit kämpft die SPD um jeden
327 Industriearbeitsplatz genauso wie um die Wertschöpfung der Zukunft mit ihren neuen,
328 hochqualifizierten Jobs. Manchmal haben wir uns an Unternehmen vorübergehend
329 beteiligt, um Arbeitsplätze in einer Krise zu sichern. Das werden wir auch in Zukunft
330 tun, wenn das notwendig wird.

331 Bei den Technologien sagen wir zweifelsfrei, wo es hingeht: Der klare Fokus liegt auf
332 Elektrifizierung, zum Beispiel beim Auto. Aber auch der **Wasserstoff** wird für unsere
333 Industrie eine ganz wesentliche Rolle spielen, gerade bei den energieintensiven
334 Industrien. Damit Wasserstoff in Deutschland wirklich Fuß fassen kann, schaffen wir
335 **Leitmärkte für grünen Stahl made in Germany** – das heißt, feste Anteile von grünem
336 Stahl, zum Beispiel bei der Bahn oder in Umspannplattformen. Wir brauchen außerdem
337 ein klug ausgestaltetes Wasserstoffnetz. Gleichzeitig müssen ausreichende
338 Speicherkapazitäten, etwa im Rahmen einer nationalen Wasserstoffreserve, aufgebaut
339 werden. Mit einer pragmatischen und beherzten Politik wollen wir somit diesem
340 entscheidenden Baustein für die neue Energiewelt das Fundament legen.

341 In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch den europäischen Clean Industrial Deal.

342 Um unsere heimische Industrie mit Rohstoffen zu versorgen, setzen wir auf den neu
343 geschaffenen Rohstofffonds, werden die heimische Rohstoffgewinnung voranbringen und
344 uns für eine **koordinierte Rohstoff-Strategie der EU** einsetzen. Die
345 **Kreislaufwirtschaftsstrategie** wollen wir pragmatisch umsetzen, zum Beispiel mit
346 Absatzmärkten für umweltschonend recycelte Rohstoffe und effizienterem

347 Materialeinsatz.

348 **Wir wollen, dass unsere Industrie weiterhin bei Zukunftstechnologien ganz vorne**
349 **mitspielt.**

350 Klimafreundlich zu produzieren oder zu arbeiten, darf kein Wettbewerbsnachteil sein!
351 Einen Platz an der Weltspitze können wir nur behaupten mit einer zielgerichteten und
352 europäisch koordinierten Strategie für die wichtigsten Schlüsselbranchen
353 Deutschlands. Wir in Europa stellen unsere industrielle Produktion in hohem Tempo auf
354 klimafreundliche Verfahren um. Es nützt dem Klima aber nicht, wenn die Produktion ins
355 Ausland abwandert und dort mehr Treibhausgase ausstößt. Deshalb stärken wir den
356 unbürokratischen CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjustment Mechanism, **CBAM**) und
357 schützen so die europäischen Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen gegenüber der
358 Produktion aus Ländern mit geringeren Klimaschutzauflagen (Carbon Leakage) – so
359 lange, bis die weltweiten Spielregeln fair sind. Außerdem setzen wir unseren
360 erfolgreichen **Klimacub** fort, einen wachsenden Kreis aus Staaten, die gemeinsame
361 Standards festlegen, damit es nicht mehr 28 verschiedene Standards für grünen Stahl
362 gibt.

363 Die EU muss sich unabhängiger aufstellen und strategische Wertschöpfung wieder
364 stärker nach Europa verlagern. Dazu braucht es eine **europäische Resilienzstrategie**,
365 die Risiken verringert (De-Risking), kritische Infrastrukturen effektiv schützt und
366 strategisch wichtige Schlüsselindustrien wieder in Europa ansiedelt. Gemeinsam mit
367 unseren europäischen Partnern werden wir Local-Content-Regeln und
368 Lokalisierungspflichten prüfen.

369 Soziale Standards sind ein geopolitischer Standortvorteil unseres Wirtschaftsraumes.
370 Wir unterstützen Industrie und Wirtschaft, nehmen sie aber auch in die Pflicht.
371 Wirtschaftliche Stärke und soziale Sicherheit sind zwei Seiten derselben Medaille.
372 Deswegen setzen wir die **Europäische Säule sozialer Rechte** entschieden national wie
373 europäisch um. Wir wollen eine **echte Europäische Sozialunion**. Wir wollen einen
374 Binnenmarkt, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern dient. Um eine angemessene
375 soziale Absicherung zu gewährleisten und Armut zu bekämpfen, setzen wir uns für
376 europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundsicherungssystemen ein.

377 **3. Wir kämpfen für einen starken Arbeitsmarkt und gute** 378 **Arbeitsbedingungen.**

379 Eines können wir versprechen: Wir als SPD, **wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz**. Denn
380 **gute Arbeit ist** der Anker für ein Leben in Würde und Wohlstand. Doch wenn sich alles
381 ändert, wachsen die Sorgen. Wenn sich alles ändert, dann brauchen Arbeitnehmerinnen
382 und Arbeitnehmer Sicherheit. Und diese muss gestaltet werden. Für die SPD geht das
383 nur gemeinsam mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften. Die Beschäftigten
384 erarbeiten den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen. Sie haben einen Anspruch auf
385 Mitbestimmung über ihre Arbeitsbedingungen und demokratische Teilhabe. Gute
386 Arbeitsbedingungen sind zudem wesentliche Voraussetzung für die Sicherung einer guten
387 Fachkräftebasis in unserem Land.

388 **Wir wollen für Deine Arbeit Sicherheit in der Veränderung.**

389 Wir wissen, dass sich viele Beschäftigte wegen der wirtschaftlichen Umbrüche und der

390 Stagnation der Konjunktur um ihren Arbeitsplatz sorgen. Wir wollen Beschäftigung
391 sichern. Wir wollen zukunftsfeste Perspektiven im angestammten Betrieb zu erreichen.
392 Sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik setzt dabei auf die **Förderung der**
393 **Qualifizierung** und in schwierigen Phasen auf Arbeitsplatzzerhalt, zum Beispiel durch
394 **gute Regelungen für Kurzarbeit**.

395 Wir werden die Förderung von **regionalen Verbänden, Weiterbildungsagenturen und**
396 **Transformationsclustern** fortsetzen und intensivieren. Es braucht niedrigschwellige
397 Beratungsangebote, um Betriebe und Beschäftigte vor allem in kleinen und mittleren
398 Unternehmen im Strukturwandel zu unterstützen.

399 Wenn ein Beschäftigungsverhältnis endet, soll ein möglichst nahtloser Übergang von
400 Arbeit zu Arbeit ermöglicht werden. Wir wollen durch regionale Zusammenschlüsse von
401 Sozialpartnern und der Bundesagentur für Arbeit **Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-**
402 **Job-Vermittlung** fördern und Arbeitslosigkeit bereits im Ansatz verhindern.

403 Beschäftigten aus Betrieben, die Personal abbauen, sollen neue Perspektiven in
404 Betrieben geboten werden, die Beschäftigte suchen. Dabei kommt es insbesondere auf
405 den richtigen Zeitpunkt und die enge Einbeziehung der Gewerkschaften und Betriebsräte
406 sowie auf tarifvertragliche Regelungen an. Daneben werden wir das bestehende
407 Instrument der **Transfergesellschaften** weiterentwickeln, damit auch kleinere
408 Unternehmen sie besser nutzen können.

409 Die **Versicherungsleistung des Arbeitslosengelds** muss wieder gestärkt werden. Wir
410 wollen mehr Sicherheit für die arbeitende Mitte, die sich gerade in den
411 transformationsbetroffenen Branchen um ihre Zukunft sorgt. Deshalb werden wir Zeiten
412 einer Qualifizierung während der Arbeitslosigkeit nicht mehr auf die Bezugsdauer des
413 Arbeitslosengelds anrechnen, so dass sich der Anspruch auf Unterstützung durch die
414 Arbeitslosenversicherung entsprechend verlängert.

415 Wir werden dafür sorgen, dass in einer digitalen Arbeitswelt gute Arbeitsbedingungen
416 gelten. Dafür werden wir einen fairen und rechtssicheren Umgang mit Daten im Betrieb
417 regeln und Plattformbeschäftigten den Rücken stärken.

418 **Wir wollen, dass Deine Stimme auch am Arbeitsplatz stärker zählt.**

419 Wir reformieren das **Betriebsverfassungsgesetz** und werden die **Mitbestimmung** der
420 Betriebsräte bei strategischer Personalplanung und -bemessung, bei der Einführung von
421 Künstlicher Intelligenz, und bei Gesundheitsschutz und Weiterbildung im Betrieb zu
422 echten Mitbestimmungsrechten mit Einigungserfordernis ausbauen.

423 In den Unternehmen muss es einen **gesetzlich festgelegten Mindestkatalog**
424 **zustimmungsbedürftiger Geschäfte im Aufsichtsrat** geben. **Schlupflöcher** zur Umgehung
425 der Mitbestimmung im Aufsichtsrat werden wir **schließen**, wie zum Beispiel bei der
426 Aushebelung der Mitbestimmung durch europäisches Gesellschaftsrecht.

427 **Wir wollen, dass Arbeit nicht krank macht und Sicherheit bietet.**

428 Arbeit darf nicht krank machen. Deswegen werden wir eine deutliche Steigerung der
429 durchgeführten ganzheitlichen **Gefährdungsbeurteilungen** vorantreiben, das betriebliche
430 Eingliederungsmanagement (**BEM**) stärken und verbindlicher machen, sowie Reha und
431 Prävention ausbauen und Zugänge vereinfachen und verbessern. Insbesondere werden wir
432 psychische Belastungen bei der Arbeit, die stark zugenommen haben, beim Arbeitsschutz
433 stärker in den Blick nehmen. Zudem brauchen wir ein umfassendes Informations- und

434 Beratungsangebot. Die **betriebliche Gesundheitsförderung** muss bei allen
435 unternehmerischen Entscheidungen mitgedacht werden. Das Angebot der
436 Koordinierungsstellen für betriebliche Gesundheitsförderung wollen wir weiter
437 ausbauen.

438 Wir werden **sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen abschaffen** und die
439 Sachgründe für Befristungen kritisch überprüfen.

440 **Wir wollen mit den richtigen Strategien den Arbeitsmarkt nachhaltig stärken.**

441 Gute Aus- und Weiterbildung sind die Voraussetzung für gute Arbeit und
442 Fachkräftesicherung. Wir setzen unseren **Weg der Ausbildungsgarantie** fort. Frühere
443 Berufsorientierung in den Schulen und in enger Abstimmung mit der Bundesagentur für
444 Arbeit, ist der richtige Weg. Die erfolgreiche Arbeit der Jugendberufsagenturen
445 werden wir weiter stärken. Die Unternehmen müssen ihrer Verantwortung für Ausbildung
446 stärker gerecht werden. Branchenbezogene Umlagefonds für gute Ausbildung können
447 dieses Ziel gewährleisten.

448 Wir werden dafür sorgen, dass es Sicherheit in der Veränderung gibt und garantieren
449 Unterstützung, wenn berufliche Weiterbildung oder Neuorientierung nötig oder gewollt
450 ist. Damit die Beschäftigten von heute auch die Kenntnisse und Fähigkeiten für die
451 Arbeit von morgen erwerben können, haben wir unter anderem mit dem
452 Transformationszuschuss und dem Qualifizierungsgeld die **Weiterbildungsförderung** der
453 Bundesagentur für Arbeit **erneuert** und erreichen damit den kleinen Handwerksbetrieb
454 oder Dienstleister ebenso wie den DAX-Konzern.

455 Unser Ziel ist ein **Recht auf Weiterbildung und beruflichen Neustart** in allen
456 Lebensphasen. Berufsbilder sollten so weiterentwickelt werden, dass die Beschäftigten
457 mit Weiterbildung über den gesamten **Lebenslauf** hinweg mit neuen Entwicklungen Schritt
458 halten können.

459 **Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit** ist unsere Antwort auf den immer
460 noch existenten Gender Pay Gap. Mehr Tarifbindung ist auch insoweit wichtig, denn mit
461 Tarifvertrag erfolgen Einstufung und Bezahlung oft gerechter.

462 Wir setzen auf eine **stärkere Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik**. Wir wollen
463 Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren und werden deshalb den
464 **Passiv-Aktiv-Transfer** ausweiten, vereinfachen und gesetzlich verankern. Wir wissen,
465 dass die meisten Menschen im Bürgergeldbezug, die arbeiten können, auch arbeiten
466 wollen. Das **Bürgergeld** ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung und kein
467 bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen wird zu Recht Mitwirkung eingefordert. An
468 diesem Prinzip des Forderns halten wir fest. Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen
469 mithilfe von Qualifizierung und Weiterbildung zu unterstützen, die eigene
470 Hilfebedürftigkeit zu beenden. Neben Weiterbildung hat sich auch das Instrument des
471 sozialen Arbeitsmarktes, der neue Chancen einer sozialversicherten Arbeit nachzugehen
472 eröffnet, bewährt. Wir haben die Regelungen für den **sozialen Arbeitsmarkt** deshalb
473 entfristet. Wir wollen so Arbeitsuchenden Teilhabe ermöglichen und sie aus der
474 Langzeitarbeitslosigkeit und dem Bürgergeldbezug holen, und Perspektiven für die
475 Aufnahme einer regulären Beschäftigung schaffen.

476 Deutschland profitiert seit langem davon, dass wir ein Einwanderungsland sind. Wir
477 treten Menschen mit Respekt gegenüber, völlig egal, wo sie ihre Wurzeln haben; mit
478 klaren und nachvollziehbaren Regeln, weniger Bürokratie und einer deutlich

479 transparenteren und vereinfachten **Anerkennung von im Ausland erworbenen**
480 **Qualifikationen**. Fair gestaltete Einwanderung darf nicht zu Ausbeutung, Lohndumping,
481 unfairem Wettbewerb oder einer Erosion des Tarifgefüges beitragen. Durch den **Ausbau**
482 **und die dauerhafte und auskömmliche Finanzierung der für gelingende Integration**
483 **notwendigen Strukturen**, wie breit verfügbare Deutschsprachförderung und
484 Beratungsangebote, ermöglichen wir eine gelingende Einwanderung.
485 Wir werden das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterentwickeln**, und die
486 Digitalisierung der Verwaltungsentscheidungen vorantreiben. Zudem werden wir den
487 **Job-Turbo** zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter fortsetzen und ausweiten.

488 **4. Wir kämpfen dafür, dass gute Bildung für alle zuverlässig** 489 **gelingt.**

490 Gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland ist die Basis für eine
491 gute Zukunft unseres Landes. Für den einzelnen Menschen schafft sie die
492 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben, für die Gesellschaft die Grundlage
493 für Zusammenhalt und Demokratie und für unsere Volkswirtschaft die Bedingungen für
494 wirtschaftliches Wachstum mit gut ausgebildeten Fachkräften. Gleichzeitig sind
495 berufstätige Eltern ebenso wie ihre Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber darauf
496 angewiesen, dass Kitas und Schulen allen Kindern verlässliche Betreuung und
497 gelingende Bildung garantieren. Ganz gleich, wie die Voraussetzungen sind, wir
498 wollen, dass gute Bildung unabhängig von der Lebenssituation gelingt. Nachfolgend
499 führen wir auf, wie wir das in die Tat umsetzen wollen.

500 ***Wir wollen, dass Bildung in Kita und Schule verlässlich für alle Kinder gelingt.***

501 Der Mangel an Fachkräften darf nicht zur Achilles-Ferse unseres Bildungssystems
502 werden. Gut qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl sind die entscheidende
503 Voraussetzung für mehr Kita-Plätze, den Ganzttag im Grundschulalter, bessere
504 Bildungsqualität und einen Ausbau der Betreuungszeiten und, einer Reduzierung von
505 Schließzeiten. Wir wollen daher eine **Fachkräfteoffensive für Kitas und Schulen**
506 **verbindlich zwischen allen Bundesländern vereinbaren**, die unter anderem den Ausbau
507 von Ausbildungskapazitäten, eine entlohnte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher,
508 multiprofessionelle Teams, die verstärkte Ansprache von Quereinsteigenden aus anderen
509 Berufen sowie den Ausbau vollzeitnaher Tätigkeit bei den meist weiblichen
510 Beschäftigten umfasst.

511 Kein Kind soll ohne die nötigen Grundfertigkeiten in die Schule starten – und keines
512 die Grundschule verlassen, ohne ausreichend sprechen, zuhören, lesen, schreiben und
513 rechnen zu können. Spätestens mit vier Jahren und bei der Einschulung muss der
514 Entwicklungsstand aller Kinder festgestellt und wenn nötig eine **verbindliche**
515 **Förderung** angeboten werden.

516 Wir wollen beste Bildung und Betreuung für Kinder, Verlässlichkeit für arbeitende
517 Eltern und gute Arbeit für die Beschäftigten in Kitas garantieren. Für eine gezielte
518 Förderung von **Kitas in benachteiligten Lagen** wollen wir auch mit Bundesmitteln ein
519 Startchancenprogramm schaffen und das **Startchancenprogramm an Schulen** sukzessive
520 ausbauen. Auch der **Digitalpakt Schule** muss fortgesetzt und inhaltlich
521 weiterentwickelt werden. Der ab 2026 schrittweise geltende **Rechtsanspruch auf**
522 **Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder** ist für mehr Chancengleichheit ebenso zentral

523 wie für mehr Verlässlichkeit in der Bildung – und er gilt! Dort, wo wir in
524 politischer Verantwortung sind, werden wir ihn zuverlässig einlösen und für eine gute
525 Qualität des Angebotes Sorge tragen.

526 **Wir wollen, dass alle jungen Menschen ihren Ausbildungsweg frei wählen können.**

527 In Deutschland soll jeder junge Mensch das Beste aus sich und seinen Fähigkeiten
528 machen können. Allen jungen Menschen müssen alle Ausbildungswege offenstehen. Das ist
529 unser Versprechen vom **Aufstieg durch Bildung**.

530 Für junge Menschen am Beginn von Ausbildung oder Studium sind derzeit – noch mehr als
531 in der Bevölkerung insgesamt – die steigenden Lebenshaltungskosten das zentrale
532 Problem. Wir wollen deshalb die **Mindestausbildungsvergütung anheben**. Mit einer **Reform**
533 **des BAföG** wollen wir dafür sorgen, dass die Höhe der Ausbildungsförderung regelmäßig
534 an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird. Darüber hinaus müssen die
535 Bearbeitungszeiten für BAföG-Anträge verkürzt werden – durch weitere Digitalisierung
536 und Vereinfachung. Das erfolgreiche **Bundesprogramm Junges Wohnen** wollen wir
537 **fortsetzen und aufstocken**, um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende und Studierende
538 zu schaffen.

539 Darüber hinaus werden wir das **duale Studium** stärker fördern und die Schutzrechte des
540 Berufsbildungsgesetzes auch auf diesen Ausbildungsweg ausweiten.

541 **Wir wollen gute Arbeitsbedingungen an Schulen und Kitas.**

542 Kitas und Schulen müssen **attraktive Lern- und Arbeitsorte mit guten**
543 **Arbeitsbedingungen sein**. Um auch bei den vielen anstehenden Neubauten und Sanierungen
544 bestmögliche Standards für zeitgemäße Kita- und Schulgebäude zu erfüllen, wollen wir
545 deshalb mehr Anreize für Träger schaffen.

546 **Wir wollen das Bildungssystem fit machen für die Einwanderungsgesellschaft.**

547 Unsere Einwanderungsgesellschaft braucht ein Bildungssystem, das Kindern
548 unterschiedlicher Herkunft **alle Möglichkeiten eröffnet**, Kitas und Schulen mit Erfolg
549 **zu besuchen**. Wir **wollen Vielfalt auch in Bildungsplänen, Schulbüchern und in den**
550 **pädagogischen Berufen widerspiegeln**. Schüler*innen unterschiedlicher Herkunft mit
551 ihnen identifizieren können.

552 Beste Bildung **braucht eine kraftvolle und nachhaltige gesamtstaatliche Finanzierung**.
553 Wir wollen deswegen die Erbschafts- und Schenkungssteuer reformieren, um **gezielt in**
554 **bessere Bildung für alle Kinder und Jugendlichen** investieren zu können. Wie schon
555 beim Startchancenprogramm wollen wir unsere Mittel gezielt dort einsetzen, wo
556 **vorgefundene Nachteile** bei den Bildungshintergründen von Elternhaus oder
557 Nachbarschaft zu Nachteilen für die Bildungschancen von Kindern werden.

558 **5. Wir kämpfen für eine Finanzpolitik, die der Zukunft unseres** 559 **Landes dient.**

560 Darüber reden, was alles nicht gut ist, das können viele. Wir wollen anpacken. Für
561 eine gute Zukunft des Landes und unserer Kinder ist heute eine umfassende
562 Modernisierung nötig. Dies gilt sowohl für die private Wirtschaft als auch für die
563 öffentliche Daseinsvorsorge: von Kitas, Schulen und Hochschulen, über das
564 Gesundheitssystem bis hin zur Pflege. Auch Klimaschutz (Erneuerbare Energien und

565 Netze), Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, erhöhte Verteidigungsbereitschaft
566 und verbesserte Verkehrsinfrastruktur bedürfen einer großen
567 Modernisierungsanstrengung. Daher wollen wir eine Ära der Investitionen in die
568 Zukunft begründen und zeitgleich für finanzielle Solidität sorgen. Dies erfordert
569 einen gemeinsamen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen.

570 **Wir wollen, dass bei der Modernisierung unserer Infrastruktur alle gemeinsam**
571 **anpacken.**

572 Wir müssen in das Morgen, Übermorgen und auch in das Überübermorgen investieren. Die
573 erforderlichen öffentlichen Investitionen müssen rasch getätigt werden, damit der
574 vorhandene Investitionsstau aufgelöst wird und um bessere Voraussetzungen für private
575 Investitionen zu schaffen. Eine Privatisierung von Infrastruktur bleibt
576 ausgeschlossen. Wir stehen für eine generationengerechte Finanzpolitik, die
577 notwendige Investitionen nicht länger auf künftige Generationen abwälzt. Unsere
578 Finanzpolitik ist strategisch angelegt und sichert Wachstum ebenso wie den Wandel.
579 Die Finanzierung des Wandels wird über stabile Staatsfinanzen gewährleistet.

580 Wir möchten die Finanzierung von wichtigen Zukunftsinvestitionen auf allen Ebenen des
581 Staates sicherstellen. Denn wir wollen verhindern, dass kommenden Generationen
582 „Investitionsschulden“ vermachet werden, etwa ein sanierungsbedürftiges Schienennetz
583 der Bahn, veraltete Schulgebäude oder abgewanderte Arbeitsplätze. Für die
584 Finanzierung von langfristigen Investitionen ist es sinnvoll, Kredite aufzunehmen.
585 Auf diese Weise werden die Finanzierungskosten über viele Jahre gerecht verteilt.
586 Auch kommende Generationen übernehmen einen angemessenen Teil der Rückzahlung, denn
587 diese Investitionen sollen sowohl den heutigen als auch den künftigen Wohlstand
588 sichern und steigern.

589 Die Möglichkeit, öffentliche wie auch private Investitionen über finanzielle
590 Transaktionen zu fördern, soll stärker genutzt werden, sowohl vom Bund als auch von
591 den Ländern. Dies erlaubt das Grundgesetz bereits heute. Diese Art der Finanzierung
592 schafft langfristige Planungssicherheit und ermöglicht die Ausweitung von notwendigen
593 Zukunftsinvestitionen, bei gleichzeitiger Verteilung der Finanzierungslast auf die
594 profitierenden Generationen. Wir können auf diesem Wege unter anderem die
595 Eigenkapitalbasis von öffentlichen Unternehmen stärken und deren öffentliche
596 Investitionen steigern.

597 Außerdem wollen wir die veralteten Kriterien der Konjunktur-Komponente der
598 Schuldenregel an die aktuellen wirtschaftlichen Realitäten anpassen, damit unser
599 Gemeinwesen gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für ein stetiges und
600 hohes Investitionsniveau sorgen kann.

601 Die aktuelle Schuldenregel ist nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und der
602 Zukunft ausgelegt. Deshalb wollen wir die Schuldenregel im Grundgesetz so reformieren
603 , dass sie keine Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und in den
604 Wohlstand behindert. Sie soll produktive Ausgaben und Vollbeschäftigung möglich
605 machen. Nur so wird das gute Leben auch kommender Generationen möglich. Zusätzlich
606 gilt es, die veralteten Kreditobergrenzen zu reformieren: Neben der Einführung von
607 Ausnahmetatbeständen für wichtige Zukunftsinvestitionen setzen wir uns für eine
608 flexiblere Ausgestaltung der Defizitregel selbst ein. Die Länder sollen Möglichkeiten
609 der Kreditaufnahme erhalten. Dies geschieht im Einklang mit den europäischen

610 Fiskalregeln.

611 Um in Krisenfällen mehr Sicherheit und langfristige Planung zu ermöglichen, streben
612 wir eine **Reform der Notlagenregelungen** an, so dass unser Staat jederzeit und
613 jahresübergreifend handlungsfähig ist.

614 Die **Tilgungsverpflichtungen** führen zu Einsparzwängen in künftigen Staatshaushalten.
615 Damit wird die finanzielle Krise künstlich verlängert und die Lasten einer einmaligen
616 Notsituation werden auf künftige Generationen verschoben. Wir setzen uns daher dafür
617 ein, diesen ungerechten Mechanismus zu ändern.

618 Wir müssen zum Beispiel kraftvoll in Bildung investieren, den sozial-ökologischen und
619 digitalen Strukturwandel bewältigen und die Infrastruktur landauf und landab
620 modernisieren. Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen dafür die
621 nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagen deshalb einen **Zukunftspakt Bund,**
622 **Länder, Kommunen** vor. Dazu gehört die bereits beschriebene Reform der Schuldenregel,
623 um auch den Ländern mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen. Darüber hinaus wollen
624 wir die höchsten Vermögen in unserem Land bei der Finanzierung der Gemeinschaft
625 stärker in die Verantwortung nehmen. Erbschafts- und Schenkungsteuer sowie
626 Vermögensteuer stärken dann die Einnahmeseite der Länder, denen das Aufkommen aus
627 diesen Steuern zusteht. Überdies sind die Länder dafür verantwortlich, den Kommunen
628 eine adäquate Finanzausstattung für die Bewältigung ihrer Aufgaben zukommen zu lassen.

629 Auf der **kommunalen Ebene** fällt ohnehin ein großer Teil der für den Strukturwandel
630 notwendigen Investitionen an. Gleichzeitig ist die finanzielle Situation vieler
631 Kommunen ernst. Das müssen und wollen wir ändern. Es bedarf endlich einer **Lösung des**
632 **spezifischen Problems der kommunalen Altschulden.** Dabei wollen wir dafür Sorge
633 tragen, dass auch die Situation der ostdeutschen Kommunen berücksichtigt wird, welche
634 ebenfalls durch unverschuldete Altlasten herausgefordert sind, etwa durch die
635 Situation der alten kommunalen Wohnungsgesellschaften oder das Anspruchs- und
636 Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG). Darüber hinaus setzen wir uns für
637 langfristige Unterstützungs- und Finanzierungsvereinbarungen zwischen den staatlichen
638 Ebenen, vor allem für die Bereiche Bildung, Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur,
639 Städtebau, Wärmeplanung und Energieeffizienz ein. Außerdem sind **größere und moderne**
640 **Kapazitäten zur Infrastrukturplanung der Kommunen** erforderlich, etwa für
641 kommunenübergreifende Investitionsplanung oder gemeinsamen Personaleinsatz. Wir
642 wollen eine systematische Verbesserung der Kommunalfinanzen erreichen. Über den
643 Deutschlandfonds wollen wir kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Energieversorger und
644 Verkehrsunternehmen durch Eigenkapitalzuschüsse bzw. langfristige Darlehen stärken.

645 Auf europäischer Ebene hat Next Generation EU einen entscheidenden Impuls für
646 nachhaltige Zukunftsinvestitionen gegeben. Wir wollen die europäische Wirtschaft und
647 ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Transformation unterstützen.

648 Wir wollen den **Mehrjährigen Finanzrahmen** reformieren und ihn stärker auf zentrale
649 Politikbereiche der EU ausrichten, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert
650 liefern und in diesen verstärkt investieren. Die Rückzahlung von Next Generation EU
651 darf nicht zulasten bereits jetzt unterfinanzierter Programme und strategisch
652 wichtiger Investitionen gehen. Durch echte EU-Eigenmittel machen wir die EU
653 finanziell unabhängiger von den nationalen Regierungen.

654 Die **Regionalförderung der EU** (Kohäsionspolitik) hat seit der Wiedervereinigung

erheblich dazu beigetragen, strukturschwache Regionen Ostdeutschlands zu wettbewerbsfähigen und lebenswerten Regionen zu entwickeln. Dies muss auch zukünftig gesichert sein. Einer Zentralisierung der Kohäsionspolitik werden wir nicht zustimmen. Wir setzen uns dafür ein, die Kohäsionspolitik bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, damit der ökologische und digitale Strukturwandel gemeistert werden kann. Den Just Transition Fund werden wir auf alle Industrieregionen ausweiten.

Wir benötigen überdies eine Stärkung der Staatseinnahmen durch ein gerechtes Steuersystem. Dazu gehört auch, Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität weiter zu bekämpfen. So gilt es, **Umsatzsteuerbetrug** vor allem in bargeldintensiven Branchen weiter zurückzudrängen und die bisher ergriffenen Maßnahmen weiterzuentwickeln und zu ergänzen. Wir setzen uns für den Aufbau und die Stärkung einer Behörde im Kampf gegen Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Geldwäsche ein. Außerdem gehen wir weiterhin entschieden gegen Geldwäsche vor, schließen die Lücken im **Transparenzregister**, machen es wieder für die Zivilgesellschaft zugänglich und setzen uns für die effektive Bekämpfung von Vermögensverschleierung ein. Wir wollen weiter bei Steuervermeidung und schädlichem Steuerwettbewerb gegensteuern. Dazu gehört eine **Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen**. Außerdem setzen wir uns für eine einheitliche Basis-Körperschaftsteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in Europa ein.

Bei der Bewältigung der Generationenaufgabe Wiedervereinigung hat sich der **Solidaritätszuschlag** bewährt. Wir werden dieses Instrument weiterführen; es dient der Finanzierung der Transformation unseres Landes. In der Einkommensteuer haben wir 90 Prozent der Steuerpflichtigen bereits vor einiger Zeit von der Zahlung des Solidaritätszuschlags entlastet. Nur die Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen (10 Prozent) gehören zum Kreis der Soli-Zahler. Außerdem gehören Kapitalgesellschaften und Bezieher von Kapitalerträgen dazu. Wir stellen sicher, dass der Kreis der betroffenen Steuerpflichtigen nicht größer wird und nicht mehr Bürgerinnen und Bürger als heute den Soli entrichten.

Wir wollen, dass auch (Hoch-)Vermögende einen gerechten Beitrag zur Finanzierung der Investitionen in unsere Zukunft leisten.

In Deutschland werden Einkommen aus Arbeit stärker als Vermögen besteuert. Dies wollen wir verändern und mehr Steuergerechtigkeit schaffen. Eigentum gibt Sicherheit, aber Eigentum verpflichtet auch. Daher wollen wir die vermögensbezogene Besteuerung stärken und Spitzenvermögen stärker an der Finanzierung der Modernisierung unseres Landes und unserer Gemeinschaft beteiligen. Die **Erbschaft- und Schenkungsteuer** in ihrer heutigen Form ist nicht gerecht, denn die übermäßige Privilegierung großer Unternehmensvermögen führt dazu, dass bei der Übertragung solcher Multimillionen- oder Milliardenvermögen oftmals nur sehr wenig oder gar keine Steuern gezahlt werden. Diese Ungerechtigkeit wollen wir abschaffen. Innerhalb des bestehenden progressiven Steuertarifs führen wir eine effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen ein, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gilt. Die persönlichen Freibeträge wollen wir erhöhen, um den Vermögenspreissteigerungen seit der letzten Anpassung Rechnung zu tragen. Das selbstgenutzte Familienheim bleibt auch in Zukunft unangetastet. Die ausgesetzte **Vermögenssteuer** wollen wir für Superreiche mit Vermögen über 100 Millionen Euro revitalisieren. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch

701 die von Brasilien im Rahmen der G20 angestoßenen Pläne für eine **international**
702 **koordinierte Mindeststeuer für Superreiche**. Ein international abgestimmtes Vorgehen
703 schafft notwendige Transparenz über Vermögensanhäufung und macht Steuervermeidung
704 unattraktiv. Die Steuereinnahmen aus Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie
705 Vermögensteuer stehen den Ländern zu, in deren Verantwortungsbereich die
706 Bildungspolitik liegt. Es ist daher unser Ziel, dass die Länder, die aufgrund unserer
707 Reformen erzielten Mehreinnahmen für die dringend erforderliche Stärkung und
708 Modernisierung des Bildungssystems aufwenden.

709 Außerdem wollen wir die Abgeltungsteuer abschaffen und **Einkommen aus Kapital** wieder
710 über den Einkommensteuertarif besteuern. Anders als an den Finanzplätzen Paris oder
711 Mailand, werden Finanztransaktionen in Deutschland bisher nicht besteuert. Daher
712 wollen wir eine **Finanztransaktionssteuer** einführen. Dies soll möglichst im Einklang
713 mit unseren europäischen Partnern geschehen.

714 Wenn eine nicht selbst genutzte **Immobilie** privat verkauft wird, ist der Gewinn nach
715 Ablauf einer **Spekulationsfrist** von zehn Jahren aktuell steuerfrei. Das wollen wir
716 ändern und damit für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Außerdem werden auf diese Weise
717 Anreize für rein spekulative Immobilienkäufe reduziert und gleichzeitig Anreize für
718 langfristige Investitionen in Immobilien erhöht. Daraus können sich auch positive
719 Effekte auf das Angebot auf dem Wohnungsmarkt ergeben.

Beschäftigte und ihre Familien entlasten

Viel ist in diesen Zeiten in der Politik, der Wirtschaft und den Medien von Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern die Rede. **Für uns sind das die, die viel leisten – und nicht nur die, die sich viel leisten können.** Mit ihrer Arbeit – sei sie bezahlt oder unbezahlt – sichern sie den Zusammenhalt und den Wohlstand in unserer Gesellschaft. Das sind die vielen Beschäftigten in der Industrie, die Pflegekräfte, Feuerwehrleute, Lehrkräfte, Handwerkerinnen und Handwerker, aber auch Menschen, die sich um andere Familienmitglieder kümmern, beispielsweise um die Kinder oder auch um pflegebedürftige ältere Menschen. Unser Respekt bemisst sich nicht an ihrem Gehalt. Unser Respekt bemisst sich an ihrer Leistung, die sie viel zu oft unter enormen Belastungen und ohne die Anerkennung erbringen, die sie verdienen. **Unseren Respekt und unsere Anerkennung zeigen wir, indem wir für bessere Löhne, gerechte Steuern und Abgaben, für sichere Arbeitsplätze und eine stabile Rente sorgen.**

Es gehört aber auch zu unserem Respekt, die Auswirkungen der Inflation abzufedern, für bezahlbaren Wohnraum und ein verlässliches System von Bildung, Betreuung und Pflege zu sorgen. Die Beschäftigten und ihre Familien brauchen Verlässlichkeit im Alltag, Erleichterungen wie zum Beispiel eine Termingarantie beim Arzt und eben einen Staat, der einfach funktioniert.

6. Wir kämpfen für ein bezahlbares Zuhause.

Wohnen ist ein Menschenrecht! Wer wohnt, hat eine kleine Heimat für sich und die Familie. Wohnen definiert die Lebensqualität eines jeden von uns. Und wir stehen dafür ein! Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern Sicherheit und Geborgenheit in einem bezahlbaren Zuhause zu finden. Deshalb ist Wohnen für uns ein öffentliches Gut, das nicht allein dem privaten Markt überlassen bleiben darf. **Das ist eine öffentliche Angelegenheit.** Wir wollen den akuten Wohnraumangel mit einer Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wohnungslosigkeit wollen wir 2030 überwunden haben. Die Schaffung und der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum ist eine staatliche Daueraufgabe. Wir stärken gleichzeitig den privaten Wohnungsbau, in dem wir unter anderem durch einen weiteren Bürokratieabbau gute Rahmenbedingungen für private Investitionen setzen. Mieterinnen und Mieter wollen wir vor Mietwucher und Überforderung schützen.

Wir wollen die Mietpreisentwicklung bremsen.

Ende 2025 laufen die Mietpreisbremsen aus. Die Mietpreisbremse ist ein sehr gutes Instrument, um die steigenden Mieten einzudämmen. Und wir wollen langfristig für stabile und bezahlbare Mieten in angespannten Wohnungsmärkten sorgen. In Ballungsgebieten soll Kurzzeitvermietung auf ein Mindestmaß reduziert werden. Die **Mietpreisbremse** soll unbefristet gelten, um langfristig für stabile und bezahlbare Mieten in angespannten Wohnungsmärkten zu sorgen. Wir werden dafür sorgen, dass die Mietpreisbremse nicht durch zum Beispiel (teil-)möblierte und befristete Wohnungsangebote umgangen werden kann. **Indexmietverträge** sollen nur noch an die Entwicklung der Nettokaltmieten statt an die Inflationsrate gekoppelt sein dürfen.

761 **Zweckentfremdung** und Leerstand von Wohnraum durch Kurzzeitvermietung sind zu
762 unterbinden. Es soll mehr **Transparenz über Bestandsmieten und Neuvermietungs**
763 **mieten** geben. **Mietwucher** muss wirksam unterbunden werden, unter anderem durch Verschärfung
764 des Wirtschaftsstrafrechts.

765 Wir wollen den dramatischen Anstieg der Mieten in Ballungsgebieten stoppen. Deswegen
766 wollen wir, dass in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt nur eine maximale
767 **Mietsteigerung** von sechs Prozent in drei Jahren bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete
768 gestattet ist. Den Mietspiegel-Betrachtungszeitraum wollen wir auf zehn Jahre
769 ausweiten und preisgebundenen Wohnraum in die Betrachtung einbeziehen. Die
770 **Nebenkosten** für Mieterinnen und Mieter sollen transparenter und einfacher
771 nachvollziehbar sein.

772 Die Grundsteuer ist eine Steuer auf Eigentum an Grund und Boden. Mieterinnen und
773 Mieter wollen wir bei der Grundsteuer entlasten. Die **Umlagefähigkeit der Grundsteuer**
774 darf deshalb nicht so weit gehen, dass der Eigentümer sämtliche Lasten auf die
775 Mietparteien umlegen darf.

776 Mit dem Wohngeld unterstützen wir gezielt Erwerbstätige sowie **Rentnerinnen und**
777 **Rentner**. Wir haben die Erweiterung des Wohngelds zu Wohngeld **plus** umgesetzt, das
778 heißt, deutlich mehr Menschen profitieren von einer Unterstützung. **Im Wohngeldgesetz**
779 haben wir außerdem die regelmäßige automatische Erhöhung des Wohngelds an die reale
780 Preis- und Mietpreisentwicklung festgeschrieben. Ähnlich wollen wir auch für Menschen
781 in Ausbildung eine regelmäßige und **automatische Erhöhung der BAföG-**
782 **Wohnkostenpauschale** festschreiben. Die Unterstützung muss kontinuierlich den realen
783 Mietpreisentwicklungen folgen.

784 **Wir wollen, dass mehr bezahlbare Wohnungen gebaut werden.**

785 Um das Angebot bezahlbaren Wohnraums mittel- und langfristig zu stabilisieren, sind
786 gemeinschaftliche Kraftanstrengungen für **schnelleres Bauen** und eine soziale
787 Bodenpolitik notwendig. Wir wollen dafür die richtigen Rahmenbedingungen und Impulse
788 setzen.

789 Wir wollen die **Investitionen in den sozialen Wohnungsbau** auf hohem Niveau stärken und
790 verstetigen. Wir werden künftig staatliche Bedarfsprognosen nach Regionen
791 differenzieren. Das ist die Grundlage für die Neubauziele der Bundesregierung und für
792 die dazu notwendige **Förderung**. Über den Deutschlandfonds werden wir
793 **Wohnungsbaugesellschaften** und -genossenschaften mit dem nötigen Eigenkapital
794 versorgen und damit den Wohnungsbau ankurbeln.

795 Der Bund geht mit einer neuen **bundeseigenen Wohnungsgesellschaft** voran, um durch
796 eigene Wohnraumförderung den Markt zu entlasten und Wohnraum für Angestellte und
797 Beamte des Bundes zu schaffen. Das **Genossenschaftsprogramm** soll verstetigt und
798 ausgebaut werden.

799 Wir wollen die in vielen Regionen rasante Preisentwicklung bei Grund und Boden
800 stoppen. Wir brauchen eine **Trendwende zu einer sozialen Bodenpolitik**, denn Boden ist
801 ein unvermehrbares Gut. Seine Nutzung soll auch dem Gemeinwohl dienen. Um eine
802 langfristige und nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen, müssen Kommunen beim
803 **Aufbau von Bodenfonds** unterstützt werden. Es sollen Modelle unterstützt werden, durch
804 die Kommunen von **Bodenwertsteigerungen** durch Planung profitieren. Das **Vorkaufsrecht**
805 **für Kommunen** muss gestärkt werden.

806 Baukosten müssen gesenkt und Verfahren beschleunigt werden. Unser Ziel: Der
807 **Bürokratieabbau** muss fortgesetzt werden und die Bauverwaltung einen
808 Digitalisierungsschub erhalten. Zuviel Bürokratie und fehlende Digitalisierung
809 verlängern Prozesse und Entscheidungswege. Das **Bündnis bezahlbarer Wohnraum** soll
810 verstetigt und ausgebaut werden. Vereinfachte Baustandards wie der Gebäudetyp E
811 müssen weiterentwickelt werden. Im **seriellen und modularen Bauen** stecken große
812 Potenziale, die wir heben wollen. Förderprogramme im Baubereich sollen zukünftig zu
813 festen Förderkonditionen für die Dauer der Legislaturperiode verlässlich angeboten
814 werden.

815 **Barrierefreiheit und lebensphasengerechtes Wohnen** sind unser Ziel. Wir wollen den
816 Abbau von Barrieren für generationenübergreifendes gemeinschaftliches Leben fördern.
817 Barrierefreiheitsoll als Standard stärker in der Fördersystematik verankert werden.

818 ***Wir wollen den Traum vom Wohneigentum unterstützen.***

819 Viele Menschen träumen von den eigenen vier Wänden. Aber diese Träume sind immer
820 schwieriger zu erreichen. Auch hier packen wir an. Wir wollen, dass Träume vom
821 Eigenheim Wirklichkeit werden können. Wohneigentum dient der Wohnraumversorgung und
822 ist darüber hinaus Teil der Vermögensbildung und Alterssicherung. Das Programm „Jung
823 kauft Alt“ wollen wir verstetigen und ausbauen. Es hilft besonders der
824 Eigentumsförderung junger Familien, die vor allem in kleinen Städten und Gemeinden
825 auf der Suche nach einem Eigenheim sind. Durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse zur
826 energetischen Sanierung bekommen sie die Chance, sich ihren Traum zu erfüllen.
827 Zugleich leistet das Programm einen wichtigen Beitrag für lebenswerte Innenstädte und
828 Dörfer, insbesondere in den ländlichen Regionen.

829 Um eine soziale und demografische Stabilität in den Gemeinden zu gewährleisten,
830 sollen außerdem **Einheimischen-Modelle und Konzeptvergaben** bei der Vergabe von Bauland
831 gestärkt werden. Einheimischen-Modelle ermöglichen es Kommunen, ortsansässigen
832 Familien und Personen vergünstigtes Bauland anzubieten. Dies gibt wiederum
833 insbesondere jungen Familien die Chance, in ihrer Heimatgemeinde Eigentum zu
834 erwerben, und trägt dazu bei, den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken.
835 Gleichzeitig wirken diese Modelle spekulativen Preissteigerungen entgegen.

836 Mit Konzeptvergaben wird gewährleistet, dass die Vergabe von Grundstücken nicht
837 ausschließlich nach Höchstgeboten erfolgen muss. Soziale Durchmischung, nachhaltiges
838 Bauen und innovative Wohnformen sollen besonders berücksichtigt werden. Dadurch
839 können Kommunen gezielt Projekte fördern, die langfristig einen Mehrwert für das
840 Gemeinwesen schaffen, zum Beispiel genossenschaftliche Wohnprojekte oder
841 generationenübergreifendes Wohnen.

842 **7. Wir kämpfen für Arbeit, die ein gutes Leben ermöglicht.**

843 Wer jeden Tag arbeitet, muss ein selbstbestimmtes Leben mit einem guten Auskommen
844 führen können. Wir wollen für eine gerechtere Verteilung des erarbeiteten Wohlstands
845 sorgen. Wir stehen sowohl für gerechte Bezahlung als auch für gerechte Besteuerung.

846 ***Wir wollen guten Lohn für alle.***

847 Die Höhe des **gesetzlichen Mindestlohns** muss sich an den Empfehlungen der europäischen
848 Richtlinie orientieren, also an mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens in

849 Deutschland. Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der
850 Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Dementsprechend muss der
851 Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.

852 Gerade in Ostdeutschland, wo viele Regionen nach wie vor mit niedrigeren
853 Durchschnittslöhnen und einer geringen Tarifbindung zu kämpfen haben, und in den
854 Berufen, die viele Frauen ausüben, ist wegen der oft schlechten Bezahlung der
855 gesetzliche Mindestlohn von enormer Bedeutung. Entscheidend bleibt aber, die
856 Tarifbindung zu stärken, um die Löhne in Ostdeutschland zu stärken und langfristig
857 Löhne oberhalb des Mindestlohns zu sichern.

858 Wir werden die **Tarifbindung deutlich erhöhen**. Wer mit Tarifvertrag arbeitet, bekommt
859 höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Wir werden mit einem
860 **Bundestariftreuegesetz** dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge des Bundes nur an
861 Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. Dieser Grundsatz muss
862 auch für europäische öffentliche Aufträge gelten. Deshalb setzen wir uns auch für ein
863 **europäisches Tariftreuegesetz** ein. Wenn öffentliche Gelder und Fördermittel für die
864 Bewältigung der Transformation von Unternehmen eingesetzt werden, sollen sie
865 konsequent an die Kriterien Tarifbindung, Standortentwicklung,
866 Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsstrategien gebunden werden. Wir werden die
867 **Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen** erleichtern und ein
868 **Verbandsklagerecht für Gewerkschaften** einführen.

869 Das Streikrecht gewährleistet Tarifverhandlungen auf Augenhöhe. Die Sozialdemokratie
870 erteilt allen Versuchen, das **Streikrecht** einzuschränken, eine klare Absage.

871 Wir wollen die Ungerechtigkeit beenden, dass Frauen immer noch weniger verdienen als
872 Männer, und deswegen die EU-Entgelttransparenzrichtlinie bis 2026 in nationales Recht
873 umsetzen. Wir werden das deutsche Entgelttransparenzgesetz zu einem **wirksamen**
874 **Lohnngerechtigkeitsgesetz** weiterentwickeln. Wir setzen uns zudem weiter für eine
875 Aufwertung der sozialen Dienstleistungsberufe ein.

876 **Wir wollen, dass 95 Prozent der Steuerzahlenden mehr Netto vom Brutto haben.**

877 Wir sind die Partei der Mitte. Und als solche setzen wir uns auch dafür ein, dass die
878 arbeitende Mitte der Gesellschaft mehr Netto vom Brutto erhalten soll. Das aktuelle
879 Steuersystem belastet Arbeitseinkommen relativ stark, Vermögen hingegen relativ
880 gering. Das ist nicht gerecht und deshalb wollen wir das ändern. Der
881 **Einkommensteuertarif** nimmt derzeit gerade mittlere Einkommen relativ stark in
882 Anspruch. Wir wollen **die große Mehrheit der Einkommensteuerpflichtigen entlasten**
883 **(etwa 95 Prozent)** und dafür unter anderem **Spitzeneinkommen und -vermögen** stärker an
884 der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen.
885 Aufgrund von **Steuerbürokratie** geben viele Einkommensteuerpflichtige aktuell keine
886 Steuererklärung ab und verzichten somit auch auf mögliche Erstattungen. Wir wollen
887 Steuerbürokratie abbauen: Die **vorausgefüllte Einkommensteuererklärung** soll zum
888 Standard werden. Sobald diese vorliegt, werden die Steuerpflichtigen durch die
889 Finanzbehörden aktiv darüber informiert. Mögliche **Erstattungen** sollen **automatisch**
890 erfolgen.

891 **Wir wollen bezahlbare Lebensmittelpreise.**

892 Die Preise für Lebensmittel sind seit der Corona-Pandemie empfindlich gestiegen.

893 Davon profitieren aber nicht die Erzeuger, sondern wenige große Lebensmittelkonzerne.
894 Und es belastet vor allem Familien, Alleinerziehende oder von Armut betroffene
895 Menschen.

896 Höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen, die sich konsequent an der Entwicklung der
897 Lebenshaltungskosten orientieren, sind darauf eine wesentliche, aber nicht die
898 einzige Antwort. In Zeiten steigender Preise gerade für die Lebensmittel des
899 täglichen Bedarfs wollen wir, dass der ermäßigte **Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel**
900 **von sieben Prozent auf fünf Prozent gesenkt** wird.

901 In Zeiten steigender Preise gerade für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs wollen
902 wir den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Lebensmittel von sieben Prozent auf fünf
903 Prozent senken. Damit unterstützen wir die Bürgerinnen und Bürger nach Jahren der
904 massiven Preissteigerungen. Die Erfahrung zeigt, dass bei einer Senkung der
905 Mehrwertsteuer die Händler den überwältigenden Teil der Steuersenkung an
906 Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Die Senkung der Mehrwertsteuer kommt
907 bei allen Verbraucherinnen und Verbrauchern beim Einkauf an, denn auf den Kauf von
908 Grundnahrungsmitteln kann niemand verzichten. Die Senkung der Mehrwertsteuer hilft
909 insbesondere Haushalten mit geringeren Einkommen, da die Ausgaben für Lebensmittel
910 einen besonders hohen Anteil am Einkommen ausmachen.

911 Zudem müssen wir die Marktmacht der wenigen großen Lebensmittelhändler scharf
912 beobachten, die zu übermäßigen Preissteigerungen zwecks Ausdehnung der Gewinnmargen
913 führen kann. Dazu wollen wir **die zuständigen Behörden stärken**, die die Entwicklung
914 und Zusammensetzung ausgewählter Lebensmittelpreise von der Produktion bis zum
915 Verkauf transparent und öffentlich machen. Die zuständigen Behörden sollen prüfen, ob
916 es zu wettbewerbsrechtlichen Verstößen kommt.

917 **8. Wir kämpfen für stabile Renten.**

918 Die gute Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Wer
919 jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss auf dieses Versprechen vertrauen können.
920 Der Wert der Arbeit spiegelt sich auch in guten Renten im Alter. Dies gilt auch für
921 die heute jungen Menschen, die jetzt ins Erwerbsleben kommen und viele Jahre Beiträge
922 zahlen werden. Wir lehnen die Rentenkürzungspläne von Union und FDP ab.

923 ***Wir wollen, dass Deine Arbeit auch in der Rente ihren Wert behält.***

924 Die gesetzliche Rentenversicherung ist die erste starke Säule der Alterssicherung und
925 muss es bleiben. Es geht uns um einen guten Lebensstandard im Alter. Das
926 Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss deshalb stabilisiert werden. Für die
927 Lebensstandardsicherung müssen aber auch die zweite, betriebliche Säule und die
928 dritte, private Säule stärker gefördert werden, damit insbesondere Geringverdiener
929 überhaupt die Chance bekommen, vorzusorgen.

930 Wir sorgen dafür, dass das Niveau der **gesetzlichen Rentenversicherung** dauerhaft bei
931 mindestens 48 Prozent gesichert wird. Dies ist auch im Interesse derjenigen, die in
932 Zukunft in Rente gehen. Denn nach geltendem Recht läuft diese Stabilisierung des
933 Rentenniveaus schon zum 1. Juli 2025 aus. Damit würde es in Zukunft sinken bzw.
934 stärker von der allgemeinen Lohnentwicklung entkoppelt. Auch wenn die Renten in
935 absoluten Werten nicht sinken, wäre dies faktisch eine Rentenkürzung in der Zukunft.
936 Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird mit der SPD auch

937 künftig zwei Jahre früher möglich bleiben. Das haben sich gerade Menschen verdient,
938 die früh begonnen haben zu arbeiten. **Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen wir**
939 **ab.**

940 Wir wollen mehr Erwerbstätige in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung
941 einbeziehen. Wir wollen alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes
942 Schutzbedürfnis haben. Dabei kommt es auf gute Lösungen an, die auch bei zunehmenden
943 Wechseln der Beschäftigungsform eine grundlegende Altersabsicherung und eine
944 Versicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung bieten.

945 Die Hinterbliebenenrenten wollen wir verbessern, indem wir die Anrechnung von
946 Einkommen anpassen.

947 Wir wollen eine attraktive **betriebliche Altersvorsorge** stärker fördern, die im Rahmen
948 von Tarifverträgen ausgestaltet werden kann. Angebote ohne Beitragsgarantie, aber mit
949 höherer Renditeerwartung wollen wir stärker verbreitern. Hierzu werden wir
950 insbesondere die steuerliche Förderung der Betriebsrente für Geringverdiener
951 ausbauen.

952 Eine ergänzende **private Altersvorsorge** kann einen Beitrag dazu leisten, den
953 Lebensstandard im Alter zu halten. Staatliche Förderung für private Altersvorsorge
954 wollen wir nur für solche neuen Altersvorsorgeprodukte zulassen, deren Kosten
955 transparent und gedeckelt sind. Die staatliche Förderung soll differenziert
956 ausgestaltet und auf kleine und mittlere Einkommensbezieher konzentriert werden, die
957 sich sonst gar keine oder nur eine geringe private Altersvorsorge leisten können.

958 **9. Wir kämpfen für einen verlässlichen Alltag für Familien.**

959 Familie – das ist dort, wo Menschen aufeinander achtgeben und füreinander eintreten
960 wollen. Familie heißt, verbunden und geborgen zu sein. Familie – dahinter steckt ein
961 Wertesystem aus Verantwortung, Fürsorge, Liebe und Respekt. Familie fängt uns auf,
962 gibt uns Schutz, Kraft und Mut für die manchmal raue Außenwelt. Auch unsere
963 Demokratie ist in der Familie angelegt, denn im Familienrat werden alle gehört, alle
964 haben eine Stimme. Eine Gesellschaft wird davon geprägt, wie gut es den Familien
965 geht.

966 Was Familien für unsere Gesellschaft leisten, dürfen wir nicht als selbstverständlich
967 erachten. Doch von warmen Worten alleine hat es die Familie nicht leichter. Wir
968 machen Familien stark. Wir setzen auf ein Maßnahmenpaket, um Kinderarmut weiter zu
969 bekämpfen: mit der Unterstützung der Erwerbseinkommen durch Wohngeld, Kindergeld und
970 Kinderzuschlag, mit Angeboten von Betreuung, Bildung und Pflege, auf die man sich
971 verlassen kann. Denn der Alltag von Familien ist auch ohne Unterrichtsausfall und
972 überraschende Schließzeiten stressig genug.

973 **Wir wollen den Eltern mehr Zeit für die Familie geben und Partnerschaftlichkeit**
974 **fördern.**

975 Für ein gelingendes Familienleben brauchen berufstätige Eltern Zeit und den nötigen
976 Freiraum, um ihren Alltag partnerschaftlich zu organisieren. Wir wollen deshalb eine
977 **Familienstartzeit einführen:** Väter oder Partnerinnen und Partner sollen sich für die
978 ersten zwei Wochen nach der Geburt eines Kindes bei voller, umlagefinanzierter
979 Lohnfortzahlung freistellen lassen können. Wir wollen einen **gestaffelten Mutterschutz**

980 bei Fehlgeburten einführen. Wir halten es zudem für richtig, dass die nächste
981 Bundesregierung ein Konzept für einen **Mutterschutz für Selbstständige** entwickelt.

982 **Das Elterngeld und die Elternzeit** bleiben eine Erfolgsgeschichte. Während andere hier
983 kürzen wollen, setzen wir auf eine Weiterentwicklung, um noch stärkere Anreize für
984 Väter zu setzen, deren Verhandlungsposition am Arbeitsplatz zu stärken und Familien
985 in der frühen Phase besser zu unterstützen. Jeder Elternteil soll Anspruch auf sechs
986 nicht übertragbare Monate Elterngeld erhalten. Zusätzlich gibt es weitere sechs
987 Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. **Damit steigt die**
988 **Gesamtzahl der Elterngeldmonate von jetzt 14 auf 18 Monate.**

989 Die konkrete Ausgestaltung der Arbeitszeit ist ein Kernbestandteil der
990 Tarifaufonomie. Die Tarifvertragsparteien können in den Branchen besser die
991 jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten beurteilen und passgenaue Lösungen finden.
992 Wir unterstützen die Gewerkschaften in dem gemeinsamen Ziel, dem gesteigerten
993 Bedürfnis der Beschäftigten nach flexibleren Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung
994 oder mehr Wahlmöglichkeiten und einer damit einhergehenden besseren Vereinbarkeit von
995 Arbeit und Freizeit Rechnung zu tragen.

996 **Wir wollen Eltern und Familien entlasten.**

997 Um Eltern im Alltag wirksam zu entlasten, braucht es darüber hinaus eine **gute und**
998 **verlässliche Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Alltagshilfen.** Familien müssen
999 sich auf die Bildung und Betreuung in Kitas und Schulen verlassen können – in
1000 zeitlicher und auch in qualitativer Hinsicht. Alle Kinder sollen von Anfang an beste
1001 Chancen für ein gutes Aufwachsen haben. Sie sollen die Unterstützung bekommen, die
1002 sie brauchen.

1003 Wir wollen die **Frühen Hilfen** für Familien in belasteten Lebenslagen schrittweise bis
1004 zum Ende der Grundschulzeit ausweiten. Die derzeitige Trennung von Jugendhilfe,
1005 Schule und Gesundheitsleistungen wollen wir überwinden und die Angebote
1006 zusammenführen, vor allem in **Familienzentren an Kitas und Schulen, die alle Familien**
1007 **erreichen.**

1008 In allen Bildungseinrichtungen setzen wir uns für eine **gute und kostenfreie**
1009 **Verpflegung** ein. Dabei werden wir die Empfehlungen des Bürgerrats zum Thema
1010 „Ernährung im Wandel“ beachten. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir dafür sorgen,
1011 dass alle Kita-Kinder und alle Schülerinnen und Schüler in den Einrichtungen ein
1012 **gesundes und kostenloses Mittagessen** erhalten. Wir wollen die **Besteuerung von**
1013 **Familien reformieren** und für Paarfamilien die bereits eingeleitete Überführung der
1014 **Steuerklassen-Kombination III/V** in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV umsetzen.
1015 Für Alleinerziehende wollen wir den Entlastungsbetrag in einen Abzug von der
1016 **Steuerschuld** umwandeln.

1017 **Wir wollen soziale Teilhabe für Kinder und Familien sichern.**

1018 Mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags haben wir eine bessere
1019 Unterstützung von Familien erreicht. Wir wollen, dass Familien mit eigenem niedrigen
1020 Lohnneinkommen mit einer Kombination aus **Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld** nicht
1021 auf ergänzendes Bürgergeld angewiesen sind. Mit einer **zentralen Ansprechstelle** soll
1022 die Zugänglichkeit dieser Leistungen weiter verbessert und die (digitale) Beantragung
1023 weiter erleichtert werden. Wo möglich sollen Leistungen automatisch beantragt und

1024 ausgezahlt werden.

1025 **Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen stark und sicher aufwachsen können.**

1026 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf echte Mitbestimmung! Wir werden **starke**
1027 **Kinderrechte** auch im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung
1028 sicherzustellen. Ab 16 Jahren sollen junge Menschen mitentscheiden können, deswegen
1029 **senken wir das aktive Wahlalter**. Auf allen Ebenen sollen Jugendliche aktiv in
1030 politische Prozesse einbezogen werden, und ihre Beteiligung in Jugendhilfeausschüssen
1031 wird gesetzlich verankert. Jugendverbände, Jugendparlamente und ähnliche Strukturen
1032 leisten eine wichtige Arbeit. Wir wollen sie weiter unterstützen.

1033 Es geht darum, junge Menschen zu **selbstbestimmten und selbstbewussten Bürgerinnen und**
1034 **Bürgern** zu erziehen. Gerade in Schulen muss **Demokratiebildung** in allen Bereichen
1035 **gelebt werden** – indem Kinder und Jugendliche alles, was die **Schulgemeinschaft, ihre**
1036 **Lernprozesse und Lerninhalte** betrifft, aktiv mitgestalten können.

1037 Auch das **Engagement in der Zivilgesellschaft** ist für Kinder und Jugendliche eine
1038 wertvolle Erfahrung und muss als Teil ihrer Bildung gesehen werden. Ein
1039 **Freiwilligendienst** bietet jungen Menschen die Möglichkeit, sich für ihre Gemeinschaft
1040 einzusetzen und dabei wertvolle soziale Kompetenzen zu entwickeln. Derzeit gibt es
1041 vielerorts mehr Interessentinnen und Interessenten als Plätze. Wir wollen daher **die**
1042 Finanzierung der **Freiwilligendienste** auf Grundlage einer Bund-Länder-Vereinbarung
1043 weiterentwickeln.

1044 Das „Taschengeld“ wollen wir so ausgestalten, dass auch Jugendliche aus
1045 einkommensärmeren Haushalten sich für einen **Freiwilligendienst** entscheiden können.

1046 Kinder und Jugendliche haben ein **Recht darauf, ohne Gewalt aufzuwachsen**. Wir wollen
1047 das Familienrecht stärker an den **Kinderrechten** orientieren und Anreize für
1048 Schutzkonzepte in allen Einrichtungen schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche
1049 regelmäßig aufhalten.

1050 Wir wollen **strengere Regulierungen, Werbebeschränkungen und Altersgrenzen** für Energy-
1051 Drinks, Alkohol, Einweg-Zigaretten, Cannabis und neuartige Nikotinprodukte.

1052 Zusätzlich stärken wir mit Aufklärungskampagnen und präventiven Maßnahmen in Schulen
1053 das Bewusstsein für die Gefahren. Um den Zucker-, Salz- und Fettgehalt in unseren
1054 Lebensmitteln zu reduzieren, legen wir verbindliche Ziele fest und setzen ökonomische
1055 Anreize für weniger gesundheitsschädliche Produkte – über eine Herstellerabgabe für
1056 zuckerhaltige Getränke.

1057 **10. Wir kämpfen für eine gute Gesundheitsversorgung in Stadt und** 1058 **Land.**

1059 Das Gesundheitssystem und die Qualität der Leistungen hängen für zu viele Menschen
1060 spürbar von ihrem Lohn und Geldbeutel ab. Wir kämpfen für ein Gesundheitssystem, das
1061 gerecht ist – für alle, überall im Land. Unabhängig von Einkommen und Wohnort sollen
1062 jeder und jede schnellen Zugang zu einer hochwertigen Versorgung haben. Mit Maßnahmen
1063 wie einer Termingarantie, der Begrenzung finanzieller Belastungen und solidarischen
1064 Finanzierungsmodellen sorgen wir für mehr Sicherheit und Verlässlichkeit im
1065 Gesundheitswesen. Wir setzen auf Prävention, regionale Versorgungsnetze,
1066 Digitalisierung sowie auf mehr Gemeinwohl statt Profit und stellen die Versicherten

1067 in den Mittelpunkt, ohne sie finanziell zu überfordern.

1068 **Wir wollen in unserem Land ein Gesundheitssystem, in dem alle den gleichen Zugang zu**
1069 **gleicher Qualität haben und das keinen finanziell überfordert.**

1070 Die Gesundheit aller ist Indikator dafür, wie ein Land Politik macht. Unser Ziel ist
1071 ein **gerechtes Gesundheitssystem**, das unabhängig von Krisen eine schnelle und
1072 qualitätsvolle Versorgung sichert, ohne die Menschen finanziell zu überlasten. Die
1073 **Unterschiede bei Wartezeiten und Behandlungsmöglichkeiten** zwischen privat und
1074 gesetzlich Versicherten müssen **dringend beseitigt** werden.

1075 Wir wollen die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt stellen.
1076 Deshalb streben wir Reformen an, die Effizienz und Qualität verbessern. Zugleich
1077 unterstützen wir eine bessere Prävention, wodurch wir auch Kosten senken können.
1078 Leistungsverschlechterungen für die Patientinnen und Patienten lehnen wir ab. Wir
1079 setzen auf ein **solidarisches System**, das allen Menschen gleichen Zugang zu
1080 Gesundheitsleistungen in gleicher Qualität ermöglicht. Der Finanzausgleich zwischen
1081 den Krankenkassen soll dabei gerechter ausgestaltet werden, und auch die privaten
1082 Versicherungen sollen zum Risikostrukturausgleich beitragen. Ein **solidarisches**
1083 Finanzierungssystem schafft Vertrauen und nimmt den Bürgerinnen und Bürgern die Sorge
1084 vor finanziellen Belastungen. **Versicherte dürfen nicht durch ihre Wahl der**
1085 **Krankenkasse benachteiligt werden.** Deshalb stärken wir das beitragsfinanzierte
1086 Umlagesystem. Krankenkassen und Krankenversicherungen bilden so ein System einer
1087 **solidarischen Bürgerversicherung** aus.

1088 Die Beiträge der Versicherten sollen sich noch **stärker** als jetzt an ihrer
1089 wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit **orientieren**. Unser **Ziel** ist zudem ein
1090 **einheitliches und einfaches Vergütungssystem**, das zugleich die Vorhaltekosten der
1091 Leistungserbringer absichert. **Versicherungsfremde Aufgaben** im Gesundheitswesen wollen
1092 wir zukünftig verstärkt **aus Steuermitteln** finanzieren. So bleiben die Beiträge für
1093 Versicherte sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stabil, und die Ungleichheiten
1094 zwischen verschiedenen Versichertengruppen werden beendet. Wir wollen, dass alle
1095 Hilfe und Termine bekommen und schnell und gut in jeder Lebenslage versorgt werden.

1096 Bei der Gesundheit **stehen für uns** die Menschen im Mittelpunkt: als Ratsuchende,
1097 Behandlungs- und Pflegebedürftige oder Angehörige, aber auch als Beschäftigte in
1098 medizinischen, **therapeutischen** und pflegerischen Berufen. Sie alle denken wir mit,
1099 wenn wir das System durch die Herausforderungen des demografischen Wandels navigieren
1100 und die Chancen der Digitalisierung nutzen wollen.

1101 Denn jeder und jede sollen in Deutschland auf eine **erreichbare und qualitativ**
1102 **hochwertige Gesundheitsversorgung** vertrauen können. Dafür setzen wir den
1103 eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Versorgungssicherheit fort. Wir haben eine
1104 längst überfällige Reform zur Verbesserung der Versorgungsqualität in unseren
1105 Krankenhäusern durchgesetzt und Maßnahmen für eine **bessere ambulante Versorgung** – wie
1106 beispielsweise die Entbudgetierung der Hausärztinnen und Hausärzte, die Erleichterung
1107 der Gründung von kommunalen MVZ und die Einführung der Advanced Practice Nurse und
1108 Gemeindeschwestern – vorbereitet. Diese möchten wir künftig ebenfalls umsetzen.

1109 Diesen erfolgreichen Kurs werden wir fortführen und die Versorgungssicherheit durch
1110 weitere Strukturreformen verbessern, insbesondere um die medizinische **Versorgung in**
1111 **strukturschwachen Regionen zu sichern**. Unser Ziel ist eine **passgenaue Zusammenarbeit**

1112 **vom Notfall bis zur planbaren Operation und Nachsorge.** Wir möchten die
1113 **Notfallversorgung und den Rettungsdienst verstärken, Barrieren** zwischen Praxen,
1114 Krankenhäusern und weiteren Versorgungseinrichtungen **aufheben** und die Zusammenarbeit
1115 im Gesundheitswesen auch durch den **Einsatz von Telemedizin** und Telepharmazie
1116 verbessern. Wir sind für mehr Regionalisierung, bedarfsgerechte Steuerung und ein
1117 Versorgungssystem, das nicht auf Gewinnorientierung, sondern auf **Gemeinwohl und**
1118 **Nachhaltigkeit** ausgerichtet ist. **Schnelle Hilfe im Notfall** sowie der verlässliche
1119 **Zugang zur notwendigen Behandlung** müssen für alle garantiert sein. Um **Wartezeiten** zu
1120 verringern, werden wir eine **Termingarantie** der Krankenkassen und Kassenärztlichen
1121 Vereinigungen einführen. Gesetzlich Versicherte sollen genauso schnell wie
1122 Privatversicherte einen Termin erhalten. Bei Nichteinhaltung der Termingarantie
1123 sollen sie einen **Anspruch auf Beitragsreduzierungen** haben.

1124 Neben strukturellen Reformen setzen wir auch auf **Digitalisierung und Prävention**. Denn
1125 wir haben die Digitalisierung im Gesundheitswesen massiv vorangetrieben, um die
1126 Diagnostik und Behandlung zu verbessern und eine schnelle Datenverfügbarkeit zu
1127 gewährleisten. Die **elektronische Patientenakte** kommt jetzt nach 20 Jahren Stillstand,
1128 und die KI-Medizin wird die Behandlung revolutionieren. Ärztinnen und Ärzte sowie
1129 Pflegekräfte haben zukünftig mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten – durch
1130 Erleichterung der Dokumentation und Diagnostik durch KI. **Der digitalisierte**
1131 **Datenaustausch** wird schon bald die Erforschung **neuer Therapien nachhaltig**
1132 unterstützen. Für die Krebsbehandlung und Demenz **wird KI, Heilungen** ermöglichen.

1133 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung auch im Bereich der Prävention nutzen und
1134 die **elektronische Patientenakte zu einem persönlichen Gesundheitsberater** für die
1135 Versicherten **weiterentwickeln**. Dieser soll die besten Wege für die Förderung der
1136 individuellen Gesundheit aufzeichnen. **Prävention und Früherkennung stehen für uns im**
1137 **Mittelpunkt**. Durch die Vermeidung nicht übertragbarer Erkrankungen wie Herzinfarkt
1138 oder Schlaganfall wollen wir individuelles **Leid** verringern.

1139 Zudem wollen wir die Suchtprävention **und die Prävention psychischer Erkrankungen**
1140 stärken. Für junge Menschen in **psychisch** schwierigen Lebenslagen streben wir
1141 bundesweit niedrigschwellige, **auch** digitale Beratungsangebote an. **Wir arbeiten weiter**
1142 **konsequent daran, dass alle Menschen, die eine Psychotherapie benötigen, zügig einen**
1143 **Therapieplatz erhalten**. Der **mutige Schritt**, eine Psychotherapie zu machen, darf nicht
1144 zum Nachteil im **Berufsleben** werden.

1145 Außerdem wollen wir den Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen,
1146 beispielsweise durch **Gesundheitskioske**, weiter ausbauen und unterschiedliche
1147 **gesundheitliche Bedürfnisse von Frauen und Männern** stärker berücksichtigen. Für
1148 Erkrankungen wie Endometriose und Themen rund um Geburt und Wechseljahre werden wir
1149 gezielte Lösungen entwickelt. Überdies werden wir die **Versorgung für Kinder und**
1150 **Jugendliche weiter stärken**.

1151 Ferner wollen wir dafür sorgen, dass die Verbesserungen der letzten Jahre bei der
1152 **Liefersicherheit von Arzneimitteln** schnell für alle Arzneimittel greifen. Denn dort,
1153 wo die neuen Regeln angewendet werden, gibt es schon heute kaum noch Engpässe.

1154 Außerdem wollen wir für eine **stärkere Produktion von Arzneimitteln in Deutschland und**
1155 **Europa** sorgen: Krankenkassen sollen zusammen mit anderen nationalen und europäischen
1156 Akteuren größere Mengen an Therapien über längere Zeiträume einkaufen dürfen, wenn
1157 diese bei uns hergestellt werden. Wir setzen zudem auf eine **starke**

1158 **Gesundheitswirtschaft**, Forschung sowie Verbände und möchten personalisierte
1159 Therapiemöglichkeiten für Prävention und Behandlung zu erschwinglichen Preisen
1160 gemeinsam vorantreiben.
1161 Darüber hinaus wollen wir uns auch besser auf zukünftige Ereignisse, wie zum Beispiel
1162 eine erneute Pandemie, vorbereiten und das staatliche Krisenmanagement in der Corona-
1163 Pandemie umfassend aufarbeiten, um daraus lernen zu können.

1164 **11. Wir kämpfen für menschenwürdige Pflege und deckeln die** 1165 **Pflegekosten.**

1166 Wir haben uns fest vorgenommen unser Pflegesystem zu verbessern. Wir stellen das
1167 Wohlbefinden der Menschen ins Zentrum. Wir schaffen ein solidarisches Pflegesystem,
1168 das niemanden zurücklässt, niemanden überfordert und für alle Beteiligten ein gutes
1169 Umfeld bietet: Pflegebedürftige, Angehörige und die pflegenden Berufe. Wir verhindern
1170 finanzielle Überforderung, begrenzen hohe Eigenanteile, sichern eine umfassende,
1171 qualitativ hochwertige Versorgung – zu Hause wie im Pflegeheim – und verbessern die
1172 Arbeitsbedingungen durch innovative Lösungen und mehr Zeitausgleich.

1173 ***Wir wollen Pflegeangebote sichern, Pflegekosten deckeln und mehr Zeit für die Pflege***
1174 ***von Angehörigen geben.***

1175 Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko sein. Deswegen wollen wir das bisherige
1176 Nebeneinander von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung beenden. Stattdessen
1177 schaffen wir ein **gemeinsames, solidarisch finanziertes Pflegesystem**, das allen
1178 Menschen eine sichere Versorgung bietet, stabile Beiträge gewährleistet und vor
1179 finanzieller Überforderung im Pflegefall schützt.

1180 Im ersten Schritt wollen wir so schnell wie möglich die **privaten Pflegeversicherungen**
1181 **in den Risikostrukturausgleich** zwischen allen Pflegekassen und damit in eine faire
1182 und leistungsgerechte Finanzierung einbeziehen und die hohen Eigenanteile in der
1183 stationären Langzeitpflege durch eine **Begrenzung auf 1.000 Euro pro Monat**
1184 **(sogenannter „Pflege-Deckel“)** maßgeblich reduzieren. Dabei werden wir die häusliche
1185 Pflege nicht vernachlässigen und sicherstellen, dass niemand schlechter gestellt
1186 wird. Für Menschen, die bereits länger stationär gepflegt werden, garantieren wir
1187 Besitzstandsschutz. So werden wir die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen
1188 erheblich entlasten. Investitionsaufwendungen der Heime sollen zukünftig **nicht**
1189 **vollständig auf die Bewohner umgelegt** werden dürfen. Besonders in Ostdeutschland, wo
1190 die verfügbaren Einkommen vieler Menschen im Vergleich zu Westdeutschland oft
1191 niedriger sind, stellt der hohe Eigenanteil für Pflegebedürftige und ihre Familien
1192 eine immense finanzielle Belastung dar. Durch die Begrenzung dieser Kosten wollen wir
1193 sicherstellen, dass niemand aufgrund seines finanziellen Hintergrunds Angst vor den
1194 Kosten einer angemessenen Pflege haben muss. Gleichzeitig stärken wir damit die
1195 Solidarität im Sozialstaat und setzen ein klares Signal: Pflege darf kein Luxus sein,
1196 sondern muss für alle bezahlbar bleiben – unabhängig von regionalen und
1197 wirtschaftlichen Unterschieden. Außerdem wollen wir den bürokratischen Aufwand
1198 reduzieren und die Pflegebedürftigen, ihre Angehörigen sowie die Pflegeeinrichtungen
1199 zusätzlich entlasten.

1200 Wir wollen dafür sorgen, dass die Pflegebedürftigen und Angehörigen die benötigten
1201 Leistungen verlässlich erhalten, mit einem klaren Vorrang für die häusliche Pflege,

damit die Betroffenen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können.
Deswegen werden wir uns für mehr **Zeitsouveränität für alle pflegenden Angehörigen** und
nahestehenden Personen durch die Familienpflegezeit und das Familienpflegegeld –
analog zum Elterngeld – einsetzen. Zugleich werden wir die Beratung, Vernetzung und
Anlaufstellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ausbauen und neue
Wohnformen verstetigen, **um die bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu stärken.**

Uns ist dabei wichtig, dass die Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu
entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft die Einrichtungen und Pflegedienste sich
ansiedeln. Die Versorgung muss sich an den **pflegerischen und**
haushaltswirtschaftlichen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen orientieren und so
organisiert werden. Pflegebedürftige und ihre pflegenden Angehörigen sollen zudem bei
der **Vergabe von sozialem Wohnraum** aufgrund der besonderen Raumvoraussetzungen für die
Pflege bevorzugt werden. Darüber hinaus wollen wir die Chancen der Digitalisierung
nutzen, um die Pflege durch **digitale Produkte und Beratungsangebote** noch besser zu
unterstützen. Denn die Digitalisierung in der Pflege kann Prävention fördern,
Pflegebedürftigkeit vorbeugen, verlässliches Monitoring ermöglichen und bestehende
Versorgungsangebote besser vernetzen.

Wir wollen die Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen verbessern.

Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn der Fachkräftemangel in
Gesundheitsberufen noch weiter ansteigt. Deshalb ist es für uns absolut zwingend
notwendig, hier Veränderungen hin zum Guten durchzusetzen. Lohn, Arbeitszeiten,
Befugnisse – wir müssen jetzt die Chance nutzen, um die Zukunftsfähigkeit unseres
Versorgungssystems zu verbessern. Und das geht über die Berufe innerhalb des Systems.

Eine hohe Versorgungsqualität im Gesundheitswesen beginnt mit guten
Arbeitsbedingungen und einer bedarfsgerechten Personalausstattung in allen Bereichen
und allen Beschäftigtengruppen. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass die
bedarfsgerechte Personalausstattung **bundeseinheitlich für alle Beschäftigtengruppen**
im Gesundheitswesen eingeführt wird. Damit verbessern wir entscheidend die
Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zudem setzen wir uns weiterhin für **gute Löhne** ein: Die Stabilisierung der Kranken-
und Pflegeversicherung wird finanziellen Spielraum schaffen, **um tarifgebundene**
Gehälter zu refinanzieren. Darüber hinaus wollen wir die **Zusammenarbeit aller**
Gesundheitsberufe stärken, **mehr Durchlässigkeit** schaffen und die **Befugnisse von**
Pflegefachpersonen erweitern. Gleichzeitig werden wir den Zugang zu Weiterbildung und
gesundheitsfördernden Maßnahmen erleichtern.

Bei den ärztlichen Berufen wollen wir den Schwerpunkt auf die **Haus- und**
Kinderärztinnen und -ärzte legen und den Ausbau der Ausbildungs- und
Weiterbildungskapazitäten vorantreiben sowie die Budgets für Hausärztinnen und -ärzte
abschaffen. Denn wir brauchen nicht nur mehr Pflegekräfte, sondern auch mehr Haus-
und Kinderärztinnen und -ärzte.

Der oft hohe Dokumentationsaufwand belastet viele Beschäftigte im Gesundheitswesen.
Um dies zu verringern, setzen wir auf den **Ausbau von KI-gestützter Dokumentation.**
Außerdem treten wir für **mehr Freizeitausgleich** ein – beispielsweise durch eine
verkürzte Wochenarbeitszeit

Um dem durch den demografischen Wandel bedingten Personalmangel entgegenzuwirken,

1247 werden wir die **weltweite Anwerbung und Integration von Fachkräften ausbauen**.
1248 Gleichzeitig wollen wir die **Attraktivität der Ausbildungen** steigern, denn die
1249 Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Deshalb setzen wir uns für
1250 praxisnahe und **kostenfreie Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen** ein.
1251 **Einheitliche Standards** sollen sicherstellen, dass alle Berufe in diesem Bereich von
1252 hoher Ausbildungsqualität profitieren – besonders die therapeutischen Berufe, die
1253 stark interdisziplinär arbeiten. Unser Ziel ist, dass alle Auszubildenden eine **faire**
1254 **Vergütung** erhalten und **Mitbestimmungsmöglichkeiten** im Betrieb haben. Gleichzeitig
1255 muss die Ausbildungsqualität insgesamt gestärkt werden: In den Pflegeberufen setzen
1256 wir uns insbesondere für **Nachbesserungen bei der Praxisanleitung** und bei den
1257 Ärztinnen und Ärzten für verlässliche Regeln bei **Vergütungen und Dienstzeiten während**
1258 **des praktischen Jahres** ein.

1259 **12. Wir kämpfen für Klimaschutz, den sich jeder leisten kann.**

1260 Mittlerweile wissen es alle: Nachhaltigkeit und Klimaschutz kosten. Aber dennoch hat
1261 eine große Mehrheit den Wunsch, etwas für unser Klima zu tun. Unsere Überzeugung ist:
1262 Klimaschutz muss leistbar sein. Alle Menschen müssen unabhängig von Einkommen,
1263 Vermögen oder Wohnort klimaneutral leben und teilhaben können. Niemand kann alleine
1264 ein Wärmenetz bauen, neue Bahntrassen legen oder eine E-Ladesäule aufstellen. Wir
1265 sind überzeugt: Es ist Aufgabe des Staates, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass
1266 alle auf klimafreundliche Technologien umsteigen können. Konkret bedeutet das für
1267 uns: Die klimafreundliche Alternative muss für die Bürgerinnen und Bürger besser,
1268 bequemer und vor allem günstiger sein.

1269 ***Wir wollen, dass jeder klimaneutral werden kann.***

1270 Wir wollen einen **Paradigmenwechsel in der Klimapolitik**, der öfter auf
1271 gemeinschaftliche Lösungen setzt. Klimaneutrale Wärmenetze zu bauen, mit denen ein
1272 ganzer Stadtteil warm wird, ist nicht nur solidarischer, sondern auch effizienter und
1273 kostengünstiger als einzelne Wärmepumpen in jedem Haus.

1274 Sozialdemokratische Klimapolitik heißt, dass alle Menschen eine realistische Chance
1275 haben, auf klimaneutrale Lösungen umzusteigen. Dabei gilt: Geld vom Staat bekommen
1276 vor allem diejenigen, die sich den Umstieg auf klimafreundliche Technologien wie eine
1277 Wärmepumpe oder ein E-Auto ansonsten nicht leisten können. Dann aber auch so viel,
1278 wie gebraucht wird. Denn unser Paradigmenwechsel heißt: **Klimaneutralität ist auch**
1279 **Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge**. Dafür müssen Kommunen, Länder und Bund neue
1280 Aufgaben übernehmen und einige Verantwortlichkeiten umgestaltet werden. Vor allem
1281 brauchen die Kommunen mehr finanziellen Spielraum, um ihre zahlreichen und wachsenden
1282 Aufgaben zu bewältigen. Dafür bieten sowohl der Deutschlandfonds, als auch die Reform
1283 der Schuldenbremse für die Länder, Möglichkeiten. Wir sind davon überzeugt, dass wir
1284 unsere Klimaziele nur so sozial gerecht, effektiv und kosteneffizient erreichen
1285 können. Da wo gemeinsame Infrastrukturen wie Wärmenetze oder guter ÖPNV das Problem
1286 nicht lösen können, setzen wir auf gezielte Förderung, damit sich alle den Umstieg
1287 leisten können.

1288 Die von uns eingeführte **kommunale Wärmeplanung** ist ein Meilenstein auf dem Weg zu
1289 einem klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen lokale Wärmepläne fördern, die eine
1290 klimafreundliche und klug geplante Energieversorgung auf kommunaler Ebene

1291 sicherstellen. Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Fördermittel und
1292 technische Unterstützung ihre Wärmeversorgung klimaneutral zu gestalten, was die
1293 Energiewende vor Ort maßgeblich voranbringen wird.

1294 Wir bekennen uns klar zu den **Klimazielen für Deutschland und die EU**. Wir müssen den
1295 Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter zwei Grad Celsius
1296 begrenzen und nach Möglichkeit auf den 1,5-Grad-Pfad führen. Wir unterstützen den
1297 **europäischen Green Deal**, damit Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird. Eine
1298 Abschwächung der erreichten Errungenschaften ist mit uns nicht zu machen. Unsere
1299 Wirtschaft braucht Planungssicherheit. Beschlossene Gesetze werden wir umsetzen. Wir
1300 wissen um unsere Vorreiterrolle und werden daraus einen Vorteil für unser Land,
1301 unsere Menschen und den Standort Deutschland machen. Wir werden aber gleichzeitig
1302 darauf achten, dass die Preise für CO₂, die ab 2027 auch für Wärme und Benzin
1303 anfallen, abgefedert werden.

1304 Es wird Haushalte geben, die werden von den steigenden Preisen für CO₂ besonders
1305 belastet und können nicht aus eigener Kraft umsteigen, weil sie keine Wahl haben. Das
1306 finden wir ungerecht. Ein Preis auf den Ausstoß von CO₂ für private Haushalte und
1307 kleine Unternehmen kann für uns immer nur ein ergänzendes Instrument sein. Der
1308 bereits gesetzlich beschlossene CO₂-Preis pro Tonne von 55 Euro in 2025 und maximal
1309 65 Euro in 2026 gilt. Wenn ab 2027 die europäische Regelung in Kraft tritt, werden
1310 wir durch geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel
1311 Klimageld) dafür Sorge tragen, dass niemand überfordert wird.

1312 Windkraft und Photovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion.
1313 Ihr konsequenter Ausbau wird die Strompreise senken. Damit diese geringen Kosten auch
1314 bei den Verbrauchern ankommen, werden wir darauf achten, dass die Netzentgelte nicht
1315 weiter steigen. Bis es soweit ist, wollen wir die aufsuchende Beratung des **Strom-**
1316 **Spar-Checks** für die ärmsten Haushalte deutschlandweit ausbauen und verstetigen.
1317 Ärmeren Haushalten wollen wir Heiz-Mietmodelle anbieten (soziales Wärmepumpen-
1318 Leasing). Vor allem in städtischen Räumen wird Fernwärme sehr wichtig werden und
1319 Millionen von Menschen ihr Zuhause wärmen. Damit sie bezahlbar bleibt, wollen wir
1320 eine bundesweite **Preisaufsicht für Fernwärme** einsetzen.

1321 An Solarpaneelen oder Windrädern können viele teilhaben, nicht nur Hausbesitzer,
1322 sondern auch ganze Dorfgemeinschaften. Das fördert die Akzeptanz. Wir wollen darum
1323 die **dezentrale Versorgung mit Energie** weiter vereinfachen, vom Balkonkraftwerk bis
1324 zum Bürgerwindpark (Energy Sharing). Denn, wenn das neue Windrad die Kita oder das
1325 Schwimmbad finanziert, hilft das der Gemeinde vor Ort und der Energiewende im ganzen
1326 Land.

1327 **Wir wollen unsere Kommunen klimafit machen.**

1328 Wir wollen eine **Städtebauförderung zur Anpassung an den Klimawandel**, um den Städten
1329 zu ermöglichen, grüne Infrastruktur zu schaffen und hitzeresiliente Städteplanung
1330 umzusetzen. Das soll ihnen ermöglichen, wichtige Maßnahmen wie die Begrünung und
1331 Entsiegelung von Stadtflächen (Schwammstadt), die Schaffung kühlender öffentlicher
1332 Räume und den Ausbau von Wasserflächen umzusetzen, um die Lebensqualität zu sichern
1333 und den städtischen Raum zukunftsfähig zu gestalten.

1334 **13. Wir kämpfen für eine pünktliche Bahn und gute Mobilität für**
1335 **alle.**

1336 In der Schweiz lässt man viele ICEs aus Deutschland nicht mehr einfahren, weil sie
1337 die Pünktlichkeit im Schweizer Netz gefährden. Man mag darüber schmunzeln, aber gut
1338 ist das nicht. Die Bahn ist mehr als die Bahn. Sie ist ein Reputationsfaktor für
1339 unser Land. Sie bestimmt unseren Alltag und hier und da sogar unsere Emotionen. Die
1340 Bahn steht für Werte, die wir als Gesellschaft in Deutschland haben und pflegen
1341 wollen: Genauigkeit, Pünktlichkeit, Funktionstüchtigkeit. Da ist etwas verloren
1342 gegangen. Wir brauchen eine sehr gut funktionierende Bahn für einen sehr gut
1343 funktionierenden Alltag. Wir wollen wieder stolz sein auf unsere Bahn.

1344 Unser Anspruch ist und bleibt, dass alle Menschen auf dem Land und in der Stadt
1345 schnell, zuverlässig und komfortabel unterwegs sind. Auch für die Logistik muss der
1346 Transport von Waren und Gütern reibungslos funktionieren. Wir alle spüren, dass das
1347 vielerorts nicht mehr der Fall ist. Die Bahn ist oft zu spät, das Schienennetz ist
1348 überlastet, Brücken und Straßen sind marode. Wenn die Infrastruktur bröckelt,
1349 stockt der Verkehr.

1350 Wir haben entschieden reagiert und Milliardeninvestitionen in unsere Infrastruktur
1351 auf den Weg gebracht. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter: Wir machen unsere
1352 Schienen, Straßen und Wasserwege wieder fit und sorgen dafür, dass sie wieder zu
1353 einem Standortvorteil für Deutschland werden. Wir werden Verkehr von der Straße vor
1354 allem auf die Schiene und auch auf die Wasserstraße lenken. Unser Ziel ist eine
1355 nutzerorientierte und klimaneutrale Mobilität. Den Weg dahin gestalten wir sozial
1356 gerecht: Mobilität muss für alle barrierefrei und bezahlbar sein. Eine
1357 Mobilitätswende, die alle Menschen mitnimmt, schafft und sichert Jobs und erweitert
1358 die Freiheit der Menschen, so mobil zu sein, wie sie es wollen.

1359 **Wir wollen, dass die Bahn wieder pünktlich fährt.**

1360 Die Grundvoraussetzung für eine pünktliche Bahn ist ein funktionierendes Schienennetz
1361 . Wir haben Rekordinvestitionen in die Schiene durchgesetzt und werden sie
1362 fortsetzen. Das hat für uns Priorität. Gemeinsam ermöglichen wir, dass die Deutsche
1363 Bahn die wichtigsten Bahnstrecken einer Generalsanierung unterzieht. Wir machen unser
1364 Schienennetz durch Digitalisierung, Elektrifizierung und Lärmschutz wieder
1365 leistungsfähig und zukunftsfest. Mit gezieltem Aus- und Neubau erweitern wir es im
1366 Sinne eines Deutschland- und Europataktes. Unsere Verkehrsinfrastruktur muss auf
1367 Dauer leistungsfähig bleiben.

1368 Die Privatisierung von Daseinsvorsorge bleibt ausgeschlossen. Wir erhalten die
1369 Deutsche Bahn als integrierten Konzern im öffentlichen Eigentum. Die neue
1370 gemeinwohlorientierte Infrastruktursparte DB InfraGO sowie den Gesamtkonzern
1371 entwickeln wir mit mehr Kontrolle und Steuerung des Bundes weiter. Insbesondere für
1372 mehr Güter auf der Schiene reformieren wir das Trassenpreissystem und fördern die
1373 Umsetzung der Digitalen Automatischen Kupplung.

1374 Wir wollen alle Großstädte an das Fernverkehrsnetz anschließen und mehr ICE-Sprinter,
1375 Nachtzüge und europaweite Schnellzugverbindungen einführen. Kurze Bahnfahrzeiten sind
1376 die erste Alternative zum Kurzstreckenflug. Gemeinsam mit der Deutschen Bahn wollen
1377 wir Bahnfahren ganz einfach machen: Erstattungen sollen möglichst automatisch
1378 ausgezahlt werden, das Deutschlandticket soll besser in Bahn-Buchungen integriert

1379 werden. Wir wollen leistungsfähige und attraktive Bahnhöfe, an denen man gerne eine
1380 Pause macht.

1381 Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir haben es auch gegen Widerstand
1382 erhalten. Priorität hat jetzt Verlässlichkeit: Wir wollen **das Deutschlandticket**
1383 **dauerhaft anbieten**. Dafür werden wir es gemeinsam mit den Ländern finanziell
1384 absichern und weiterentwickeln, um es für weitere Millionen Menschen bezahlbar und
1385 attraktiv zu machen. Einen günstigen Preis wollen wir mit einem transparenten
1386 Preismechanismus erhalten: Das schafft Verlässlichkeit für alle.

1387 Wir werden die **Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs** gemeinsam mit Ländern und
1388 Kommunen dauerhaft stärken. Dafür sind die Regionalisierungsmittel des Bundes
1389 wichtig. In Ballungsräumen soll der öffentliche Verkehr, wo immer möglich, Vorrang
1390 erhalten. Auch wer nicht Auto fahren kann oder möchte, muss mobil sein können. Dazu
1391 sind gute Erreichbarkeiten und gute Takte von Bus und Bahnen nötig, sowohl auf dem
1392 Land als auch in der Stadt.

1393 **Wir wollen gute Mobilität für alle.**

1394 Immer mehr Menschen steigen auf Bus, Bahn oder das Rad um. Im Sinne einer
1395 nachhaltigen Zukunft ist das eine großartige Entwicklung. Aber: Für viele ist das
1396 Auto ein unverzichtbarer Begleiter. Wer heute Verbrenner fährt, für den wollen wir
1397 beim nächsten Autokauf oder Leasing den **Umstieg auf ein E-Auto attraktiv** machen. Den
1398 flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für Pkw und Lkw treiben wir weiterhin
1399 zielgerichtet voran. Neben der neuen Förderung für E-Autos wollen wir das
1400 Fahrerlebnis mit Stromern rundum stärken: Unser Ziel sind Schnellladesäulen auf jedem
1401 Supermarktparkplatz und an jeder Tankstelle. Wir wollen ein kontaktloses und
1402 einheitliches Bezahlungssystem an allen Ladesäulen und das eigene Auto als Stromspeicher
1403 zu Hause ermöglichen. Das Tanken an der öffentlichen Ladesäule darf nicht mit hohen
1404 Preisaufschlägen bestraft werden.

1405 Der Führerschein ist für viele junge Menschen einfach zu teuer geworden. Das führt
1406 gerade im ländlichen Raum zu Problemen. Vor dem Hintergrund erhöhter Quoten nicht
1407 bestandener Prüfungen und steigender Preise werden wir die **Fahrausbildung samt**
1408 **Theorieunterricht im Sinne von Verkehrssicherheit und Effizienz reformieren**, auch mit
1409 dem Ziel, die Kosten der Fahrausbildung spürbar zu senken. Alle jungen Menschen im
1410 17. Lebensjahr sollen daher einen **MobilitätsPass mit 500 Euro Guthaben**, etwa für
1411 Führerscheinkosten oder Bahntickets erhalten.

1412 Für eine echte Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmenden werden wir das
1413 **Straßenverkehrsrecht weiter reformieren** und die Vision Zero fest verankern. Im Sinne
1414 der Intermodalität fördern wir die Fahrradinfrastruktur mit bundesweit vernetzten
1415 Radschnellwegen und mit Fahrradparkhäusern und entwickeln die Fußverkehrsstrategie
1416 des Bundes weiter. Wir wollen eine faire Bereitstellung von Daten, um
1417 Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zu stärken, Tickets zu vereinheitlichen und
1418 Mobilitätsdienstleistungen besser zu vernetzen. Wir stärken ein innovatives
1419 Taxigewerbe als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sorgen für die Einhaltung
1420 von sozialen Standards durch Fahrdienstleister.

1421 Das deutsche Autobahnnetz muss aber dringend saniert werden, insbesondere die
1422 Brücken. Wir bringen einen **neuen Bundesmobilitätsplan** auf den Weg. Auch künftig
1423 sollen Engpässe auf der Straße beseitigt werden. Dabei denken wir Infrastruktur

1424 integriert: Wo möglich, soll über Schiene oder Wasserstraße entlastet werden.

1425 Wir wollen ein **Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen** einführen. Ein Tempolimit
1426 bringt so viele Vorteile, dass man fast gar nicht begründen kann, es nicht
1427 einzuführen. Wir hinken hier im europäischen und internationalen Vergleich massiv
1428 hinterher. Wenn ein Tempolimit Menschenleben schützt, warum tun wir das nicht? Wenn
1429 ein Tempolimit Stress, Staus und Unfälle massiv reduziert, warum tun wir das nicht?
1430 Wenn ein Tempolimit gut für die Natur, das Klima und die umliegende Wohngegend ist,
1431 warum führen wir es nicht ein? Es ist Zeit.

1432 Die Beschaffung von **klimafreundlichen Lkw** und Nahverkehrsbussen werden wir fördern:
1433 Hier können besonders schnell CO2-Emissionen eingespart werden. Wir treten dem Mangel
1434 an Fahrerinnen und Fahrern im Straßengütertransport aktiv entgegen und setzen
1435 menschenwürdige, faire und attraktive Arbeitsbedingungen für Berufskraftfahrerinnen
1436 und -fahrer inner- und außerhalb ihres Fahrzeugs durch, zum Beispiel die Aufnahme der
1437 Lkw-Fahrkabine in den Schutz der Arbeitsstättenverordnung.

1438 Den Weg zu einem **klimaneutralen Luftverkehr** wollen wir im Sinne eines fairen
1439 Wettbewerbs (Level-Playing-Field) für unsere Flughäfen und Airlines gestalten. Wir
1440 streben EU-weit einheitliche Regelungen an, die die Verlagerung von CO2-Emissionen
1441 (Carbon Leakage) vermeiden. Wir wollen die **Luftverkehrssteuer in eine EU-Klimaabgabe**
1442 umwandeln, die von allen Airlines gezahlt wird, auch von denen außerhalb Europas. Wir
1443 werden die **Wasserstraßeninfrastruktur** ertüchtigen, die **Nationale Hafenstrategie** zügig
1444 umsetzen und die **Modernisierung der Schiffsplotten** unterstützen. Forschung und
1445 Markthochlauf für nachhaltige Kraftstoffe wie E-Fuels sind besonders für Luftverkehr
1446 und Schifffahrt zentral.

1447 14. Wir kämpfen für einen Staat, der besser funktioniert.

1448 Die SPD sorgt für einen Sozialstaat, der den Menschen verlässlich Sicherheit in
1449 wichtigen Lebenslagen bietet. Wir wollen einen bürgerfreundlicheren Staat, der
1450 unterstützt und hilft – schnell, unbürokratisch und gerecht. Mit einem starken
1451 öffentlichen Dienst, modern und digital, der als guter Arbeitgeber beispielhaft
1452 vorangeht.

1453 *Wir wollen einen bürgernahen Staat, der unnötige Wege erspart.*

1454 Unser Sozialstaat soll an Lebenslagen und Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet
1455 werden und nicht an Zuständigkeiten. Indem wir **Antragsverfahren vereinfachen**,
1456 **Leistungen zusammenfassen und aufeinander abstimmen**, wollen wir verhindern, dass man
1457 von einer Stelle zur nächsten verwiesen wird. Dazu werden wir Servicestellen für gute
1458 Beratung einrichten. Leistungen wie das Kindergeld sollen automatisch gewährt werden.
1459 Die Verwaltung prüft eigenständig, welche Ansprüche bestehen, und leitet diese ohne
1460 zusätzliche Anträge ein.

1461 Das Ressortprinzip der Bundesregierung hat Verfassungsrang. Doch zugleich erschweren
1462 das Denken in diesen Ressort-Säulen sowie das Nebeneinander vieler „Strategien“ und
1463 Programme die Bewältigung komplexer Herausforderungen – auch in Zeiten knapper
1464 Mittel. Wir brauchen zu den großen Themen eher wenige, dafür **zentrale**
1465 **ressortübergreifende Strategien** (Missionsorientierung). Zugleich werden wir prüfen,
1466 welche Aufgaben, Dienste und Zuständigkeiten der Ministerien gebündelt werden können,
1467 um so die Effizienz und Steuerungsfähigkeit der Bundesverwaltung zu erhöhen.

1468 Wir werden alle neuen Gesetze und größeren Novellierungen vor Verabschiedung auf
1469 Wirksamkeit, Bürgernähe, Praxisnähe und Digitaltauglichkeit testen und
1470 bestehende Gesetze schrittweise entsprechend überprüfen. Dazu werden wir die
1471 Instrumente des **Bürgerchecks**, des **Praxischecks** und des **Digitalchecks** verzahnen und
1472 verbindlich in der Gesetzgebungsarbeit verankern.

1473 **Effektiver Bürokratieabbau** geht nur mit der Einbeziehung derjenigen, die ihn erleben
1474 und die Bürokratie zu verantworten haben. Darum werden wir nach einer
1475 Regierungsbildung Wirtschaft, Länder und Kommunen zu einem Praxisgipfel einladen, der
1476 weitere konkrete nötige Maßnahmen erfasst und verabredet.

1477 Wir führen eine **Genehmigungsfiktion ein, bei der Anträge automatisch genehmigt** sind,
1478 wenn die Behörde nicht innerhalb einer gesetzten Frist reagiert. Das gibt Bau- und
1479 Investitionsprojekten mehr Planungssicherheit.

1480 **Wir wollen die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung beschleunigen.**

1481 Die Digitalisierung der deutschen öffentlichen Verwaltung hat hohe Priorität. Seit
1482 2023 gibt es eigentlich einen gesetzlichen Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, dass
1483 sie jede Verwaltungsleistung digital beauftragen können. Wir brauchen mehr Tempo und
1484 Konsequenz bei der Realisierung dieses Anspruchs. Wir werden **alle Zuständigkeiten der**
1485 **Verwaltungsdigitalisierung in einem Ministerium bündeln** und dieses mit den nötigen
1486 finanziellen Mitteln und Befugnissen ausstatten. Die nachgeordneten Stellen und
1487 Dienstleister (unter anderem ITZBund, Bundesdruckerei, Bundesverwaltungsamt, BSI,
1488 Digitalservice, FITKO) müssen so aufgestellt sein und zusammenarbeiten, dass die
1489 zentralen Projekte im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung endlich schnell und
1490 nutzerfreundlich realisiert werden.

1491 Der Staat soll bürgernah und vorausschauend agieren. Anstatt die Menschen durch
1492 mühsame Antragsprozesse zu belasten, sollen sie Leistungen einfach und unbürokratisch
1493 erhalten. Unser Ziel ist eine **Verwaltung, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und**
1494 **Bürger gerecht wird**, proaktiv handelt und Bürokratie auf das wirklich erforderlich
1495 reduziert.

1496 Ein Schlüssel dafür ist der **digitale Datenaustausch zwischen allen Behörden**. Er muss
1497 problemlos funktionieren. Dafür wollen wir ein System der einmaligen Übermittlung von
1498 Daten aufbauen und den dafür notwendigen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern
1499 zügig abschließen.

1500 Wir setzen die Registermodernisierung um und bauen plattformbasierte Lösungen zur
1501 Antragsbearbeitung auf. Dazu gehört, dass wir **das Ausländerzentralregister (AZR)**
1502 **modernisieren** und es zur zentralen Informationsplattform im Ausländer- und Asylrecht
1503 machen. Daten werden nur einmal erfasst und allen relevanten Behörden digital
1504 bereitgestellt.

1505 Wir setzen auf die flächendeckende Nutzung der eID, der elektronischen Identität, die
1506 es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, **sich sicher digital auszuweisen**. Damit
1507 schaffen wir eine Grundlage für moderne Verwaltungsdienstleistungen und sorgen für
1508 eine EU-weite Kompatibilität, damit die digitale Identität auch grenzüberschreitend
1509 nutzbar ist. Um Verwaltungsdienste zentral und unkompliziert verfügbar zu machen,
1510 führen wir die **DeutschlandID** ein.

1511 Das schafft einen modernen Zugang zu staatlichen Leistungen. Wir nutzen
1512 **Automatisierung und Künstliche Intelligenz**, um Verwaltungsprozesse zu beschleunigen

1513 und effizienter zu gestalten. So entlasten wir die Beschäftigten und verbessern den
1514 Service für die Bürgerinnen und Bürger.

1515 **Wir wollen einen attraktiven öffentlichen Dienst.**

1516 Wir wollen den **Staat als Arbeitgeber attraktiver** machen – mit flächendeckendem
1517 Homeoffice, Job-Sharing und Teilzeitmodellen im öffentlichen Dienst. Wir wollen einen
1518 Staat, der als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht. Einen attraktiven
1519 Arbeitgeber, der Fachkräfte ausbildet, findet und hält, der die Vereinbarkeit von
1520 Beruf und Privatleben verbessert. Lebenslanges Lernen soll zur Grundlage für einen
1521 leistungsfähigen öffentlichen Dienst werden. Dabei setzen wir auf gezielte
1522 Weiterbildung und Qualifizierung, damit Fachkräfte ihre Kompetenzen ausbauen können.
1523 Befristete Arbeitsverträge im öffentlichen Dienst wollen wir deutlich reduzieren.
1524 Unbefristete Stellen sollen die Regel sein, um Sicherheit und Perspektiven für die
1525 Beschäftigten zu schaffen.

1526 **Wir wollen echte Teilhabe in einer inklusiven Gesellschaft.**

1527 Wir setzen uns ein für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen
1528 ihr Recht auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe verwirklichen können.
1529 Dazu werden wir die **Barrierefreiheit im privaten und im öffentlichen Bereich**
1530 **verbessern**. Wir werden private Anbieter von Waren und Dienstleistungen verpflichten,
1531 Barrieren abzubauen oder – wo dies nicht möglich ist – angemessene Vorkehrungen zu
1532 ergreifen. Darüber hinaus werden wir die Barrierefreiheit im Wohnungsbau, bei der
1533 Mobilität, im Digitalen und in der Gesundheit zu einem Schwerpunkt machen.
1534 Wir sichern die **Verwirklichung des gleichen Rechts auf Arbeit für Menschen mit**
1535 **Behinderungen**. Dazu werden wir die **Aufnahme einer Arbeit** auf dem allgemeinen
1536 Arbeitsmarkt verstärkt fördern und die Weiterentwicklung der Werkstätten für
1537 behinderte Menschen zügig umsetzen. Dabei werden wir auch die Einkommenssituation der
1538 Werkstattbeschäftigten verbessern.

1539 Wir stehen für einen **effektiven Gewaltschutz** und schärfen die gesetzlichen Regelungen
1540 für Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen und Dienstleistungen der Behindertenhilfe.

1541 Wir verbessern Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit psychischen
1542 Beeinträchtigungen. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich
1543 angestiegen – auch als Folge der Covid-19-Pandemie. Wir stellen sicher, dass der
1544 Bedarf von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen im gegliederten System der
1545 Rehabilitation und Teilhabe besser als bisher erkannt und bedarfsorientiert
1546 adressiert wird.

1547 **Wir wollen den Verbraucherschutz stärken.**

1548 Dank unseres starken Verbraucherschutzes sind die Produkte und Dienstleistungen, die
1549 man in Deutschland kaufen kann, sicher und unbedenklich. Das ist eine Errungenschaft,
1550 die wir verteidigen werden. Doch es braucht noch mehr: Mündige Verbraucherinnen und
1551 Verbraucher benötigen handlungsfähige Marktaufsichtsbehörden und eine
1552 Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den Verbraucherschutz an die erste Stelle
1553 setzen. In diesem Sinne wollen wir den Verbraucherschutz auf nationaler und
1554 europäischer Ebene stärken.

1555 Dies gilt insbesondere im digitalen Raum. Hier bedarf es eines besonderen Schutzes
1556 gegen Abzocke und Manipulation, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Sich in Deutschland sicher und zu Hause fühlen

1557 Deutschland ist eine starke Demokratie und eines der sichersten Länder der Welt. Wir
1558 sorgen mit Herz und Hand dafür, dass beides so bleibt. Wir wissen aus unserer eigenen
1559 Geschichte: Demokratie ist die Grundlage von allem. Sie garantiert Freiheit,
1560 Gerechtigkeit und Solidarität. Demokratie schafft eine starke innovative Wirtschaft,
1561 sichere Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt. Sie ist der Schlüssel für Stabilität
1562 auch und gerade in unsicheren Zeiten. Deshalb verteidigen und stärken wir sie – als
1563 Kern unserer Gesellschaft und Basis für eine gute Zukunft.

1564 Eine starke Demokratie sorgt für Sicherheit. Sie bedeutet Freiheit von Angst. Mit
1565 unserer Politik der inneren Sicherheit schützen wir alle Bürgerinnen und Bürger vor
1566 Kriminalität, Gewalt und Hetze. Wir sorgen für einen modernen Bevölkerungsschutz, der
1567 auf die Folgen der Klimaveränderung reagiert und neue geopolitische Spannungen
1568 berücksichtigt. Wir schützen unsere kritische Infrastruktur, stärken die
1569 Cybersicherheit und verteidigen unser Land vor hybrider Kriegsführung und Sabotage
1570 durch feindliche Akteure. Unser Ziel ist es, dass die Menschen sich sicher fühlen und
1571 sich sicher sein können, Zugehörigkeit zu erleben.

1572 Dafür stärken wir den Zusammenhalt in unserem Land. Er wächst dort, wo Respekt,
1573 Solidarität und der Glaube an eine gemeinsame Zukunft lebendig sind. Deshalb sorgen
1574 wir für Chancengleichheit und eine diskriminierungsfreie Teilhabe aller Bürgerinnen
1575 und Bürger. Diskriminierung, Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamismus
1576 wie alle anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir.
1577 Dabei suchen wir den Schulterschluss zu allen Demokratinnen und Demokraten sowie
1578 Organisationen für eine starke Zivilgesellschaft.

1579 **15. Wir kämpfen für Zusammenhalt und gegen die Feinde der** 1580 **Demokratie.**

1581 Demokratie ist eine hohe zivilisatorische Errungenschaft. Sie muss gelernt, gelebt
1582 und verteidigt werden. Es ist die Zivilgesellschaft, auf die es hier maßgeblich
1583 ankommt. Wir bekämpfen Fake News, Hass und Hetze und treten entschlossen gegen jede
1584 Form von Extremismus ein. Im ganzen Land und vor allem in Ostdeutschland leisten
1585 zahlreiche engagierte Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure vor Ort wertvolle
1586 und mutige Arbeit. Gemeinsam mit einer starken Gemeinschaft der Demokratinnen und
1587 Demokraten wollen wir Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegen alte und neue
1588 Feinde der Demokratie verteidigen.

1589 ***Wir wollen Demokratie erlebbar machen und die Zivilgesellschaft in ihrem Engagement***
1590 ***unterstützen.***

1591 Wir fördern Bildungsangebote, die demokratische Werte vermitteln und Menschen
1592 befähigen, aktiv an der Demokratie teilzuhaben. Aus diesem Grund muss eine erlebbare
1593 Demokratie bereits im jungen Alter beginnen, sich in Schule und Betrieben fortsetzen,
1594 um Mitbestimmung und Verantwortung von Anfang an zu stärken. Schulen, außerschulische
1595 Bildungseinrichtungen und Initiativen der politischen Bildung werden wir
1596 unterstützen.

1597 Geschichtsverfälschungen und Desinformation gefährden die Demokratie im Kern. Deshalb
1598 brauchen wir eine **bessere historische Bildung zur Stärkung des kritischen**
1599 **Geschichtsbewusstseins**. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Bildungs- und
1600 Erinnerungsorten stärken. Wir fördern die Strukturen historischer Bildung und
1601 Forschung, sei es in Universitäten oder Schulen, Museen oder Gedenkstätten sowie
1602 ehrenamtlichen Initiativen.

1603 Wir wollen **Bürgerräte als festen Bestandteil unserer Demokratie etablieren**. Geloste
1604 Bürgerräte beraten zu schwierigen Themen und stärken das Vertrauen in die Demokratie.
1605 Sie machen Demokratie erlebbar, indem sie Menschen mit unterschiedlichen Positionen
1606 zum Austausch einladen, zur Kompromissfindung ermutigen und erreichen, dass der
1607 Interessenausgleich als Kern der Demokratie verstanden wird. Ihre Empfehlungen
1608 fließen in die parlamentarischen Beratungen ein, während die Entscheidungen bei den
1609 gewählten Institutionen bleiben.

1610 Eine lebendige Zivilgesellschaft ist das Rückgrat unserer Demokratie. Mit dem
1611 **Demokratiefördergesetz** schaffen wir die Grundlage, zivilgesellschaftliche Initiativen
1612 nachhaltig zu unterstützen. Das Gemeinnützigkeitsrecht wollen wir modernisieren.

1613 **Unabhängige Forschung an Universitäten und die Arbeit von Gedenkstätten sowie Museen**
1614 **sind unverzichtbar**. Wir stellen sicher, dass diese Einrichtungen **ausreichend**
1615 finanziert werden. Gleichzeitig schützen wir ihre Aufsichtsgremien vor rechtsextremen
1616 Einflussnahmen.

1617 Staatliche Institutionen sollen die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Mit
1618 gezielten Maßnahmen schaffen wir eine **Kultur der Offenheit und Integration im**
1619 **öffentlichen Dienst**.

1620 Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten einen wertvollen Beitrag für unser
1621 Zusammenleben. Wir **fördern den interreligiösen Dialog und schützen die**
1622 **Religionsfreiheit**, um die Vielfalt unserer Gesellschaft als Chance für ein
1623 weltoffenes Miteinander zu stärken.

1624 ***Wir wollen Diskriminierung entschlossen bekämpfen.***

1625 Diskriminierung verletzt die Würde der Betroffenen, gefährdet den gesellschaftlichen
1626 Zusammenhalt und untergräbt das Vertrauen in eine gerechte Gesellschaft. Wir kämpfen
1627 dafür, dass **alle Menschen in Deutschland frei und gleich an Würde und Rechten** leben
1628 können.

1629 Ein Nationaler Aktionsplan Antidiskriminierung kann helfen, Diskriminierung in allen
1630 Lebensbereichen zu bekämpfen.

1631 Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes weiter stärken und
1632 zivilgesellschaftliche Beratungsangebote ausbauen, damit Betroffene gezielte
1633 Unterstützung erhalten.

1634 Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) modernisieren, um
1635 effektiveren Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.

1636 ***Wir wollen Extremismus vorbeugen und bekämpfen.***

1637 Ausnahmsweise kämpfen wir mal nicht für etwas, sondern tatsächlich gegen etwas, und
1638 zwar gegen den Extremismus. Denn wir wissen, wie gefährlich er sein kann für eine
1639 Gesellschaft. Unser Bestreben hierbei ist es, den Anfängen zu wehren. Deshalb setzen

1640 wir auf **Prävention, um extremistische Tendenzen und Demokratiefeindlichkeit**
1641 **frühzeitig zu bekämpfen.** Präventive Maßnahmen werden gezielt entwickelt und
1642 umgesetzt, um solche Entwicklungen bereits im Keim zu ersticken. Die Arbeit der Task
1643 Force Islamismusprävention wird uns hier wichtige Hinweise geben.

1644 Wir sorgen dafür, dass die **Finanzquellen rechtsextremistischer Netzwerke** offengelegt
1645 und ausgetrocknet werden. Wir wollen, dass die Strukturen rechtsextremistischer
1646 Gruppen konsequent aufgedeckt und unterbunden werden. Hierfür überprüfen wir, ob die
1647 bisherigen Befugnisse der Sicherheitsbehörden ausreichen.

1648 **Extremistische Bestrebungen werden weiterhin intensiv überwacht,** unsere
1649 Sicherheitsbehörden müssen frühzeitiger bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten
1650 eingreifen können. Der Schutz unserer Demokratie hat oberste Priorität.

1651 Hierzu werden wir auch weiterhin prüfen, wie wir den **Zugang zu Waffen noch besser**
1652 **kontrollieren** und Extremisten noch schneller entwaffnen können. Personen mit
1653 psychischen Vorbelastungen dürfen keinen Zugriff auf Waffen haben.

1654 Wir **bekämpfen Islamismus mit ganzer Kraft** und voller Härte und stärken die
1655 Islamismusprävention weiter. Wir entziehen Islamisten Räume und Finanzen und zeigen
1656 damit klar, dass Islamismus und Antisemitismus keinen Platz in Deutschland haben. Wir
1657 wollen zivilgesellschaftliche Initiativen stärken, der Radikalisierung vorbeugen, und
1658 zugleich die Sicherheitsbehörden mit den nötigen **Mitteln** ausstatten, um islamistische
1659 Netzwerke konsequent zu zerschlagen.

1660 **Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst keinen Platz.** Mit dem bereits
1661 reformierten Bundesdisziplinarrecht stellen wir sicher, dass Verfassungsfeinde nicht
1662 mehr im Staatsdienst verbleiben und das Vertrauen in staatliche Institutionen
1663 zerstören.

1664 Wir stärken den **Kampf gegen ausländische Desinformationskampagnen** weiter und legen
1665 Einflussversuche staatlicher Akteure auf die demokratische Meinungsbildung in
1666 Deutschland offen.

1667 **16. Wir kämpfen für mehr Respekt, Sicherheit und Schutz vor** 1668 **Gewalt.**

1669 Dank der professionellen Arbeit unserer Sicherheitsbehörden, ist Deutschland weiter
1670 eines der **sichersten** Länder der Welt. Wir wollen, dass die Menschen sich auch sicher
1671 fühlen. Die Sicherheitsbehörden müssen in die Lage versetzt werden, frühzeitiger
1672 Gefahren und Bedrohungen abzuwehren. Deshalb reagieren wir konsequent und spürbar auf
1673 Bedrohungen. Das gilt besonders mit Blick auf die Gewalt gegen Frauen und Kinder
1674 sowie politisch motivierte Kriminalität. Das gilt auch für die Bedrohungen durch
1675 Organisierte Kriminalität, Finanzkriminalität und Straftaten im und aus dem Internet
1676 (Cybercrime). Dem Nährboden für Terror, Angst und Hass begegnen wir fokussiert und
1677 konsequent. Dafür setzen wir weiter auf starke Sicherheitsbehörden und moderne
1678 Instrumente. Wir kümmern uns um einen soliden Bevölkerungsschutz und schützen unsere
1679 kritische Infrastruktur. Wir sorgen für Sicherheit, die schützt und Vertrauen
1680 schafft.

1681 ***Wir wollen Sicherheitsbehörden und Justiz stärken.***

1682 Besonders in herausfordernden Zeiten ist die Sichtbarkeit der Polizei von erheblicher

1683 Bedeutung. Auch dafür wollen wir den **Personalaufbau bei den Sicherheitsbehörden**
1684 **konsequent fortsetzen** und sichern so auch ihre Stärke, wenn Kolleginnen und Kollegen
1685 in den kommenden Jahren verstärkt in den Ruhestand gehen. Dabei ist für uns klar,
1686 dass wir die **Pensionsaltersgrenze im Polizeivollzugsdienst des Bundes** bei 62 Jahren
1687 stabil halten.

1688 Wir sorgen für gute Arbeitsbedingungen bei der Bundespolizei und stärken den
1689 Polizistinnen und Polizisten den Rücken bei ihrer Arbeit für unsere Sicherheit. Zudem
1690 sorgen wir für **moderne Ausrüstung und zeitgemäße Befugnisse** von Polizei- und
1691 Sicherheitsbehörden.

1692 Wir schaffen ein **modernes Bundespolizeigesetz**, dass der Bundespolizei klare
1693 Befugnisse gibt, um den heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen wirksam zu
1694 begegnen.

1695 Wir wollen, dass die Polizistinnen und Polizisten den Respekt und die Anerkennung für
1696 ihre unverzichtbaren Dienste an unserer Gesellschaft bekommen. **Angriffe auf sie,**
1697 **genauso wie auf Rettungskräfte und Helferinnen und Helfer müssen konsequent geahndet**
1698 **und härter bestraft werden.** Zudem wollen wir den Schutz der Einsatzkräfte durch
1699 verbesserte technische Ausrüstung, Schulungen und einen überlegenen Kräfteansatz in
1700 bedrohlichen Situationen schnell erhöhen. Wir müssen den Menschen, die täglich für
1701 unsere Sicherheit ihr Leben riskieren, stark zur Seite stehen.

1702 Darüber hinaus werden wir mit den Ländern eine Initiative starten, um die föderalen
1703 Unterschiede im Bereich des **Polizei- und Versammlungsrechts zu harmonisieren.**
1704 Parallel dazu sollen die Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes gestärkt
1705 werden, damit das Grundrecht auf Versammlung überall geschützt werden kann.

1706 Unsere Polizei soll **automatisierte (KI-basierte) Datenanalysen** vornehmen können. Das
1707 ermöglicht eine wesentlich schnellere Kriminalitätsbekämpfung, deshalb schaffen wir
1708 rechtsstaatliche Instrumente für das Bundeskriminalamt und die Bundespolizei.
1709 Besonders im wichtigen Kampf gegen die Organisierte Kriminalität müssen wir sie
1710 stärker befähigen, riesige Datenmengen effizient auswerten und Kriminalität gezielt
1711 bekämpfen zu können.

1712 **Wir stärken die gesamte Rechtsstaatskette:** Neben den Sicherheitsbehörden wollen wir
1713 die Staatsanwaltschaften und (Straf-)Gerichte stärken. Die Justiz darf nicht zum
1714 Flaschenhals werden. Mit einem erneuten **Pakt für den Rechtsstaat** werden wir gemeinsam
1715 mit den Ländern die Justiz personell und materiell besser ausstatten. Zudem wollen
1716 wir die **Strafprozessordnung auf Effektivität reformieren** und die **Digitalisierung der**
1717 **Justiz** mit bundesweit kompatiblen Systemen fortsetzen.

1718 **Wir wollen Frauen vor Gewalt schützen.**

1719 **Femizide stellen extreme Formen der Gewalt gegen Frauen dar.** Frauen werden getötet,
1720 allein auf Grund der Tatsache, dass sie Frauen sind. Es sind die zugrundeliegenden
1721 gesellschaftlichen und patriarchalen Strukturen, die diese Taten erst ermöglichen.
1722 Diese sind Ausdruck tiefer Menschenfeindlichkeit. Dagegen gehen wir präventiv wie
1723 repressiv mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor. Wir schließen Schutzlücken
1724 im Strafrecht, verbessern die Strafverfolgung und unterstützen die Einrichtung von
1725 Schwerpunktstaatsanwaltschaften durch die Länder. Wir setzen uns für eine
1726 vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention ein. Häusliche Gewalt ist auch im
1727 Sorge- und Umgangsverfahren zu berücksichtigen.

1728 Wir stellen erhebliche **sexuelle Belästigungen unter Strafe**: Unerwünschte,
1729 erniedrigende Handlungen wie „Catcalling“ sollen künftig strafrechtlich verfolgt
1730 werden können. Damit wollen wir Betroffene besser schützen und gesellschaftliche
1731 Grenzen klar aufzeigen.

1732 Mit einer **Verschärfung des Gewaltschutzgesetzes** wollen wir Betroffenen häuslicher
1733 Gewalt und anderer Nachstellungen besser schützen: Maßnahmen wie elektronische
1734 Fußfesseln, Aufenthaltsverbote und Hausarreste bieten besseren Schutz vor Tätern und
1735 ermöglichen eine engmaschigere Überwachung in Gefahrensituationen. Hierfür passen wir
1736 die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.

1737 Wir wollen, dass **geschlechtsspezifische Gewalt EU-weit als Straftatbestand**
1738 festgeschrieben wird. Unser Ziel sind einheitliche Standards im Schutz und in der
1739 Strafverfolgung in allen Mitgliedstaaten.

1740 Wir wollen einen **Anspruch auf Schutz und Beratung**: Mit einem bundesweiten
1741 Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu
1742 Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten. Wir wollen mehr
1743 Vorbeugung gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Mit dem
1744 **Gewalthilfegesetz** wollen wir diese Strukturen weiter ausbauen und nachhaltig
1745 absichern.

1746 Wir bekämpfen konsequent Menschenhandel und jede Art sexueller Ausbeutung. Betroffene
1747 müssen schnell Schutz und Hilfe bekommen.

1748 Wir wollen auch **geflüchtete Frauen** besser vor Gewalt schützen. Für Opfer häuslicher
1749 Gewalt wollen wir Erleichterungen bei Residenzpflicht und Wohnsitzauflage schaffen,
1750 außerdem wollen wir das eigenständige – vom Ehegatten unabhängige – Aufenthaltsrecht
1751 praxistauglicher ausgestalten.

1752 **Wir wollen Gewalt und Kriminalität im Netz unterbinden.**

1753 Leider verbreitet sich Gewalt auch in der digitalen Welt. Rasant und mit einem nie
1754 dagewesenen Ausmaß. Wir wollen konsequent auch gegen digitale Gewalt vorgehen. Dazu
1755 schaffen wir ein **digitales Gewaltschutzgesetz**. Hierfür schließen wir
1756 Strafbarkeitslücken bei bildbasierter Gewalt und schränken den Umgang mit sogenannten
1757 Spionage-Apps ein. Zudem sollen die Täter-Accounts einfacher gesperrt werden können.
1758 Versehen mit einem Verbandsklagerecht sollen Rechte der Betroffenen effektiv
1759 durchgesetzt werden können.

1760 Wir machen das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (**BSI**) zu einer
1761 **Zentralstelle in der Cyber- und Informationssicherheit**. Zudem stärken wir die
1762 Kompetenzen der Sicherheitsbehörden gegen Cybercrime. Dadurch verbessern wir die
1763 Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern und stärken die Verteidigung gegen
1764 Cyberangriffe auf Menschen und Wirtschaft. Insbesondere IP-Adressen und Port-Nummern.
1765 Dabei gewährleisten wir den Schutz der Daten der Nutzerinnen und Nutzer, stärken die
1766 IT-Sicherheitsmaßnahmen der Unternehmen und ihre Verantwortung im Kampf gegen Hass
1767 und Hetze im Netz. Gleichzeitig schaffen wir eine bessere Grundlage für die wirksame
1768 Strafverfolgung bei konkreten Tatverdachten. Dazu führen wir das sogenannte
1769 **Quick-Freeze-Verfahren** ein, mit dem in konkreten Verdachtsfällen vorhandene Daten
1770 gezielt eingefroren werden können. Ergänzend setzen wir auf die **Log-in-Falle**, die bei
1771 der Anmeldung an einem verdächtigen Benutzerkonto IP-Adressen und Stammdaten erfasst
1772 – selbstverständlich unter strikter Wahrung der Grundrechte und des Datenschutzes.

1773 Regelungen gegen Hasskriminalität und andere Straftaten im Netz sowie zum
1774 Jugendschutz setzen wir konsequent durch. Wir setzen klare Regeln zur **Bekämpfung von**
1775 **Hasskriminalität und Netzstraftaten** um. Plattformbetreiber werden verpflichtet,
1776 illegale Inhalte zu entfernen, während wir gleichzeitig den Jugendschutz stärken,
1777 etwa durch effektive Möglichkeiten zur Altersverifikation.

1778 **Wir kämpfen gegen Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen.**

1779 Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten,
1780 Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen.

1781 Wir stellen uns weiterhin entschlossen **gegen jede Form von gruppenbezogener**
1782 **Menschenfeindlichkeit**. Sie ist Kernelement rechtsextremer Einstellungen und drückt
1783 sich in Fremdenfeindlichkeit, (antimuslimischem) Rassismus und Antisemitismus, aber
1784 auch in Sexismus, Homophobie oder Queer-Feindlichkeit aus. Diese Ausgrenzung von
1785 Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft werden wir nicht dulden.

1786 **Wir kämpfen gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Deutschland.**

1787 Deutschland trägt eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Wir
1788 müssen vor ihm warnen und laut und sichtbar gegen ihn eintreten. Das ist **eine**
1789 **gesamtgesellschaftliche Verpflichtung**. Alle Parteien und zivilgesellschaftlichen
1790 Organisationen müssen deutlich machen, dass für antisemitische Ansichten in ihren
1791 Reihen kein Platz ist.

1792 Wir sind dankbar für das **jüdische Leben und die jüdische Kultur in Deutschland**. Sie
1793 ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft und angesichts unserer Geschichte eine
1794 besondere Vertrauenserklärung gegenüber unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat.

1795 Deshalb setzen wir uns weiterhin für die Förderung und den Schutz jüdischen Lebens in
1796 Deutschland ein und unterstützen engagiert die jüdische Gemeinschaft in unserem Land.
1797 Dies umfasst die Stärkung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens, das Wachhalten der
1798 Erinnerung an die Shoah sowie die Förderung von Gedenkstätten und Bildungsarbeit.

1799 Die **Sicherheit jüdischen Lebens** muss sowohl im öffentlichen als auch im digitalen
1800 Raum gewährleistet sein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Hochschulen sichere
1801 Orte für jüdische Studierende und Lehrende sind und antisemitisches Verhalten
1802 konsequent geahndet wird.

1803 **Wir verbessern den Bevölkerungsschutz und die Katastrophenhilfe.**

1804 Wir stärken die **Vorsorge gegen Klimafolgen** wie extreme Niederschläge, Hitzewellen und
1805 Dürre. Zudem stärken wir die **Zivilverteidigung**, um auf geopolitische Bedrohungen wie
1806 hybride Angriffe oder militärische Konflikte besser vorbereitet zu sein.

1807 Wir wollen unser Land noch besser wappnen gegen (hybride) Angriffe auf unsere
1808 **kritische Infrastruktur und vor Desinformationskampagnen**. Dafür werden wir Kommunen,
1809 Länder, den Bund, kommunale Versorger und die Betreiber kritischer Infrastruktur
1810 besser miteinander verzahnen und dafür auch die Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze
1811 aktualisieren und anpassen. Zudem wollen wir eine Stärkung der Befugnisse der
1812 Sicherheitsbehörden zur Cyberabwehr.

1813 Ein zentraler Schritt ist hierbei das KRITIS-Dachgesetz, das bundeseinheitliche und
1814 sektorenübergreifende Vorgaben für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen
1815 (KRITIS) einführt. Dieses Gesetz zielt in erster Linie auf die Resilienz von

1816 Unternehmen ab, um die Versorgungssicherheit unserer Gesellschaft mit lebenswichtigen
1817 Dienstleistungen zu gewährleisten.

1818 Das **Technische Hilfswerk (THW)** ist unerlässlich für Schutz und Hilfe im Fall der
1819 Fälle. Wir wollen es weiter mit den erforderlichen personellen und materiellen
1820 Ressourcen ausstatten.

1821 Als *die* Ehrenamts-Partei wollen wir weiter die Engagierten in den Freiwilligen
1822 Feuerwehren, dem THW, bei der Deutschen Lebens-Rettungsgesellschaft (DLRG) sowie in
1823 den Rettungs- und Sanitätsdiensten unterstützen. Unsere „Hilfen für Helfer“ werden
1824 wir fortsetzen.

1825 Wir werden weiter für eine **solide ergänzende Ausstattung für die Feuerwehren** sorgen.

1826 Wir wollen, dass der Bund hier hilft, auf komplexe Gefahrenlagen vorbereitet zu sein,
1827 etwa beim Hochwasserschutz und dem CBRN-Einsatz.

1828 Wir wollen, dass die Menschen besser und schneller vor Gefahren gewarnt werden. Dazu
1829 werden wir den **flächendeckenden Ausbau mit Sirenen** weiter fördern und die bestehenden
1830 Warn-Apps verbessern.

1831 Wir wollen, dass wieder mehr **Übungen für den Katastrophenfall** stattfinden. Damit die
1832 Zusammenarbeit und die Einsatzfähigkeit gewährleistet sind, sollen **alle Ebenen**
1833 einbezogen werden, unter Einsatz moderner Technologien wie Virtual Reality.

1834 **17. Wir kämpfen für Gleichstellung, für eine Gesellschaft frei** 1835 **von Rassismus und Diskriminierung.**

1836 Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der **alle Menschen** gleich an Würde, gleich an
1837 Chancen und frei von Diskriminierung, oder gar Angst vor Bedrohung und Gewalt sicher
1838 leben und ihre Träume verwirklichen können.

1839 Unser Feminismus kämpft gegen strukturelle Benachteiligungen jeglicher Art, wie er
1840 gegen Frauen, People of Color und queere Personen leider auch weiterhin an der
1841 Tagesordnung ist.

1842 Die Diskriminierung in öffentlichen und digitalen Räumen durch Rechtspopulisten,
1843 Rechtsextremisten und andere Kräfte hat in erschreckendem Maße zugenommen. Wir
1844 stellen uns jeder Form der Menschenfeindlichkeit klar entgegen.

1845 ***Wir wollen Frauenrechte und Gleichstellung weiter voranbringen.***

1846 Damit Frauen und Männer gleichermaßen am Erwerbsleben, an der Care-Arbeit und an
1847 Führungspositionen teilhaben können, bekämpfen wir strukturelle Benachteiligungen. So
1848 tragen wir zu einer nachhaltigen, gerechten und wirtschaftlich erfolgreichen Zukunft
1849 bei.

1850 Gleichstellung werden wir auch künftig – im Sinne des **Gender Mainstreaming** – zu einem
1851 Leitprinzip aller Ressorts der Regierung machen. Die ressortübergreifende
1852 **Gleichstellungsstrategie des Bundes** soll weiterentwickelt werden.

1853 **Antifeminismus und Anti-Gender-Bewegungen bedrohen unser freiheitliches**
1854 **Zusammenleben.** Wir werden dem entgegentreten, indem wir Antifeminismus, Sexismus und
1855 jegliche Formen von Diskriminierungen bekämpfen und gegen Herabwürdigungen und
1856 Hassreden vorgehen.

1857 Wir wollen, dass die **Antidiskriminierungsstelle des Bundes** auch **Anti-Feminismus** in

1858 den Fokus nimmt, um gezielt frauenfeindliche Diskriminierung zu verhindern.

1859 Die **Modernisierung von Arbeitszeitmodellen** ermöglicht eine bessere Balance zwischen

1860 Beruf und Privatleben. Gleichzeitig sichern wir durch eine Fachkräfteoffensive die

1861 Qualität und Verlässlichkeit von Kitas und Schulen und reduzieren Schließzeiten

1862 deutlich.

1863 Die **gerechte Verteilung von Sorgearbeit** muss selbstverständlich werden. Zusätzliche

1864 Urlaubstage für sorgearbeitende Eltern fördern eine partnerschaftliche Organisation

1865 des Familienalltags und entlasten insbesondere diejenigen, die Pflege und Beruf

1866 vereinbaren müssen. Wir wollen Eltern und vor allem **berufstätigen Müttern ihren**

1867 **Alltag** erleichtern. Flexible Arbeitszeitmodelle und eine verlässliche

1868 Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen schaffen mehr Zeit für die Familie.

1869 Unser verbessertes Modell beim Elterngeld, nach dem jeder Elternteil Anspruch auf 6

1870 Monate Elterngeld erhält und weitere 6 Monate frei verteilt werden können, **erhöht die**

1871 Gesamtzahl der Elterngeldmonate von 14 auf 18 Monate, unterstützt echte

1872 Partnerschaftlichkeit und gibt Eltern gleiche Chancen auf Familienzeit.

1873 **Frauen sollen besser vor Altersarmut** geschützt werden. Wir stärken die **Anerkennung**

1874 von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente und schaffen eine **faire Absicherung** für

1875 alle Lebensphasen. Kostengünstige und transparente Altersvorsorgemodelle bewirken,

1876 dass Frauen im Alter gut versorgt sind.

1877 Wir wollen, dass **pfliegende Angehörige noch besser unterstützt** werden. Es ist ein

1878 Fakt, dass vor allem Frauen diese große Leistung **erbringen**. Mit einer

1879 Familienpflegezeit und einem Familienpflegegeld, ähnlich wie beim Elterngeld,

1880 ermöglichen wir die Vereinbarkeit von **Pflege** und Beruf ohne finanzielle Einbußen.

1881 Wir wollen, dass **Frauengesundheit noch mehr Aufmerksamkeit** bekommt. Wir schließen

1882 Datenlücken und verbessern die **Versorgung** etwa bei Endometriose, Geburt,

1883 Verhütungsmitteln und in den Wechseljahren, damit die Gesundheitsversorgung den

1884 spezifischen Bedürfnissen von **Frauen** gerecht wird.

1885 Wir werden **Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren** und außerhalb des Strafrechts

1886 regeln – außer wenn sie **gegen oder ohne** den Willen der Schwangeren erfolgen. Wir

1887 wollen Schwangerschaftsabbrüche zu einem Teil der medizinischen Grundversorgung

1888 machen.

1889 Die **Zeit für Parität ist jetzt** – es müssen mehr Frauen in die Parlamente. Dafür

1890 werden wir ein **Paritätsgesetz** auf den Weg bringen, dass bei Wahlen die paritätische

1891 **Vertretung** von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und

1892 **Direktmandaten** sicherstellt.

1893 Unser Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen.

1894 Dazu werden wir das **Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln** mit dem Ziel, bis 2030

1895 **Parität** in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. Als nächsten Schritt streben

1896 wir ein **Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft** an.

1897 Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine **EU-Charta der Frauenrechte** verabschiedet

1898 und somit ein effektiver Schutz von Frauenrechten in der ganzen EU gewährt wird.

1899 **Wir wollen gegen Lügen, Hass und Hetze vorgehen.**

1900 Wir **schließen die Schutzlücken bei menschenverachtender Hetze**. Rechtsextreme

1901 Äußerungen von Amtsträgerinnen und Amtsträgern sowie in Schulen werden wir besonders

1902 in den Blick nehmen und den Volksverhetzungsparagrafen entsprechend überarbeiten.

1903 Wir verbessern den **Datenschutz bei Hassdelikten**. Im Strafverfahren soll die Wohn-
1904 oder Aufenthaltsanschrift künftig nicht mehr durch Akteneinsicht offengelegt werden
1905 müssen, um Betroffene besser zu schützen.

1906 Hasskriminalität im Internet und gezielte Desinformationskampagnen gefährden unsere
1907 Demokratie. Wir werden konsequent dagegen vorgehen und die **Zentralstelle für**
1908 **strafbare Inhalte im Internet beim Bundeskriminalamt weiter ausbauen**, um die
1909 Verfolgung von Online-Hasskriminalität effektiver zu gestalten. Wir stärken die neue
1910 Ansprechstelle für Kommunalpolitik im Deutschen Forum Kriminalprävention.

1911 **Wir wollen queere Lebensentwürfe noch besser vor Diskriminierung schützen.**

1912 Wir wollen den Schutz vor **Diskriminierung im Grundgesetz (GG) explizit auf sexuelle**
1913 **Orientierung und geschlechtliche Identität erweitern**. Artikel 3 Abs. 3 GG werden wir
1914 daher entsprechend erweitern.

1915 Wir wollen dafür sorgen, dass alle **Diskriminierungen queerer Familien**
1916 **(„Regenbogenfamilien“) im Familien- und Abstammungsrecht aufgehoben** werden: Queere
1917 Familien sollen im Familien- und Abstammungsrecht vollständig **gleichgestellt** werden.

1918 Den **Aktionsplan „queer Leben“** der Bundesregierung werden wir unter Beteiligung der
1919 Zivilgesellschaft weiterentwickeln: Der Aktionsplan wird in Zusammenarbeit mit der
1920 Zivilgesellschaft fortgeschrieben, um die Lebensrealität queerer Menschen besser zu
1921 berücksichtigen.

1922 **18. Wir kämpfen für Medienvielfalt, für Vielfalt in Kunst und** 1923 **Kultur und für einen starken Sport.**

1924 Kreativität gilt im Zeitalter der stetigen Veränderungen als die Kompetenz
1925 schlechthin. Dazu kommt, dass wir auch in der Ära der Künstlichen Intelligenz immer
1926 noch das Land der Dichter und Denker, der Dichterinnen und Denkerinnen bleiben
1927 wollen. Kunst inspiriert, irritiert und eröffnet neue Perspektiven. Ohne freie und
1928 kraftvolle Kunst verkümmert, was jedem Fortschritt zugrunde liegt: die Fähigkeit,
1929 unser gegenwärtiges Leben zu reflektieren und uns ein besseres vorzustellen. Für uns
1930 ist die uneingeschränkte Freiheit der Künste deshalb nicht nur kultureller Wert,
1931 sondern politischer Auftrag.

1932 Sport begeistert Millionen, ob im Ehrenamt, als Amateur oder Profi. Er fördert
1933 Integration und leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit – von der Kindheit bis
1934 ins hohe Alter. Deshalb unterstützen wir den Sport umfassend. Auch weil wir wissen:
1935 Nirgendwo sonst lassen sich Werte-Themen wie Respekt, Vielfalt, Inklusion und
1936 Zusammenhalt schöner erzählen und belegen als mit Sport.

1937 Freie und unabhängige Medien sind unverzichtbar für den öffentlichen Diskurs. Wir
1938 wollen, dass man sich auf Fakten in den Nachrichten verlassen kann. Deshalb stärken
1939 wir die Medienvielfalt als Fundament der Demokratie.

1940 **Wir wollen die Medienvielfalt als wichtige Grundlage der Demokratie fördern.**

1941 Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** bleibt eine zentrale Säule des dualen
1942 Mediensystems und muss durch eine auftragsgerechte, rechtssichere Finanzierung
1943 gestärkt werden. Er soll alle Generationen mit hochwertigen, unabhängigen Angeboten

1944 erreichen. **Private Medienunternehmen** sind eine wichtige zweite Säule und sollen durch
1945 gute regulatorische und ordnungspolitische Rahmenbedingungen unterstützt werden, um
1946 auch im digitalen Zeitalter ihre wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftliche
1947 Relevanz zu sichern. Wir wollen **lokale und regionale Medien fördern** und innovative
1948 Medienformate unterstützen, um die Teilhabe und Vielfalt im Mediensystem zu sichern.

1949 Der **Kampf gegen Desinformation** ist angesichts des schon heute immensen Ausmaßes eine
1950 herausragende gesellschaftliche Aufgabe. **Medienkompetenz** ist eine Grundkompetenz im
1951 digitalen Zeitalter. Wir setzen uns dafür ein, Programme zur Förderung der Medien-
1952 und Nachrichtenkompetenz für alle Altersgruppen auszubauen, um Manipulation und
1953 Desinformation entgegenzuwirken.

1954 Plattformen sollen verpflichtet werden, ihre **Algorithmen und Entscheidungsprozesse**
1955 **zur Inhaltsdarstellung offenzulegen** und auf diskriminierende oder manipulative
1956 Praktiken zu prüfen. Transparenz und Verantwortlichkeit der Plattformanbieter sind
1957 zentral, um die demokratische Meinungsbildung zu schützen. Im Kampf gegen
1958 Desinformation muss staatliche Aufsicht sich zurückhalten, um kein Gefühl von
1959 staatlicher Zensur aufkommen zu lassen. Aber der Staat kann wirksame Moderation von
1960 Plattformen einfordern, unabhängige Medien fördern, die unter anderem auch
1961 Faktenchecks durchführen, die Zusammenarbeit und den Ausbau mit Berufsverbänden und
1962 Gremien der Selbstregulierung, beispielsweise dem Presserat, stärken.

1963 Wir wollen außerdem eine **strikte Durchsetzung der Bot-Kennzeichnungspflicht** aus der
1964 KI-Verordnung, sowie verpflichtende Tools zum Faktencheck auf großen Plattformen. Es
1965 gilt die europäischen Regelungen (DMA, DSA, KI-Verordnung) durchzusetzen und die
1966 Plattformen zu zwingen, gegen illegale Inhalte vorzugehen und wirksame Vorkehrungen
1967 gegen systemische Risiken wie Desinformation und Fake News zu treffen.

1968 *Wir fördern kulturelle Teilhabe, geben Künstlerinnen und Künstlern soziale Sicherheit*
1969 *und stärken die Kreativwirtschaft.*

1970 „Kultur für alle“ ist unser Kernversprechen, für das wir unermüdlich weiterarbeiten
1971 werden. Wir wollen, dass die Trägerinnen und Träger kultureller Infrastruktur
1972 finanziell und organisatorisch stärker unterstützt werden, dass bezahlbare kulturelle
1973 Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich gemacht werden und dass
1974 kulturelle Bildung und inklusive Strategien gefördert werden. **Kultur soll als**
1975 **Staatsziel in der Verfassung** verankert werden. Damit geben wir der Bedeutung von
1976 Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft einen festen Platz.

1977 Wir bekennen uns dazu, dass der Staat auf allen seinen Ebenen die Verantwortung
1978 trägt, die Kultur zu fördern und die Freiräume für künstlerisches Schaffen zu
1979 sichern. Wir gewährleisten die **zukunftsgerichtete Organisation und Finanzierung der**
1980 **Kultur**. Das gilt insbesondere für die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die
1981 Kulturstiftung des Bundes, die Förderfonds und kulturelle Angebote von nationaler
1982 Reichweite. Wir werden den Denkmalschutz stärken, das kulturelle und bauliche Erbe
1983 erhalten und die nachhaltige Transformation der Kultur fördern.

1984 Zum Schutze unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung muss die Kulturpolitik
1985 des Bundes mehr sein als bloß eine Ergänzung der vielen Aufgaben, die in der
1986 Kulturhoheit der Länder geleistet werden. Wir verstehen sie als **Gesellschaftspolitik**
1987 und als Arbeit an den kulturellen und diskursiven Formationen der Bundesrepublik.

1988 Wir lernen aus der Geschichte für die Gegenwart. Deshalb ist **erinnerungskulturelle**

1989 **Arbeit** in einer Demokratie unabdingbar. Wir werden gerade jetzt die Erinnerung an die
1990 NS-Verbrechen und die Shoah wachhalten und künftigen Generation vermitteln. Auch die
1991 weitere Aufarbeitung der Verbrechen der SED-Zeit und des Kolonialismus muss
1992 weitergehen. Wir werden die Opfer der Diktaturen in Deutschland nicht vergessen.

1993 Im Jahr 2025 feiern wir 35 Jahre Deutsche Einheit. Wir wollen positive Ereignisse in
1994 der deutschen Demokratiegeschichte noch stärker ins Blickfeld der Öffentlichkeit
1995 rücken und damit einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten.

1996 Wir stehen für ein breites Kulturverständnis, das **Hoch-, Pop-, Sozio- und Subkultur**
1997 gleichermaßen anerkennt. Wir werden uns um kulturelle und kreative Tätigkeiten in
1998 ihrer ganzen Vielfalt kümmern.

1999 Wir sorgen für die **Absicherung und faire Bezahlung von Künstlerinnen und Künstlern**.
2000 Die Künstlersozialkasse werden wir ausbauen und die soziale Absicherung grundsätzlich
2001 besser auf die besonderen Arbeits- und Lebensbedingungen in der Kunstbranche
2002 abstimmen.

2003 Wir **gewährleisten auch künftig Urheber- und Leistungsschutzrechte**. Dafür schützen wir
2004 kreative Produkte und sorgen für eine angemessene Vergütung. Wir werden insbesondere
2005 im digitalen Musikmarkt mithelfen, faire und transparente Vergütungsmodelle zu
2006 entwickeln. Zudem sorgen wir dafür, dass KI-generierte Inhalte klar erkennbar sind.

2007 Wir sorgen bei der **Regulierung von digitalen Plattformen und Künstlicher Intelligenz**
2008 für Augenhöhe zwischen Kreation und Technologie und für faire Vergütungsregeln. Für
2009 mehr Unabhängigkeit von chinesischen und amerikanischen Plattformen prüfen wir,
2010 inwieweit Alternativen für europäische Kulturproduzenten entstehen und gefördert
2011 werden können.

2012 Wir **stärken die Kultur- und Kreativwirtschaft**. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist
2013 ein wichtiger Innovations- und Beschäftigungsfaktor. Wir wollen ihre Förderung durch
2014 klare Rahmenbedingungen und Steueranreize stärken. Ein zentraler Koordinator in der
2015 Bundesregierung soll ihr Potenzial besser nutzen und technologische Entwicklungen wie
2016 Künstliche Intelligenz gezielt unterstützen

2017 **Den deutschen Film wollen wir stärken**. Die SPD steht für Arbeitsplätze und den
2018 heimischen Filmstandort ein. Wir setzen uns daher für eine umfassende Reform der
2019 Filmförderung, bestehend aus einem steuerlichen Anreizsystem sowie einer
2020 Investitionsverpflichtung für internationale Streaming-Plattformen, ein. So sichern
2021 wir die Wettbewerbsfähigkeit der Filmwirtschaft. **Kinos im ländlichen Raum** sind
2022 wichtige kulturelle Treffpunkte. Wir wollen sie durch langfristige Förderprogramme
2023 erhalten und stärken.

2024 Die **Förderung von Popkultur** wollen wir ausbauen, um insbesondere für jüngere
2025 Zielgruppen vielfältige kulturelle Angebote zu schaffen. Mit „**Kulturschutzgebieten**“
2026 im Baurecht schützen wir kulturelle Einrichtungen wie Clubs vor Verdrängung und
2027 sichern ihnen eine langfristige Perspektive.

2028 **eGames wollen wir als gemeinnütziges Kulturgut und Innovationstreiber gezielt fördern**
2029 . Sie verbinden Kultur, Technik und Wirtschaft und tragen zur kreativen Vielfalt bei.

2030 **Wir wollen den Sport in seiner ganzen Bandbreite fördern.**

2031 Wir wollen **Sport als Staatsziel im Grundgesetz** verankern, um mit der Kraft des Sports
2032 Gesundheit, soziale Teilhabe und Integration zu stärken. Wir helfen Ländern, Kommunen

2033 und Vereinen bei der Sanierung von Sportstätten und erhöhen die Attraktivität und
2034 Zugänglichkeit des Ehrenamtes im Breitensport.

2035 Wir schreiben **Schutz vor Gewalt im Sport** groß: Deshalb stehen wir weiter an der Seite
2036 des Zentrums für Safe Sport zur Bekämpfung physischer, psychischer und sexualisierter
2037 Gewalt.

2038 Wir sagen **Ja zu Sportgroßveranstaltungen** in Deutschland und unterstützen den
2039 Deutschen Olympischen Sportbund bei der Bewerbung für **Olympische Spiele und**
2040 **Paralympics in Deutschland**.

2041 19. Wir kämpfen für starke Kommunen und gleiche Chancen in Land 2042 und Stadt.

2043 Wir wollen, dass Menschen frei wählen können, ob sie in der Stadt oder auf dem Land
2044 leben – mit gleichen Chancen überall. Wir stärken den ländlichen Raum und sichern die
2045 Daseinsvorsorge vor Ort. Klimagerechte Städte, lebendige Dörfer und moderne
2046 Infrastruktur sind der Schlüssel für ein gutes Leben überall in Deutschland.

2047 **Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und den ländlichen Raum stärken.**

2048 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen, indem wir
2049 Regionen mit besonderen Herausforderungen gezielt unterstützen. Durch Investitionen
2050 in Infrastruktur und die Stärkung lokaler Stärken fördern wir wirtschaftliche Dynamik
2051 und soziale Stabilität. Die ländlichen Räume in Deutschland sind unterschiedlich
2052 dynamisch, wohlhabend und zukunftsfest. Diese strukturellen Herausforderungen müssen
2053 bewältigt werden. Speziell in den Handlungsfeldern Modernisierung, Zusammenleben,
2054 Landwirtschaft, Mobilität und Gesundheitsversorgung stehen die ländlichen Räume vor
2055 Herausforderungen. Hier müssen differenzierte politische Antworten gefunden werden.

2056 Wir werden ländliche Räume stärken, indem wir **Breitbandinternet ausbauen** und
2057 nachhaltige Mobilitätslösungen schaffen und fördern. Kleine Städte entwickeln wir als
2058 Ankerpunkte für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Netzwerke, um regionale
2059 Entwicklung zu fördern.

2060 Wir sichern den **Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen** unabhängig vom Wohnort. Mit
2061 Telemedizin und medizinischen Versorgungszentren stärken wir die
2062 Gesundheitsversorgung und investieren in Bildungs- und Betreuungsangebote für
2063 Chancengleichheit.

2064 Wir fördern **regionale Wirtschaftsstrukturen**, stärken Wertschöpfungsketten und
2065 schaffen faire Arbeitsbedingungen. Damit sichern wir Arbeitsplätze und stärken die
2066 Stabilität ländlicher Regionen.

2067 Wir fördern die Beteiligung der Menschen vor Ort durch Bürgerforen, digitale
2068 Plattformen und Partizipationsprojekte, beispielsweise durch das **Ermöglichen von**
2069 **kommunalen Entwicklungsbeiräten**, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik,
2070 Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Empfehlungen für langfristige
2071 Entscheidungen erarbeiten.

2072 Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung, um gleichwertiger Lebensverhältnisse
2073 gewährleisten zu können. Dafür stärken wir (Ruf-)Busse und Bahn im ländlichen Raum
2074 und in der Stadt. Dabei wissen wir, dass das Auto für viele vor allen in ländlichen
2075 Regionen unverzichtbar ist.

2076 Um leerstehende Gebäude im ländlichen Raum wieder nutzbar zu machen und damit die
2077 Attraktivität und Wirtschaftskraft dieser Regionen zu stärken, brauchen wir eine
2078 umfassende **Leerstand-Strategie für den ländlichen Raum**. Durch gezielte
2079 Förderprogramme und Anreize sollen Kommunen und private Eigentümer motiviert werden,
2080 leerstehende Immobilien in Wohn- oder Gewerberaum umzuwandeln.

2081 **Wir wollen Natur und Ökosysteme schützen.**

2082 Um Natur und Ökosysteme im Einklang mit europäischen und internationalen
2083 Verpflichtungen zu schützen, braucht es effektive Maßnahmen in bestehenden
2084 Schutzgebieten und die Vernetzung ökologisch wertvoller Flächen. Wir wollen eine
2085 Flächenplanung, die Wildnis- und Kulturlandschaften und heimische Arten schützt und
2086 ein konfliktfreies Miteinander von Land- und Energiewirtschaft, Tourismus, Industrie,
2087 Wohnen und Naturschutz ermöglicht. Mittel aus dem Aktionsprogramm Natürlicher
2088 Klimaschutz und dem Naturschutzfonds sollen flächendeckend eingesetzt werden, um
2089 **Wälder, Moore, Flussauen oder Stadtgrün** zu schützen. Wir wollen **Meeresschutzgebiete**,
2090 die echte Rückzugs- und Erholungsräume für Arten sind.

2091 Ziele unserer Klimaschutzpolitik sind die Vermeidung von Treibhausgasemissionen durch
2092 den beschleunigten Ausbau Erneuerbarer Energien, effizientes Energiemanagement,
2093 Dekarbonisierung der Industrie und eine umfassendere Kreislaufwirtschaft. Wir folgen
2094 deshalb dem Grundsatz „**CO2-Vermeidung vor CO2-Abscheidung**“.

2095 Die **Atomkraft** in Deutschland ist stillgelegt und das ist gut so. Jetzt braucht es die
2096 sichere Endlagerung der radioaktiven Stoffe. Wir werden das Endlager-Suchverfahren
2097 konstruktiv begleiten und beschleunigen, ohne die Sicherheit zu gefährden.

2098 **Wir wollen eine moderne Land- und Forstwirtschaft sowie ökologische Vielfalt stärken.**

2099 Landwirtschaftliche Betriebe gehören in Deutschland zum Kernbereich der
2100 mittelständisch geprägten Wirtschaft. Von der Landwirtschaft hängt direkt oder
2101 indirekt etwa jeder zehnte Arbeitsplatz ab. Die Produktion von Lebensmitteln ist aber
2102 mehr als nur ein Wirtschaftszweig. Landwirtschaft hat jahrhundertlang die Identität
2103 der ländlichen Räume geprägt und die Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte verdient
2104 unseren Respekt.

2105 Für uns ist die Zukunft der **Landwirtschaft digital und bürokratiearm**. Auch deshalb
2106 wollen wir Landwirtinnen und Landwirte dabei stärken, die Herausforderungen der
2107 Zukunft zu meistern. Landwirtschaftliche Tätigkeiten brauchen regionale und
2108 nachhaltige Perspektiven, um langfristig und verantwortungsvoll zu wirken.

2109 Wir wollen den Landwirtinnen und Landwirte durch die **Reform der Agrarförderung**
2110 Rückendeckung geben, denn sie stehen am Anfang der landwirtschaftlichen
2111 Wertschöpfungskette. Ziel ist eine stärkere Honorierung und Vergütung von Leistungen,
2112 die den Arbeitskräften in der Landwirtschaft, den ländlichen Regionen sowie dem
2113 Tierschutz zugutekommen.

2114 Mit der neuen **GAP-Förderperiode ab 2028** wollen wir **all jene stärker unterstützen, die**
2115 **die Ressourcen Wasser, Boden und Luft schonen**, zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen
2116 und Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassung durchführen. Den Übergang wollen wir
2117 schrittweise vollziehen. Die Regularien der GAP sind grundlegend zu vereinfachen.

2118 Wir sind sicher, dass man auch im konventionellen Bereich mit kluger Landwirtschaft
2119 gut und nachhaltig arbeiten kann: bodenschonend, tierwohlgerecht, klimaangepasst. Wir

2120 wollen es leichter machen, das zu tun.

2121 Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise ist es unerlässlich, die gesetzlichen
2122 Rahmenbedingungen anzupassen, um die vielfältigen **Ökosystemleistungen unserer Wälder**
2123 auch für kommende Generationen zu sichern.

2124 Wir wollen die **Fischerinnen und Fischer** dabei unterstützen, sich durch eine stärkere
2125 Kombination ihrer Einkünfte zukunftsfähig aufzustellen.

2126 **20. Wir kämpfen für eine moderne Einwanderungsgesellschaft.**

2127 Die SPD sorgt dafür, dass Deutschland als Einwanderungsland seine Stärken voll
2128 ausschöpfen kann. Als alternde Gesellschaft sind wir auf Zuwanderung angewiesen.
2129 Vielfalt ist eine Bereicherung, und wir setzen uns dafür ein, dass Integration besser
2130 und schneller gelingt. Deshalb war es so wichtig, dass wir das
2131 Staatsangehörigkeitsrecht endlich modernisiert haben. Mit der erleichterten
2132 Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, haben wir vielen Menschen
2133 die Identifikation mit Deutschland erleichtert und ein starkes Zeichen für Teilhabe
2134 und Zugehörigkeit gesetzt. So stärken wir den sozialen Zusammenhalt und schaffen die
2135 Basis für ein modernes, weltoffenes Deutschland. Die CDU/CSU hingegen hat dieses
2136 zentrale Vorhaben aus ideologisch geprägter Abwehrhaltung heraus blockiert. Sie macht
2137 deutlich, dass sie für eine Politik der Ausgrenzung steht. Mit ihrem Festhalten an
2138 veralteten Vorstellungen gefährdet die Union so den sozialen Frieden und stellt sich
2139 gegen eine moderne Gesellschaft, die auf Zusammenhalt, Vielfalt und
2140 Chancengerechtigkeit basiert. Dagegen überprüfen wir kontinuierlich bestehende
2141 Strukturen, um aus der Geschichte der Integration weiter eine Erfolgsgeschichte zu
2142 machen.

2143 Die Zuwanderung nach Deutschland aus Asyl- und Fluchtgründen stellt uns weiter vor
2144 große Herausforderungen. Wir begegnen ihr auf allen Ebenen verantwortungsvoll mit
2145 Humanität und Ordnung. Klar ist: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss wieder
2146 gehen. Doch wer auf Schutz angewiesen ist, dem gewähren wir Schutz. Wer als
2147 Geflüchteter keinen Schutzstatus erhalten hat und dennoch Integration in Arbeitsmarkt
2148 und Gesellschaft bewältigt und straffrei ist, dem soll der Spurwechsel in die
2149 Fachkräfteeinwanderung ermöglicht werden.

2150 ***Wir wollen die Integration verbessern und Fachkräfteeinwanderung vereinfachen.***

2151 Wir werden die Integrationskurse ausbauen und sicherstellen, dass sie mit
2152 angemessenen Haushaltsmitteln finanziert werden, damit sie ihre zentrale Rolle bei
2153 der Erstintegration weiterhin erfüllen können.

2154 Wir wollen ein **Partizipationsgesetz auf den Weg bringen**: Durch verbindliche
2155 Regelungen soll gleichberechtigte Teilhabe in allen relevanten Bereichen – von
2156 Bildung und Arbeit bis hin zu politischer Mitbestimmung – erreicht werden. Ziel ist
2157 es, Teilhabehürden abzubauen, Chancengleichheit zu schaffen und so Integration sowie
2158 den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

2159 Wir wollen das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz unbürokratisch umsetzen und beständig**
2160 **weiterentwickeln**, damit qualifizierte Arbeitskräfte einfacher und schneller nach
2161 Deutschland kommen können. Mit klaren Regeln, einer vereinfachten und schnelleren
2162 Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen und fairen Anwerbeabkommen schaffen

2163 wir dafür die Grundlage, um gleichzeitig Integration und Teilhabe zu fördern.

2164 Wir wollen den **Schutz vor Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung weiter stärken.**

2165 Dazu werden wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ausweiten und die Stelle der
2166 Anti-Rassismus-Beauftragten dauerhaft verankern. Wir nehmen nicht hin, dass Millionen
2167 von Menschen in Deutschland, die zu uns gehören und jeden Tag mit ihrer Arbeit dazu
2168 beitragen, dass unser Land erfolgreich ist, angefeindet und ausgegrenzt werden. Es
2169 schmerzt uns, dass viele von ihnen sich Gedanken machen, ob es in Deutschland noch
2170 sicher für sie ist und ob es für sie und ihre Kinder eine gute Zukunft gibt.

2171 Wir werden durch mehr Zentralisierung, Digitalisierung und Entbürokratisierung die
2172 **Ankunftsstrukturen optimieren**, um Verfahren zu beschleunigen und klare Perspektiven
2173 zu schaffen. Dazu stärken wir die Ausländerbehörden, verbessern den Datenaustausch
2174 und etablieren One-Stop-Government-Verfahren. Bei der Identitätsklärung werden wir
2175 unter Beachtung des Sicherheitsinteresses des Staates für klare Regelungen sorgen.

2176 **Wir wollen mit humanitärer Verantwortung Migration steuern.**

2177 Wir haben für neue Klarheit in der Migrationspolitik gesorgt – für einen
2178 Paradigmenwechsel hin zu einer geordneten Migration auf den Arbeitsmarkt und eine
2179 deutlich bessere Kontrolle der irregulären Migration. So ist es nach jahrelangem
2180 Stillstand gelungen, die EU-Migrationspolitik zu reformieren: Das Gemeinsame
2181 Europäische Asylsystem (GEAS) ist der Schlüssel, um Migration insgesamt zu steuern
2182 und zu ordnen, humanitäre Standards für Geflüchtete zu garantieren und Migration
2183 insgesamt besser zu managen. Auch bei künftigen Grenzverfahren müssen alle
2184 rechtsstaatlichen und humanitären Standards erfüllt sein. Diese europäische Antwort
2185 auf die Herausforderungen der Migration werden wir konsequent umsetzen.

2186 Wir setzen auf eine deutliche **Beschleunigung der Asylverfahren – sowohl beim**
2187 **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie auch bei den verwaltungsgerichtlichen**
2188 **Verfahren.** Mit umfassender Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung wollen wir
2189 sicherstellen, dass Asylentscheidungen innerhalb von sechs Monaten getroffen werden
2190 können.

2191 Wir werden die **Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige weiterhin**
2192 **ermöglichen**, da sie eine entscheidende Voraussetzung für eine gelungene Integration
2193 darstellt.

2194 Wir wollen, dass die **Außengrenzen der EU stärker geschützt und kontrolliert werden.**
2195 Dabei sind zu jeder Zeit alle rechtsstaatlichen und humanen Bedingungen zu
2196 gewährleisten. Durch ein unabhängiges Monitoring und eine Stärkung der Kontrollrechte
2197 des Europäischen Parlaments wollen wir Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex
2198 überwachen und rechtsstaatlich stärken. Pushbacks darf es nicht geben.

2199 **Rückführungen sollen human und konsequent erfolgen.** Freiwillige Ausreisen bevorzugen
2200 wir, da sie humaner sind. Wird dies verweigert, setzen wir auf rasche wie konsequente
2201 Abschiebungen, insbesondere bei Straftätern. Die **Externalisierung von Asylverfahren**
2202 **lehnen wir ab.** Schutzsuchende müssen Zugang zu fairen und rechtsstaatlichen Verfahren
2203 in der EU erhalten.

2204 **Wir wollen Fluchtursachen und Schleuserkriminalität bekämpfen.**

2205 Wir stellen klar: **Seenotrettung ist ein humanitäres Anliegen.** Zivile
2206 Seenotrettungsorganisationen dürfen nicht kriminalisiert werden. Zudem wollen wir,

2207 dass die EU ihrer Verantwortung nachkommt und Strukturen zur Rettung von Menschen in
2208 Seenot aufbaut. Gleichzeitig setzen wir uns für sichere und legale Fluchtrouten ein,
2209 um gefährliche Überfahrten zu vermeiden.

2210 Wir engagieren uns für **umfassende Migrationsabkommen**, die Zuwanderungswege in
2211 Ausbildung und Arbeit eröffnen. Diese Abkommen sollen klare und faire Regelungen für
2212 die Einreise nach Deutschland und Europa schaffen und gleichzeitig die Interessen der
2213 Herkunfts- und Aufnahmeländer berücksichtigen. Dabei wollen wir immer auch dafür
2214 sorgen, dass feste Vereinbarungen getroffen werden, wie vollziehbar
2215 ausreisepflichtige Staatsangehörige aus Deutschland in ihre Herkunftsländer
2216 zurückgeführt werden können.

2217 Eng abgestimmt mit unseren Nachbarn gehen wir gegen Schleuserkriminalität vor. Wir
2218 wollen dafür sorgen, dass Schlepper hart bestraft und konsequent ausgewiesen werden.

2219 Mit einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit wollen wir **Fluchtursachen wirksam**
2220 **bekämpfen**. Wir wollen, dass Deutschland dabei unterstützt, die politische und
2221 wirtschaftliche Stabilität in Krisenregionen zu fördern, zerstörte Strukturen nach
2222 Konflikten wiederaufzubauen und bessere Bildungs- sowie Beschäftigungsmöglichkeiten
2223 vor Ort zu schaffen.

Unsere internationale Verantwortung in der Zeitenwende

2224 Die SPD steht für einen verantwortungsbewussten und klaren Kurs in herausfordernden
2225 Zeiten. Einfache Antworten wie die Rückbesinnung aufs Nationale oder die
2226 rücksichtslose Verfolgung kurzfristiger eigener Interessen werden unsere Sicherheit
2227 und unseren Wohlstand nicht schützen. Unser Ziel ist es, in einem starken Europa für
2228 ein verlässliches, stabiles und sicheres internationales Umfeld zu sorgen und die
2229 internationale regelgebundene Ordnung mit ihren multilateralen Institutionen zu
2230 schützen, zu reformieren und damit zu stärken. Wir setzen dabei auf einen Dreiklang
2231 aus Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik. Internationale Solidarität und
2232 die universelle Geltung der Menschenrechte gehören zu den Grundpfeilern der
2233 Sozialdemokratie. Wir werden Frieden und Freiheit verteidigen. Diplomatie, die Suche
2234 nach gemeinsamen Interessen und darauf aufbauend Zusammenarbeit bleiben dabei für uns
2235 zentral, um internationale Konflikte und Krisen zu lösen, langfristig Frieden und
2236 Freiheit zu sichern und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

2237 **21. Wir kämpfen für Freiheit und Sicherheit.**

2238 Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Sie müssen erarbeitet, gesichert
2239 und verteidigt werden. Das hat uns der Krieg gegen die Ukraine auf schreckliche Weise
2240 gezeigt. Bereits unter Willy Brandt als Kanzler galt: Nur aus einer Position der
2241 Stärke heraus ist die Wahrung von Frieden möglich. Deshalb sind für uns militärische
2242 Stärke und Diplomatie zwei Seiten der gleichen Medaille. Unsere Antwort auf eine Welt
2243 im Umbruch ist eine Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die mehr Verantwortung
2244 beim Schutz Europas übernimmt. Die Sicherheit auf unserem Kontinent müssen wir vor
2245 Russland organisieren.

2246 ***Wir wollen mehr Investitionen in Sicherheit.***

2247 Wir werden mehr Geld für unsere Sicherheit ausgeben. Das Sondervermögen für die
2248 Bundeswehr war ein erster wichtiger Schritt. Unsere **Verteidigungsausgaben** haben wir
2249 nach Jahren des Abbaus auf mehr als zwei Prozent des BIP gesteigert. Wir setzen uns
2250 daher auch zukünftig für eine nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens
2251 zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ein. Die Mittel werden wir für die
2252 **nachhaltige Modernisierung der Bundeswehr** einsetzen, damit die Soldatinnen und
2253 Soldaten ihre Aufgaben bei Auslandseinsätzen und in der Bündnis- und
2254 Landesverteidigung dauerhaft und voll umfänglich erfüllen können. Dies gebietet der
2255 Respekt vor den Soldatinnen und Soldaten. Es ist unser Ziel, die Bundeswehr als
2256 Arbeitgeber attraktiv zu machen. Dazu zählt die Vereinbarkeit von Familien und Dienst
2257 ebenso wie die weitere berufliche Perspektive im öffentlichen Dienst. Als SPD stehen
2258 wir für das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“.

2259 Die NATO ist ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft und für die
2260 europäische Sicherheit unverzichtbar. Gleichzeitig müssen wir damit rechnen, dass
2261 Washington nicht mehr die Hauptlast für den Schutz Europas tragen wird. Die
2262 Entscheidungen, das neue Ostseekommando in Rostock durch die Deutsche Marine
2263 einzurichten, neue europäische Abstandswaffen (European Long-Range Strike Approach,
2264 ELSA) zusammen mit unseren europäischen Verbündeten zu entwickeln und die europäische

2265 Luftverteidigungsinitiative Sky Shield (European SkyShieldInitiative, ESSI) zu
2266 starten, zeigen, dass wir bereit sind, **mehr Verantwortung bei der Bündnisverteidigung**
2267 zu übernehmen. Die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen im Westen Deutschlands
2268 bietet uns in der gegenwärtigen Sicherheitslage mehr Schutz. Wegen seiner geografisch
2269 zentralen Lage in Europa soll **Deutschland als zentrale Drehscheibe** für die Logistik
2270 weiter ausgebaut werden, um schnelle und koordinierte Reaktionen der NATO auf
2271 sicherheitspolitische Herausforderungen in Europa zu ermöglichen. Mit der **Brigade**
2272 **Litauen** werden wir erstmals deutsche Truppen dauerhaft im Ausland stationieren. Damit
2273 zeigen wir unseren Alliierten an der Ostflanke der NATO, dass sie sich auf uns
2274 verlassen können. Ihren Aufbau und ihre Aufstellung werden wir in Bezug auf
2275 Ausstattung, Finanzierung und Personalbedarf vorrangig unterstützen.

2276 Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage plant die SPD die Einführung
2277 eines neuen, **flexiblen Wehrdienstes**. Der neue Wehrdienst soll auf Freiwilligkeit
2278 basieren und sich dabei am Bedarf der Bundeswehr orientieren. Es müssen zügig die
2279 Grundlagen für eine Wehrrfassung geschaffen werden. Der neue Wehrdienst dient
2280 zentral dem Aufbau einer durchhaltefähigen Reserve.

2281 **Wir unterstützen die Ukraine.**

2282 Die SPD bekennt sich klar zur diplomatischen, militärischen, finanziellen und
2283 humanitären **Unterstützung der Ukrainerinnen und Ukrainer** in ihrem Kampf gegen die
2284 völkerrechtswidrige russische Aggression – so lange wie nötig. Wir unterstützen die
2285 bilaterale Sicherheitsvereinbarung Deutschlands mit der Ukraine ausdrücklich. Die
2286 Ukraine muss mögliche Verhandlungen auf Augenhöhe mit Russland führen können. Einen
2287 russischen Diktatfrieden zulasten der **Ukraine** werden wir nicht akzeptieren.
2288 Verhandlungen über die Köpfe der **Ukrainerinnen und Ukrainer** hinweg darf es nicht
2289 geben. Die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine müssen gewahrt
2290 bleiben. Zur Verteidigung der Ukraine und zur **Sicherung des Friedens in Europa**
2291 unterstützt die SPD die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte und die Lieferung
2292 von Waffen und Ausrüstung mit **Besonnenheit und Augenmaß**. Denn für uns gilt, dass
2293 Deutschland und die **NATO nicht selbst** zur Kriegspartei werden. Darum stehen wir zur
2294 Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz, den Marschflugkörper Taurus aus den
2295 Beständen der Bundeswehr nicht zu liefern.

2296 Die **zivile Unterstützung** für die Ukraine ist unverzichtbar. Denn die Frage, ob sich
2297 die **Ukraine im russischen Angriffskrieg** behaupten kann, hängt auch davon ab, wie
2298 widerstandsfähig ihre Zivilbevölkerung ist. Eine starke Gesellschaft braucht eine
2299 funktionierende Stromversorgung und funktionierende Krankenhäuser. Das weiß auch
2300 Putin, wenn er bewusst die zivile Infrastruktur beschießen lässt. Hier wollen wir
2301 also weiterhin unterstützend vorgehen und den Menschen in der Ukraine helfen, durch
2302 diese harte Zeit zu kommen.

2303 Wir begrüßen ausdrücklich **Friedensinitiativen**, wie sie vom ukrainischen Präsidenten
2304 Selenskyj angestoßen wurden. Auch die Bemühungen aus den Ländern des Globalen Südens
2305 zu Beendigung des Kriegs bewerten wir im Kern positiv. Diplomatie und Dialog bleiben
2306 für uns zentrale Instrumente, um internationale Konflikte zu lösen. Diese Initiativen
2307 erhöhen den Druck auf Putin und halten das Völkerrecht hoch. Es müssen alle
2308 Möglichkeiten für einen gerechten und dauerhaften Frieden ausgelotet werden. Die
2309 Souveränität der Ukraine und ihr legitimes Sicherheitsinteresse müssen in
2310 Verhandlungen dauerhaft garantiert werden. Deutschland muss bereit sein, eine

2311 konstruktive Rolle bei der Vermittlung und Umsetzung einzunehmen. Unser langfristiges
2312 Ziel ist eine funktionierende **Sicherheits- und Friedensordnung für Europa**. Für uns
2313 bietet die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) weiterhin
2314 eine wichtige Plattform, um integrierte Sicherheit in Europa weiterzuentwickeln.
2315 Ein imperialer Krieg in Europa durch die Atommacht Russland macht deutlich, wie
2316 wichtig es ist, dass wir uns auch in Zukunft intensiv für neue Ansätze glaubwürdiger
2317 **Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen** einsetzen. Eine Welt ohne Atomwaffen
2318 bleibt unser Ziel. Darum unterstützen wir Initiativen zum weltweiten Verzicht auf den
2319 Ersteinsatz von Atomwaffen („No first use“). Deswegen setzen wir uns für die
2320 Beibehaltung, Erfüllung und Verlängerung des New START-Vertrages zur Begrenzung von
2321 strategischen Nuklearwaffen ein.

2322 **22. Wir kämpfen für ein starkes und handlungsfähiges Europa.**

2323 Ein starkes Europa in der Welt ist unsere Antwort auf die globalen Herausforderungen,
2324 die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Veränderungen, und den Druck, dem sich
2325 die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen. Wenn wir
2326 mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen in
2327 der Welt Gehör zu verschaffen. Doch die EU und ihre Grundwerte werden von außen wie
2328 innen bedroht. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Krieg zurück auf den
2329 europäischen Kontinent gebracht. Zugleich schränkt der Rechtspopulismus in der EU
2330 ihre Handlungsfähigkeit ein und stellt die Werte des europäischen Friedensprojekts in
2331 Frage. Wir müssen daher dafür sorgen, dass diese gemeinsamen Werte auch nach innen,
2332 in allen Mitgliedstaaten der Union, gelebt werden. Zudem müssen wir Europa in die
2333 Lage versetzen, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen.

2334 ***Wir wollen eine europäische Verteidigungsunion.***

2335 Wir werden den europäischen Pfeiler in der NATO stärken, indem wir Investitionen
2336 abgestimmt tätigen und unsere Streitkräfte partnerschaftlich organisieren. Dadurch
2337 schaffen wir wichtige Synergieeffekte, indem wir die langfristige Integration
2338 europäischer Streitkräfte fördern. Dafür setzen wir auf verstärkte Kooperation der
2339 EU-Mitgliedstaaten, etwa bei gemeinsamer Beschaffung von Ausrüstung und Gerät, bei
2340 gemeinsamen Manövern, standardisierten Ausbildungskonzepten sowie der schrittweisen
2341 Integration nationaler Einheiten in multinationale Strukturen.

2342 Ein sicheres Europa braucht eine gut aufgestellte **europäische Verteidigungsindustrie**,
2343 mit wettbewerbsfähigen europäischen Unternehmen, sodass wir die Beschaffung künftig
2344 deutlich stärker über den europäischen Markt abdecken können. Aufbauend auf die
2345 deutsch-französische Kooperation für Panzer und Kampflugzeuge der Zukunft wollen wir
2346 europäische Innovationen in der Verteidigungsindustrie weiter fördern. Dafür setzen
2347 wir noch stärker als bislang auf europäische Instrumente wie die Europäische
2348 Verteidigungsagentur und gemeinsame Rüstungsprojekte im Rahmen der Ständigen
2349 Strukturierten Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO).

2350 Wir setzen uns für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Rüstungsexportpolitik**
2351 ein. Dabei ist uns wichtig, dass sich eine solche Politik an gemeinsamen Werten und
2352 strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in
2353 falsche Hände geraten.

2354 **Wir werden unserer Verantwortung für Europa gerecht.**

2355 Deutschland kommt als größtem und wirtschaftlich stärkstem Mitgliedstaat innerhalb
2356 der EU eine besondere Verantwortung zu. Dafür ist es wichtig, dass die Partner in der
2357 Bundesregierung auf EU-Ebene mit einer Stimme sprechen. Wir erwarten von allen
2358 demokratischen Parteien, dass sie die Brandmauer gegen Rechtspopulismus und -
2359 extremismus, auch im Europäischen Parlament aufrechterhalten.

2360 Zusammen mit Frankreich und Polen haben wir das **Weimarer Dreieck** neu belebt. In den
2361 kommenden Jahren werden wir diesen wichtigen Motor nutzen, um neue Wege in der EU
2362 schneller und geeinter zu beschreiten und die EU zu einer starken und solidarischen
2363 Gemeinschaft weiterzuentwickeln.

2364 Die **Erweiterungspolitik** der EU ist ein Instrument von hoher transformativer Kraft und
2365 eine geopolitische Notwendigkeit. Wir haben sie neu belebt. Sie war und ist ein Motor
2366 für Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in Europa. Wir wollen
2367 diese Erfolgsgeschichte fortschreiben und die Gelegenheit wahrnehmen, unsere
2368 europäischen Nachbarn bei einer dauerhaften demokratischen Transformation zu
2369 begleiten. Auch damit nicht andere Akteure an die Stelle der EU treten. Wir setzen
2370 uns für eine zügige Aufnahme der **westlichen Balkanstaaten** ein. Durch spürbare
2371 Fortschritte im Erweiterungsprozess, wie etwa dem Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt,
2372 sollen die Menschen spüren, dass sich der Weg in die EU lohnt.

2373 Auch die **Ukraine und Moldau** sollen ein Teil der EU werden. Beide Länder lassen keinen
2374 Zweifel daran, dass sie sich schon heute an den gemeinsamen Werten der EU orientieren
2375 und sich nach dem Schutz der Gemeinschaft, in Frieden und Freiheit leben zu können,
2376 sehnen. Mit der Erweiterung nach Osteuropa setzen wir ein klares Zeichen gegen den
2377 Versuch der einseitigen Grenzverschiebungen durch Russland, bekennen uns zum
2378 gemeinsamen Wiederaufbau der Ukraine und ermöglichen den Menschen den Zugang zu
2379 unserer Wertegemeinschaft. Auch die Kräfte in Georgien, die für Freiheit, Demokratie
2380 und Wohlstand eintreten und eine Zukunft in Europa fordern, unterstützen wir. Klar
2381 ist, dass Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit für uns unverhandelbar
2382 sind. Die **Kopenhagener Kriterien** müssen immer erfüllt sein.

2383 Darüber hinaus sind wir für einen Beitritt der EU zur Europäischen
2384 Menschenrechtskonvention. Wir werden den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte
2385 stärken sowie die konsequente Umsetzung seiner Gerichtsurteile einfordern. Wir
2386 schützen mit dem **Europarat** und seiner Parlamentarischen Versammlung die Grundwerte
2387 der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auf unserem Kontinent.

2388 **Wir stehen für eine handlungsfähige und wertebasierte EU.**

2389 Wenn grundlegende Prinzipien der EU missachtet werden, muss die EU ihren Wertekanon
2390 nachdrücklich auch gegenüber Mitgliedstaaten schützen. Wir wollen künftig noch
2391 konsequenter gegen all jene vorgehen, die unsere gemeinsamen Werte innerhalb der EU
2392 verletzen. Dafür müssen bestehende Schutzinstrumente bei **Rechtsstaatsverstößen**, von
2393 Vertragsverletzungsverfahren bis hin zur Entziehung der Stimmrechte, deutlich
2394 konsequenter als bisher eingesetzt und fortentwickelt werden. Darüber hinaus setzen
2395 wir uns für verschärfte finanzielle Sanktionsmöglichkeiten und ein unabhängiges
2396 Kontrollgremium zur Überwachung des konsequenten Einsatzes bestehender Instrumente
2397 ein.

2398 Ein wachsendes Europa muss auch ein besseres Europa sein. Schon heute kommt die EU an

2399 die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit. Spätestens mit der EU-Erweiterung müssen
2400 **Europäische Vertragsreformen** erfolgen. Hierfür setzen wir uns für eine
2401 ergebnisorientierte Einsetzung eines Europäischen Konvents ein. Ein wesentlicher
2402 Bestandteil institutioneller Reformen ist für uns, das Einstimmigkeitsprinzip im
2403 Europäischen Rat und Ministerrat durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen
2404 abzulösen. Vetorechte einzelner Mitgliedstaaten sind nicht mehr zeitgemäß, da sie
2405 schon heute sachfremd als Druckmittel eingesetzt werden. Deswegen wollen wir alle
2406 Möglichkeiten ausschöpfen, um die Entscheidungsverfahren schon kurzfristig so
2407 effizient wie möglich zu machen. Das macht die EU schlagfertiger, handlungsschneller
2408 und demokratischer. Wenn ein souveränes Europa unser Anspruch ist, dann sind
2409 Mehrheitsentscheidungen ein Gewinn und kein Verlust an Souveränität.

2410 **23. Wir stärken europäische Interessen in der Welt.**

2411 Eine Europäische Union, die mit einer Stimme spricht, kann ihr Gewicht in der Welt
2412 besser zur Geltung bringen. Die Europäischen Partner dürfen sich nicht
2413 auseinanderdividieren lassen. Wir müssen gemeinsame Positionen und Interessen
2414 formulieren und für diese gemeinsam eintreten.

2415 ***Wir wollen unsere Allianzen stärken.***

2416 Wir werden unsere traditionellen Allianzen und Kooperationen vertiefen. Für uns
2417 bleiben die Beziehungen zu Frankreich zentral. Sie bilden den Kern des europäischen
2418 Einigungsprozesses. Bei der Entwicklung eines starken Europas hat die
2419 **deutsch-französische Partnerschaft** eine zentrale Rolle gespielt. Unsere besondere
2420 Aufmerksamkeit gilt auch den **deutsch-polnischen Beziehungen** und dem **demokratischen**
2421 **Ostseeraum** mit seinen vielfältigen traditionellen Partnern Deutschlands. Es liegt im
2422 europäischen Interesse, die Zusammenarbeit mit dem **Vereinigten Königreich** zu
2423 verbessern. Basierend auf der deutsch-britischen Vereinbarung über
2424 Verteidigungspolitik (Trinity-House-Vereinbarung) werden wir die Verhandlungen zu
2425 einem umfassenden **bilateralen Abkommen** mit der britischen Regierung unterstützen,
2426 welches unsere Beziehungen mit London breiter aufstellt und intensiviert – von
2427 Bildung über Wirtschaft bis zu Sicherheitsfragen.

2428 Die **USA** sind unser engster außereuropäischer Partner. Das transatlantische Verhältnis
2429 ist zentral für die europäischen und deutschen Außenbeziehungen. Wir stehen bereit,
2430 diese enge transatlantische Kooperation fortzusetzen. Die Zeitenwende durch den
2431 russischen Angriffskrieg hat zuletzt den Wert des transatlantischen Bündnisses noch
2432 mal verdeutlicht, es zeigt sich aber gleichzeitig die Notwendigkeit, Europa auch
2433 sicherheitspolitisch selbstständiger aufzustellen. Die Gefahr protektionistischer
2434 Maßnahmen der USA ist weiter gestiegen. Wir setzen alles daran, Handelshemmnisse
2435 abzubauen und einen Subventionswettlauf mit den USA zu vermeiden. Dafür ist es
2436 wichtig, dass Europa mithilfe einer Investitions- und Innovationsoffensive in
2437 Zukunftstechnologien an wirtschaftlicher Kraft gewinnt.

2438 ***Wir setzen auf Dialog und Kooperation.***

2439 Peking ist kein einfacher Partner. Die SPD unterstützt die Umsetzung der ersten
2440 deutschen China-Strategie und setzt sich für eine europäisch abgestimmte China-
2441 Politik ein. In der EU definieren wir **China** als Partner, Wettbewerber und
2442 Systemrivalen. Die Volksrepublik ist zu einer führenden globalen Gestaltungsmacht

2443 aufgestiegen, ohne deren Mitwirkung globale Herausforderungen wie der Klimawandel,
2444 Fragen der Rüstungskontrolle und der Nichtverbreitung von Atomwaffen sowie die
2445 Verschuldungskrise in Ländern des Globalen Südens nicht zu lösen sind. Nach außen
2446 tritt China immer selbstbewusster und auch aggressiver auf. Etwa indem es seine
2447 Machtansprüche in seiner Nachbarschaft immer wieder deutlich macht. Auch distanziert
2448 sich China nicht ausreichend von Russlands völkerrechtswidrigem Krieg gegen die
2449 Ukraine. Vielmehr hat China seine Unterstützung für Russland ausgebaut. Das betrifft
2450 die europäische Sicherheit. Wir sehen das kritisch. Der Aufstieg Chinas bedarf einer
2451 besonnenen und gemeinsamen europäischen Chinapolitik. Europa muss seine geopolitische
2452 Macht nutzen und mit einer europäischen Stimme für seine Interessen und Werte
2453 sprechen. Gleichzeitig müssen wir in kritischen Bereichen wirtschaftlich unabhängiger
2454 werden (De-Risking). Wir bekennen uns weiterhin zur Ein-China-Politik und sind der
2455 Überzeugung, dass die Taiwan-Frage nur einvernehmlich in einem friedlichen Verfahren
2456 geklärt werden kann. Ob Menschenrechte, wettbewerbsverzerrende Industriepolitik oder
2457 Russlandpolitik: Wir bleiben mit Peking in einem robusten Dialog, in dem wir auch
2458 kontroverse Themen offen diskutieren.

2459 Gemeinsam mit Ländern wie **Indien, Indonesien, Südafrika und Brasilien** engagieren wir
2460 uns für Multilateralismus, für eine auf Regeln basierende internationale Ordnung und
2461 für die Verteidigung der Demokratie – auch wenn sie zusammen mit Russland Mitglieder
2462 der BRICS-Staatengruppe sind. Den Dialog mit diesen Ländern gilt es mit dem Ziel
2463 einer neuen Nord-Süd-Politik zu vertiefen. Wir werden strategische Partnerschaften
2464 mit Ländern des Globalen Südens ausbauen. Wir wollen koloniale Kontinuitäten
2465 überwinden, uns in Partnerschaft auf Augenhöhe begegnen. Die Aussöhnung mit Namibia
2466 bleibt für uns eine unverzichtbare Aufgabe, die aus unserer historischen und
2467 moralischen Verantwortung erwächst.

2468 Wir setzen auf die **auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** als eine wichtige Säule
2469 unserer Außenpolitik. Durch Verbindungen in Kultur und Wissenschaft vertiefen wir die
2470 Beziehungen zwischen den Zivilgesellschaften in der Welt.

2471 ***Wir wollen Frieden im Nahen Osten.***

2472 Wir verurteilen den brutalen Terrorangriff der Hamas auf **Israel** vom 7. Oktober 2023
2473 aufs Schärfste. Es war das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoa. Das
2474 Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind unverhandelbar. Wir fordern die
2475 unverzügliche Freilassung aller noch festgehaltenen Geiseln. Israel hat das Recht auf
2476 Selbstverteidigung. Gleichzeitig ist es durch das humanitäre Völkerrecht
2477 verpflichtet, auf die Verhältnismäßigkeit seiner Reaktion zu achten und Zivilisten zu
2478 schützen. Angesichts der hohen zivilen Opferzahlen in Gaza, darunter mehrheitlich
2479 Frauen und Kinder, und des Ausmaßes der Zerstörung der zivilen Infrastruktur fordern
2480 wir einen sofortigen Waffenstillstand. Dazu rufen wir alle beteiligten Staaten auf
2481 und begrüßen internationale Bemühungen, darauf hinzuwirken. Die katastrophale
2482 humanitäre Lage im Gaza-Streifen muss umfassend adressiert werden. Die Bevölkerung
2483 muss mit Medizin und Nahrungsmitteln versorgt werden. Die Eskalationen in der Region
2484 zeigen, dass es dringend einen neuen Anlauf für Fortschritte in der Zweistaatenlösung
2485 braucht. Dazu gehört eine reformierte Palästinensische Autonomiebehörde, die auch die
2486 zivile Verwaltung in Gaza übernimmt. Von Gaza darf keine Gefahr für Israel mehr
2487 ausgehen.

2488 Es muss es zu einem Stopp des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus durch Israel in den

2489 palästinensischen Gebieten kommen. Pläne zur Annektierung von Gebieten im
2490 Westjordanland und Gaza-Streifen lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die friedliche
2491 Koexistenz zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer
2492 Verhandlungslösung. Nur eine politische Perspektive kann die Sicherheit Israels
2493 dauerhaft sicherstellen. Unsere Solidarität mit Israel und die Einhaltung des
2494 Völkerrechts sind für uns historische Verpflichtung. Dafür setzt sich die SPD ein.
2495 Ebenso müssen die Waffen im Libanon schweigen. Die Resolution 1701 des UN-
2496 Sicherheitsrats aus dem Jahr 2006 muss von allen Konfliktparteien befolgt werden.
2497 Das Regime im Iran trägt zu einer weiteren Eskalation der Sicherheitslage im Nahen
2498 Osten bei. Mit seiner Ablehnung der internationalen regelgebundenen Ordnung trägt der
2499 Iran eine Mitverantwortung für viele aktuelle Konflikte und Krisen in der Welt. Das
2500 Regime unterstützt den russischen Angriff auf die Ukraine mit Raketen und Drohnen. Es
2501 hat Israel direkt angegriffen und versucht, den Nahen Osten über die sogenannte Achse
2502 des Widerstands zu destabilisieren. Es verweigert die Kontrolle seiner Atomanlagen.
2503 Zugleich nimmt die Repression gegen Andersdenkende und vor allem gegen Frauen, die
2504 für ihre Rechte und Freiheit kämpfen, im Land zu. Sie werden dabei erbarmungslos
2505 verfolgt. Wir unterstützen daher die internationalen Sanktionen gegen das Regime und
2506 fordern, die Revolutionsgarden auf die EU-Terrorliste zu setzen.

2507 **24. Wir kämpfen für eine gerechte Welt.**

2508 Ein attraktives und starkes Europa kann entscheidend dazu beitragen, auf globale
2509 Herausforderungen globale Antworten zu geben. Eine regelbasierte internationale
2510 Ordnung ist dafür die beste Grundlage. Sozialdemokratische internationale Politik hat
2511 das Ziel einer friedlichen, gerechten und nachhaltigen Welt. Autoritäre Regime
2512 drängen allerdings darauf, die regelbasierte Ordnung zu ihren ganz eigenen Gunsten zu
2513 verschieben, während viele Staaten im Globalen Süden sich von den liberalen
2514 Demokratien abwenden. Sie sehen ihre Erwartungen auf Wachstum und Wohlstand nicht
2515 erfüllt. Wir haben es in der Hand, das zu ändern, indem wir strategisch in
2516 Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens investieren. Dabei geht es nicht
2517 zuletzt um unsere eigene Zukunft, um Sicherheit in Europa, um den Erhalt von
2518 Arbeitsplätzen in Deutschland, um den Wohlstand unserer Gesellschaft. Eine
2519 vertrauensvolle Zusammenarbeit, als Win-win-Modell für alle Beteiligten, ist im
2520 europäischen Interesse.

2521 ***Wir wollen Partnerschaften für Entwicklung.***

2522 Unsere Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag, Menschen in Ländern des
2523 Globalen Südens wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Perspektiven zu
2524 schaffen. Neben der Zusammenarbeit mit Regierungen setzen wir insbesondere auf die
2525 Stärkung der Zivilgesellschaft und die Verbesserung privatwirtschaftlichen Handelns.
2526 Wir werden eine **feministische Außen- und Entwicklungspolitik** fortführen, die der
2527 Überzeugung folgt, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Freiheiten und
2528 Möglichkeiten unabhängig vom Geschlecht und sexueller Orientierung besitzen.
2529 Wir brauchen Dialog und Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen und in
2530 multilateralen Foren wie den G20. Ziel ist die **Überwindung von Armut, Hunger und**
2531 **Ungleichheit**. Wir müssen auf akute Hungerkrisen reagieren können und langfristig eine
2532 Umstellung der Agrarsysteme auf Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit unterstützen.

2533 Soziale Sicherungssysteme sehen wir dabei als eine notwendige Investition in die
2534 Zukunft. Nur wo ein soziales Netz aufgespannt ist, kommen Gesellschaften besser durch
2535 Krisen. Im Rahmen einer **globalen Gesundheitspolitik** ist es wichtig, künftig
2536 schnellere, grenzübergreifende Hilfe und unbürokratische internationale Kooperationen
2537 zu ermöglichen. Schaltzentrale sollte eine breit unterstützte
2538 Weltgesundheitsorganisation sein.

2539 Richtschnur für die Zusammenarbeit mit globalen Partnern sind die 17
2540 **Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030** der Vereinten Nationen(Sustainable Development
2541 Goals, SDGs) und deren Weiterentwicklung, die wir aktiv mitgestalten. Wir sind davon
2542 überzeugt, dass Multilateralismus einGrundpfeiler für Frieden und Wohlstand ist. Um
2543 die Erfolgsspur zu halten, braucht es **Reformen der multilateralen Organisationen** –
2544 auch des UN-Sicherheitsrates und seiner blockierenden Veto-Regelung. Länder Afrikas,
2545 Lateinamerikas und Asiens müssen auf allen Ebenen besser vertreten sein. Mit
2546 Brasilien, Indien und Japan treiben wir im Bemühen um einen ständigen Sitz im
2547 Sicherheitsrat unsere gemeinsame G4-Initiative voran.

2548 Durch Humanitäre Hilfe und Krisenprävention trägt Deutschland dazu bei, menschliche
2549 Not zu lindern und Krisen einzuhegen, aber auch seinen diplomatischen Einfluss zu
2550 festigen. Wir brauchen ein starkes und **eigenständiges Entwicklungsministerium**, das
2551 zusammen mit politischen Stiftungen, mit NGOs und kirchlichen sowie
2552 zivilgesellschaftlichen Partnern wichtige Arbeit bei der Bewältigung globaler Krisen
2553 und bei der Prävention von Konflikten leistet. Wir wollen, dass **mindestens 0,7**
2554 **Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungsleistungen**
2555 (ODA-Quote). Diesen Anspruch haben wir **nicht nur an uns**, sondern auch an unsere
2556 Partner insbesondere im G7-Kreis.

2557 Weltweit geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Diese
2558 Abwärtsspirale gilt es zu durchbrechen: Wir werden in einer Globalen Allianz für
2559 Steuergerechtigkeit gemeinsam mit anderen Ländern die **Einführung einer**
2560 **Milliardärssteuer** vorantreiben. Superreiche sollen stärker für die Finanzierung des
2561 Gemeinwohls, insbesondere zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie zur
2562 Klimafinanzierung, herangezogen werden.

2563 Gemeinsam mit zentralen Akteuren wie der Weltbank und dem Internationalen
2564 Währungsfonds können wir die **internationale Finanzarchitektur** gerechter machen.
2565 Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit und Klimaschutz müssen in
2566 den Mittelpunkt der internationalen Finanzarchitektur und zentraler Akteure wie dem
2567 IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken rücken. Für **hochverschuldete**
2568 **Länder** setzen wir zudem stärker auf eine Schuldenumwandlung: Tausch ihrer
2569 Verpflichtungen gegen Investitionen, in die soziale und ökologische Transformation.

2570 **Wir wollen strategische Partnerschaften.**

2571 Viele Bereiche unseres Alltags und unserer Wirtschaft hängen unmittelbar an **robusten**
2572 **Lieferketten** und dem Zugang zu besonders wertvollen Rohstoffen. Als innovativer
2573 Industriestandort wollen wir Allianzen bilden und mit strategischen Partnerschaften
2574 Brücken bauen – beispielsweise beim Ausbau von grünem Wasserstoff. Nachhaltige und
2575 verantwortungsvolle Wertschöpfungsketten gilt es mit Produktionsstätten vor Ort zu
2576 schaffen und damit Arbeitsplätze zu sichern – auch bei uns zu Hause.

2577 Wir wollen konkrete Vereinbarungen zu internationalen Standards, die **gute Arbeit** mit

2578 existenzsichernden Löhnen sicherstellt. Mit der EU-Lieferkettenrichtlinie haben wir
2579 klare Regelungen und gleiche Voraussetzungen für alle Unternehmen in Europa
2580 geschaffen. Wir pochen weltweit auf verbindliche Regelungen, auch bei den
2581 Verhandlungen zum UN-Vertrag für Wirtschaft und Menschenrechte. Wir stehen für
2582 internationale Solidarität und für die universelle Geltung der **Menschenrechte**.

2583 Von klaren Regelungen und gleichen Voraussetzungen für alle in Europa profitieren
2584 insbesondere deutsche Unternehmen, die schon jetzt auf starke Standards setzen. Auf
2585 weltweit verbindliche Regeln pochen wir auch bei den Verhandlungen zum UN-Vertrag für
2586 Wirtschaft und Menschenrechte. Wir stehen für die internationale Solidarität und für
2587 die universelle Geltung der **Menschenrechte**. Dafür braucht es starke Institutionen wie
2588 den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den internationalen
2589 Strafgerichtshof.

2590 Europas Wohlstand und auch die Entwicklungsperspektiven vieler Staaten des Globalen
2591 Südens hängen stark von einem regelbasierten, diskriminierungsfreien globalen
2592 Handelsregime ab. Der Abschluss von weitreichenden **Handels- und Investitionsabkommen**
2593 (beispielsweise das EU-Mercosur-Abkommen oder die Freihandelsverträge der EU mit
2594 Indien und Australien) sind wichtige Meilensteine, um robuste Allianzen und
2595 Partnerschaften zu etablieren. Solche Abkommen müssen soziale Rechte wie auch
2596 Menschenrechte stärken, Umwelt und Klima schützen sowie langfristige Perspektiven für
2597 Wachstum und Wohlstand für alle Vertragsparteien schaffen. Wir wollen, dass solche
2598 Abkommen künftig einfacher gestaltet und schneller zum Abschluss gebracht werden
2599 können. Zu oft werden Verhandlungen von einzelnen EU-Mitgliedstaaten ausgebremst.
2600 Handelsabkommen sollen daher durch eine qualifizierte Mehrheit im Europäischen Rat
2601 entschieden werden. Damit tragen wir auf europäischer Ebene zu einem erfolgreichen
2602 und zeitlich angemessenen Abschluss von Freihandelsabkommen bei.

2603 Der Klimawandel macht nicht an nationalen Grenzen halt. Wir brauchen weltweit
2604 solidarische Initiativen für Klimaanpassung, denn es sind die ärmsten Staaten, die
2605 häufig am heftigsten betroffen und am wenigsten vorbereitet sind. Sozialdemokratische
2606 Politik schafft eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, die Wohlstand und Schutz
2607 miteinander verbindet.

2608 Wir wollen das Pariser Klimaabkommen umsetzen und unseren fairen Anteil an der
2609 internationalen Klimafinanzierung bereitstellen. Für die finanziellen
2610 Herausforderungen der globalen Klima-Transformation setzen wir auch verstärkt auf die
2611 Mobilisierung von privaten Mitteln. Es gilt, die sozial-ökologische Transformation
2612 umzusetzen und dabei die Bedürfnisse unserer Partner nach verlässlichen Kooperationen
2613 für ihre wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Dazu dienen beispielsweise
2614 die Just Energy Transition Partnerships (JETPs) sowie die Klima- und
2615 Entwicklungspartnerschaften mit Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Es geht
2616 um ganzheitliche Ansätze, bei denen die betroffenen Menschen und Regionen im Zentrum
2617 stehen. Dafür werden wir noch stärker Gewerkschaften und Zivilgesellschaft mit
2618 einbeziehen. Für ein Vorangehen bei den Transformationsaufgaben sind wir aber auf
2619 internationale Vertrauensnetzwerke wie den internationalen Klimacub angewiesen, der
2620 bereits wichtige Impulse für die Zusammenarbeit gesetzt hat. Wir wollen weitere
2621 Formate initiieren und unterstützen.

Unser Versprechen

2622 **25. Politik heißt für uns: Wir kämpfen für Dich.**

2623 Fast 26.000 Wörter. 4 große Kapitel. 24 Wahlkampf-Themen. Danke fürs Zeit nehmen und
2624 lesen.

2625 Es ist ein umfassendes Programm. Aber für uns ist es viel mehr. Es ist ein
2626 Versprechen an alle Bürgerinnen und Bürger. Ein Versprechen an Dich. Ein Versprechen
2627 an unser aller Zukunft. Ein Versprechen an Deutschland.

2628 Die Renten für alle Generationen stabil halten und Familien spürbar entlasten. Das
2629 Wachstum vorantreiben und die Wirtschaft stärken. Arbeitsplätze sichern und schützen.
2630 Sich für gerechte Löhne einsetzen und die Kaufkraft der Menschen stärken.

2631 Was unser Programm starkmacht und wo wir uns jetzt unterscheiden im Meer der
2632 Wahlkampf-Floskeln: Bei der SPD steckt hinter jedem einzelnen Programmpunkt ein
2633 konkreter Vorschlag zur Umsetzung.

2634 15 Euro Mindestlohn. Senkung der Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf fünf Prozent. 95
2635 Prozent der Steuerzahlenden sollen mehr Netto vom Brutto haben. Eine stabile Rente
2636 für alle Generationen. Made in Germany Bonus, Einrichtung eines Deutschlandfonds, um
2637 die Wirtschaft zu stärken – nur um einige wichtige zu nennen.

2638 Als SPD sind wir fest davon überzeugt: Soll es Deutschland besser gehen, dann muss es
2639 jedem Einzelnen im Land besser gehen. Das ist das Ziel unserer Politik. Das treibt
2640 uns jeden Tag an. Und genau das macht dieses Programm.

2641 In diesem Sinne: Wir freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf, auf den Austausch
2642 überall in Deutschland.

2643 **Deine SPD**